Bayerisches Landesamt für Statistik

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 07|2016

Die Themen

Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung

ZENSUS 2011: Bereitstellung der Daten über die Forschungsdatenzentren

Preisentwicklung

www.statistik.bayern.de

Zeichenerklärung

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
–	nichts vorhanden oder keine Veränderung
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
...	Angabe fällt später an
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
( )	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
≙	entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 147 (70)

Bestell-Nr. Z10001 201607
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Bildnachweis
Titel: © weyo, fotolia.com
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier, chlorfrei gebleicht.

Preise
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-270
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2016**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Arbeit zu haben, bedeutet immer mehr als nur die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Arbeit bedeutet soziale Sicherheit, vermittelt einem das Gefühl „gebraucht zu werden“ und erfüllt uns hoffentlich sogar noch mit Zufriedenheit und Freude. Dennoch arbeiten wir letztlich alle für Geld, auch wenn vom Ölmagnaten John D. Rockefeller ein Zitat überliefert ist, wonach derjenige, der den ganzen Tag arbeitet, keine Zeit mehr habe, Geld zu verdienen. Da Herr Rockefeller allerdings einkommensmäßig eher ein statistischer „Ausreißer“ gewesen sein dürfte, lohnt sich dann doch ein genauerer Blick auf die heutigen Verdienste der Beschäftigten.
Die amtliche Statistik macht dies mittels der Vierteljährlichen Verdiensterhebung. Sie liefert Ergebnisse über die Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor und beruht auf einer Stichprobenerhebung bei gut 5 000 bayerischen Berichtsstellen. Wie Sie in dieser Ausgabe erfahren werden, erzielten Vollzeitbeschäftigte in Bayern 2015 einen Bruttoverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) von durchschnittlich 4 217 Euro pro Monat. Das ist zunächst einmal schon eine statistische Aussage für sich, die jedoch umso mehr Erkenntnisse stiftet, wenn sie in einen größeren Zusammenhang eingebunden wird. So werden im entsprechenden Beitrag unter anderem geschlechter- und branchenspezifische Differenzierungen vorgenommen und schließlich die Entwicklung der Verdienste in Relation zu der der Preise gesetzt.
Womit wir auch schon beim zweiten großen Thema dieses Monats wären: den Preisen und ihrer Entwicklung. Jeden Monat veröffentlichen wir den Verbraucherpreisindex, also die sogenannte Inflationsrate. Die kann es allerdings leider nur selten allen Recht machen: Ist sie zu hoch, haben wir Angst vor Geldentwertung, ist sie dagegen dauerhaft niedrig wie in den vergangenen Monaten, mehren sich die Sorgen vor wirtschaftlicher Stagnation und „Null-Zinsen“. Dabei ist das Thema Preisentwicklung sehr viel komplexer, nicht nur, aber eben auch aus statistischer Sicht.
Wir wollen Ihnen deshalb in einem ausführlichen Beitrag die Preisentwicklung in Deutschland für das Jahr 2015 über alle Wirtschaftsstufen hinweg erläutern. Dabei erfahren Sie zum Beispiel die Zusammenhänge zwischen Einfuhr- und Erzeugerpreisen und letztlich deren Auswirkungen auf die Bau- und Verbraucherpreise. Denn: Entscheidend ist schließlich, was am Ende vom Verdienst übrig bleibt …

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik

Statistik aktuell

368 Kurzmitteilungen

Beiträge aus der Statistik

381 Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung in Bayern 2015

395 ZENSUS 2011: Bereitstellung der Daten über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Gastbeitrag
403 Preisentwicklung 2015

Historische Beiträge aus der Statistik

429 Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel in Bayern 1985

Bayerischer Zahlenspiegel

433 Tabellen

442 Graphiken

Neuerscheinungen
3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

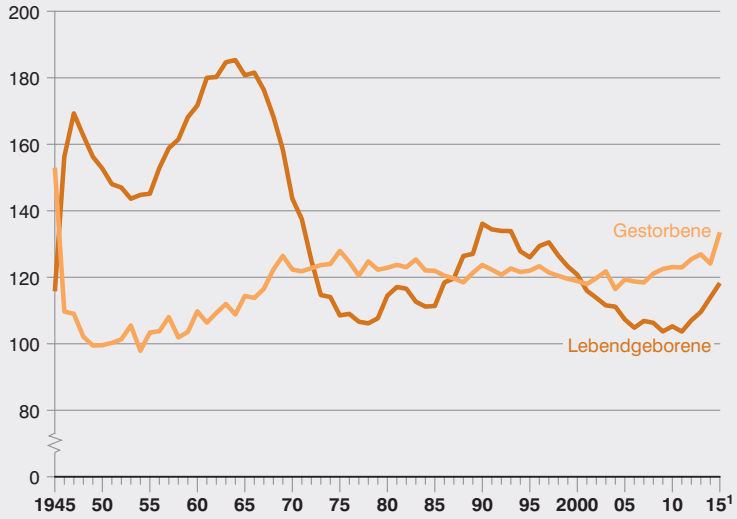
In Bayern 2015 höchste Geburtenzahl seit 15 Jahren

Im Jahr 2015 wurden in Bayern insgesamt rund 118 300 Kinder lebend geboren. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr (mit 113 900 Geborenen) einem Plus von ca. 4 400 Geborenen (+3,8 %). Damit ist das Jahr 2015 der geburtenstärkste Jahrgang seit 15 Jahren (2000: 120 800 Geborene).

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Überschuss der Geborenen beziehungsweise Gestorbenen (-)
1945	115 793	152 977	- 37 184
1990	136 122	123 726	12 396
1995	125 995	121 992	4 003
2000	120 765	118 846	1 919
2005	107 308	119 326	- 12 018
2010	105 251	123 089	- 17 838
2014	113 935	124 129	- 10 194
2015[1] ...	118 257	133 539	- 15 282

1 Vorläufige Ergebnisse.

Lebendgeborene und Gestorbene in Bayern seit 1945
in Tausend



1 Vorläufige Ergebnisse.

Im gleichen Zeitraum verstarben in Bayern etwa 133 500 Menschen, was einem Anstieg von circa 9 400 Sterbefällen (+7,6 %) gegenüber dem Vorjahr 2014 entspricht (2014: 124 100 Verstorbene). Damit gab es im vergangenen Jahr in Bayern so viele Sterbefälle wie seit 1945 nicht mehr (1945: 152 977 Verstorbene).

Hinweis
Endgültige, demographisch und regional gegliederte Ergebnisse liegen voraussichtlich im Herbst 2016 vor.

Ausführliche Ergebnisse enthält der im Herbst 2016 erscheinende Statistische Bericht „Natürliche Bevölkerungsbewegung in Bayern 2015“ (Bestellnummer: A2110C 201500, nur als Datei).*

Erwerbstätigkeit

7,29 Millionen Erwerbstätige in Bayern im 1. Quartal 2016

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte in Bayern im ersten Quartal 2016 rund 7,29 Millionen. Dies waren über 117 000 Personen bzw. 1,6 % mehr als im ersten Quartal 2015. Damit entfielen rund 22,0 % der deutschlandweiten Zunahme der Beschäftigung in Höhe von 533 000 Personen auf Bayern.

Die Erwerbstätigkeit stieg in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich an. Deutschlandweit betrug die Zunahme 1,3 %. Auf diesen Wert kamen auch die alten Bundesländer (einschließlich Berlin), während die Beschäftigung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lediglich um 0,7 % zulegte.

Bei einer Betrachtung der großen Wirtschaftsbereiche zeigt sich ein besonders großer Beschäftigungszuwachs in Höhe von 2,0 % in den Dienstleistungsbereichen. Hier arbeiten bereits rund 70,9 % aller bayerischen Erwerbstätigen. Das Baugewerbe erreichte einen Zuwachs von 1,9 %. Schwächer verlief die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe mit +0,9 %, während die Zahl der Erwerbstätigen im Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ um 4,9 % abnahm.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Bei den hier vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung (AK ETR), dem alle Statistischen Ämter der Länder, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Die aktuellen Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit können auf der Homepage des AK ETR unter www.ak-etr.de abgerufen werden.

Erwerbstätige in Deutschland im 1. Quartal 2016

Land	Personen in 1 000	Veränderung gegenüber dem 1. Quartal 2015	
		1 000	%
Baden-Württemberg	6 086,4	81,8	*1,4*
Bayern	**7 287,0**	**117,2**	***1,6***
Berlin	1 868,6	49,7	*2,7*
Brandenburg	1 074,7	11,9	*1,1*
Bremen	421,0	3,6	*0,9*
Hamburg	1 213,2	20,5	*1,7*
Hessen	3 346,8	36,4	*1,1*
Mecklenburg-Vorpommern	725,5	2,2	*0,3*
Niedersachsen	3 958,3	50,8	*1,3*
Nordrhein-Westfalen	9 195,9	89,1	*1,0*
Rheinland-Pfalz	1 976,8	18,0	*0,9*
Saarland	516,4	0,4	*0,1*
Sachsen	2 011,6	24,8	*1,2*
Sachsen-Anhalt	990,1	0,1	*0,0*
Schleswig-Holstein	1 350,0	22,3	*1,7*
Thüringen	1 033,8	4,2	*0,4*
Deutschland	43 056,0	533,0	*1,3*
Alte Länder ohne Berlin	35 351,8	440,1	*1,3*
Alte Länder mit Berlin	37 220,4	489,8	*1,3*
Neue Länder ohne Berlin	5 835,6	43,2	*0,7*
Neue Länder mit Berlin	7 704,2	92,9	*1,2*

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.

Bildung und Kultur

Frauen hatten in 2015 fast jede fünfte Professur an den bayerischen Hochschulen inne

Anfang Dezember 2015 waren an den bayerischen Hochschulen (einschließlich der Universitätskliniken) 105 003 Personen beschäftigt (ohne 12 139 studentische Hilfskräfte). Das waren 1,6 % mehr als im Jahr zuvor. Anhand von vorläufigen Daten der Hochschulverwaltungen waren im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich mit 59 669 Personen mehr als die Hälfte aller Beschäftigten tätig (56,8 %). Im Verwaltungsbereich arbeiteten 45 334 Menschen. Die Zahl des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,2 %, die des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals um 1,1 %. Mit 60,4 % (36 061 Personen) war der überwiegende Teil des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals hauptberuflich, etwa als Professor, Dozent oder Assistent, tätig. 2015 lehrten und forschten 1 254 Professorinnen und 5 466 Professoren an Bayerns Hochschulen. Seit 2010 wurden somit 866 Professuren neu geschaffen (+14,8 %). Die Zahl der Professorinnen stieg um 42,0 % und damit deutlich stärker als die ihrer männlichen Kollegen (10,0 %). 2015 wurde fast jede fünfte Professur (18,7 %) von Frauen wahrgenommen, fünf Jahre zuvor waren es noch 15,1 % gewesen.

36,3 % bzw. 15,9 % der Professorinnen lehrten und forschten in den Fächergruppen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ sowie „Geisteswissenschaften“. Bei den Professoren lagen die entsprechenden Werte bei 24,2 % bzw. 8,9 %. Gut jede vierte Professorin (25,7 %) hatte einen Lehrstuhl in den sogenannten MINT-Fächern („Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik“) inne. Seit 2009 erhöhte sich der Anteil der Professorinnen in diesem Bereich von 8,6 % auf 11,1 %.

Hinweis
Mit der geänderten Fächersystematik werden die Lehr- und Forschungsbereiche „Psychologie“ und „Erziehungswissenschaften“ ab dem Jahr 2015 in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ nachgewiesen.

Vorläufige Ergebnisse für einzelne Hochschulen können im Internet als Datei kostenlos unter www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen heruntergeladen werden.

Berufsausbildung in Bayern 2015: Rund 500 Neuabschlüsse mehr als im Vorjahr

Nach den Daten der Berufsbildungsstatistik 2015 schlossen bis zum Stichtag 31. Dezember 2015 in Bayern rund 92 500 junge Frauen und Männer einen neuen Ausbildungsvertrag ab. Damit ergibt sich eine Zunahme um rund 0,5% gegenüber dem Jahr 2014.

Dabei kam es in den sechs bayerischen Ausbildungsbereichen zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, darunter auch in den beiden größten Bereichen. So stieg im Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“, der in Bayern einen Anteil von über 50% unter allen Auszubildenden aufweist und so eine maßgebliche Stütze für die Versorgung der bayerischen Jugendlichen mit einer Ausbildungsstelle darstellt, im Berichtsjahr 2015 die Zahl der Neuabschlüsse auf rund 54 200 (+0,6%). Rund 40,5% der Neuabschlüsse in diesem Bereich entfielen dabei auf weibliche Auszubildende. Einen Rückgang auf rund 25 900 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und damit ein Minus von rund 0,8% meldete hingegen das „Handwerk“. Auf weibliche Auszubildende entfielen dabei rund 23,7% der Neuabschlüsse.

Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an weiblichen Auszubildenden erreicht traditionell der Ausbildungsbereich „Hauswirtschaft“. Hier entfielen rund 93,2% der Neuabschlüsse auf weibliche Auszubildende. Insgesamt wurden in diesem Ausbildungsbereich rund 260 Neuabschlüsse für 2015 gemeldet, – nur rund 10 weniger als im Vorjahr. Sehr stabil präsentierte sich auch der Ausbildungsbereich „Landwirtschaft“. Bei rund 2 100 Neuabschlüssen im Jahr 2015 konnten ebenso viele Neuabschlüsse verzeichnet werden wie im Vorjahr. Analog zum gesamtbayerischen Trend präsentierte sich der Ausbildungsbereich „Freie Berufe“. Hier stieg die Zahl der Neuabschlüsse 2015 um rund 2,6% auf rund 8 100. Ähnlich hoch wie bei der „Hauswirtschaft“ ist auch in diesem Bereich der Frauenanteil. Rund 93,7% aller Neuabschlüsse entfielen auf weibliche Auszubildende. Zu den „Freien Berufen“ zählen beispielsweise medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte ebenso wie Steuer- und Rechtsanwaltsfachangestellte.

Mit steigenden Werten präsentierte sich auch der Ausbildungsbereich „Öffentlicher Dienst“. Bei einem Zuwachs von rund 200 Neuabschlüssen bzw. rund 10,7% ergeben sich hier bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen rund 1 800 neue Auszubildende.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Berufsbildung in Bayern 2015" (Bestellnummer: B28003 201500, Preis der Druck-Ausgabe: 14,20 €).*

Auszubildende in Bayern 2015 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Auszubildende zum 31. Dezember					
	Industrie und Handel	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst	Freie Berufe	Hauswirtschaft
Oberbayern	43 538	22 939	1 666	1 784	7 639	188
Niederbayern	13 675	8 231	528	455	1 912	54
Oberpfalz	12 463	7 376	445	315	1 897	45
Oberfranken	11 945	5 433	375	353	1 400	55
Mittelfranken	20 815	8 063	523	660	2 809	148
Unterfranken	14 175	7 485	522	496	2 137	93
Schwaben	22 042	10 868	903	606	2 834	99
Nicht-bayerisches Gebiet	25	4	–	–	34	–
Insgesamt	**138 678**	**70 399**	**4 962**	**4 669**	**20 662**	**682**

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Bayern 2015 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge					
	Industrie und Handel	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst	Freie Berufe	Hauswirtschaft
Oberbayern	17 125	8 608	733	739	3 088	85
Niederbayern	5 276	2 893	224	192	730	19
Oberpfalz	4 619	2 683	194	127	702	14
Oberfranken	4 535	2 017	152	125	556	14
Mittelfranken	8 462	3 040	217	238	1 141	60
Unterfranken	5 372	2 738	215	181	811	32
Schwaben	8 819	3 945	384	217	1 106	40
Nicht-bayerisches Gebiet	8	1	–	–	5	–
Insgesamt	**54 216**	**25 925**	**2 119**	**1 819**	**8 139**	**264**

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Durchschnittlicher Rinderbestand in Bayern steigt 2016 an

Zum Stichtag 3. Mai 2016 weist eine Auswertung des Verwaltungsverfahrens „Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tier“ (HIT) 3 184 600 Rinder in 47 851 Haltungen nach. Die Zahl der Rinderhaltungen ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 2,8% (-1 365 Haltungen) gesunken. Der Rinderbestand verringerte sich um 1,1% (-36 776 Tiere). Die durchschnittliche Rinderzahl je Haltung lag im Mai 2016 bei 67 Rindern und damit um ein Rind höher als noch im Vorjahresmonat.

Milchkühe stellen mit einer Zahl von 1 208 968 Tieren einen Anteil von 38,0% am gesamten Rinderbestand. Gegenüber dem Vorjahr wurde bei dieser Tierkategorie ein Rückgang um 4,6% (-1 583 Haltungen) auf 32 839 Milchkuhhaltungen festgestellt. Der Milchkuhbestand ging dabei um 0,6% (-7 866 Tiere) zurück. Die durchschnittliche Zahl der Milchkühe je Milchkuhhaltung ist in Bayern im Zeitraum Mai 2015 bis Mai 2016 von 35 auf 37 Tiere angestiegen. Die Zahl der sonstigen Kühe (Ammen- und Mutterkühe) blieb mit 71 073 Tieren auf dem Vorjahresniveau.

Die Zahl der Kälber und Jungrinder umfasste zum 3. Mai 2016 insgesamt 924 977 Tiere. Bei Rindern von einem Jahr bis unter zwei Jahren wurde ein Bestand von 758 209 Tieren ermittelt. Den Hauptanteil stellen dabei mit 72,2% weibliche Tiere dar. Die Anzahl dieser Tiere nahm gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 0,5% (-2 690 Tiere) auf 547 483 Tiere ab. Der Bestand der männlichen Tiere dieser Alterskategorie erhöhte sich um 2,1% (+4 306 Tiere) auf 210 726 Tiere. Der Rinderbestand von Tieren mit zwei oder mehr Jahren – ohne Milchkühe und sonstige Kühe – verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0% (-4 571 Tiere). Bei den weiblichen Tieren dieser Alterskategorie war ein Rückgang um 2,2% (-4 740 Tiere) auf 208 432 Tiere zu verzeichnen. Die Anzahl der Bullen und Ochsen hat sich um 1,3% (+169 Tiere) auf 12 941 Tiere erhöht.

Rinderhaltungen und Rinderbestand in Bayern zum 3. Mai 2016

Rinderhaltungen Rinderbestand	Ergebnisse der „Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier” (HIT)			
	zum 3. Mai 2016	zum 3. Mai 2015	Veränderung 3. Mai 2016 gegenüber 3. Mai 2015	
	Anzahl			%
Rinderhaltungen insgesamt	**47 851**	**49 216**	**- 1 365**	***- 2,8***
dar. Milchkuhhaltungen	32 839	34 422	- 1 583	*- 4,6*
Haltungen sonstiger Kühe	7 628	7 770	- 142	*- 1,8*
Rinder insgesamt	**3 184 600**	**3 221 376**	**- 36 776**	***- 1,1***
dav. Kälber und Jungrinder	924 977	950 998	- 26 021	*- 2,7*
dar. Kälber und Jungrinder zum Schlachten[1]	45 343	46 630	- 1 287	*- 2,8*
dav. Kälber bis einschließlich 8 Monate	626 527	641 950	- 15 423	*- 2,4*
Jungrinder älter als 8 Monate bis 1 Jahr	298 450	309 048	- 10 598	*- 3,4*
dav. männlich	108 867	114 795	- 5 928	*- 5,2*
weiblich	189 583	194 253	- 4 670	*- 2,4*
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	758 209	756 593	1 616	*0,2*
dav. männlich	210 726	206 420	4 306	*2,1*
weiblich	547 483	550 173	- 2 690	*- 0,5*
dav. zum Schlachten[1]	63 882	58 691	5 191	*8,8*
zur Zucht und Nutzung[1]	483 601	491 482	- 7 881	*- 1,6*
Rinder 2 Jahre oder älter	221 373	225 944	- 4 571	*- 2,0*
dav. Bullen und Ochsen	12 941	12 772	169	*1,3*
weiblich	208 432	213 172	- 4 740	*- 2,2*
dav. zum Schlachten[1]	11 932	10 783	1 149	*10,7*
zur Zucht und Nutzung[1]	196 500	202 389	- 5 889	*- 2,9*
Milchkühe[2]	1 208 968	1 216 834	- 7 866	*- 0,6*
sonstige Kühe[2]	71 073	71 007	66	*0,1*

1 Berechnet auf Basis der Schlachtungen im Vorjahreszeitraum.
2 Berechnet auf Basis der Produktionsrichtungen der Haltungen.

Handel und Dienstleistungen

Bayerns Außenhandel im ersten Quartal 2016 um drei Prozent gewachsen

Nach vorläufigen Ergebnissen exportierte die bayerische Wirtschaft im ersten Vierteljahr 2016 Waren im Wert von knapp 44,6 Milliarden Euro, dies sind 3,1 % mehr als im Vorjahreszeitraum. In die EU-Mitgliedsstaaten wurden Waren im Wert von fast 25,5 Milliarden Euro geliefert (+5,9 %), darunter wurden Waren im Wert von nahezu 15,7 Milliarden Euro in die Euro-Länder ausgeführt (+6,8 %). In den ersten drei Monaten 2016 importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von rund 40,6 Milliarden Euro (+3,0 %). Waren im Wert von über 24,9 Milliarden Euro bezog sie aus den Ländern der Europäischen Union (+6,2 %), Waren im Wert von gut 14,4 Milliarden Euro führte sie aus den Ländern der Euro-Zone ein (+4,2 %).

Die höchsten Exportergebnisse erzielte Bayerns Wirtschaft im ersten Quartal 2016 im Handel mit den USA (4,9 Milliarden Euro), dem Vereinigten Königreich (3,9 Milliarden Euro) und China (3,7 Milliarden Euro). Die wichtigsten Import-

Außenhandel Bayerns im März und im Jahr 2016
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
	März			
Europa	10 201 321	- 1,0	10 105 338	1,2
dar. EU-Länder (EU-28)	8 995 408	- 0,7	8 753 307	1,0
dar. Euro-Länder	5 652 677	0,9	5 105 961	- 0,2
dar. Frankreich	1 091 728	- 8,9	538 360	- 8,2
Italien	1 036 614	1,7	988 538	4,0
Österreich	1 251 851	3,2	1 339 240	- 2,8
Vereinigtes Königreich	1 237 183	- 15,7	473 620	- 14,0
Tschechische Republik	543 913	6,2	1 147 739	19,8
Afrika	242 145	- 12,8	175 781	- 38,1
Amerika	2 352 992	- 13,3	1 307 464	4,6
dar. USA	1 805 501	- 15,5	1 136 676	8,2
Asien	3 097 032	1,9	2 575 523	- 9,3
dar. Volksrepublik China	1 347 530	- 2,9	1 148 135	- 9,6
Australien-Ozeanien	152 988	1,2	14 340	30,2
Verschiedenes[1]	2 774	113,3	193	100
Insgesamt	**16 049 252**	**- 2,7**	**14 178 640**	**- 1,3**
	Januar bis März			
Europa	28 707 169	5,6	28 522 018	5,4
dar. EU-Länder (EU-28)	25 466 417	5,9	24 939 514	6,2
dar. Euro-Länder	15 689 670	6,8	14 426 287	4,2
dar. Frankreich	3 131 446	3,7	1 572 495	- 3,2
Italien	2 872 013	6,7	2 736 087	8,0
Österreich	3 491 753	8,4	3 726 537	0,3
Vereinigtes Königreich	3 946 655	0,8	1 369 156	- 3,5
Tschechische Republik	1 529 246	8,6	3 280 862	22,5
Afrika	622 207	- 7,2	590 395	- 30,3
Amerika	6 354 208	- 7,0	3 428 658	4,5
dar. USA	4 861 783	- 9,4	2 917 120	4,8
Asien	8 450 813	3,4	8 022 812	- 2,1
dar. Volksrepublik China	3 727 696	- 1,9	3 678 769	2,0
Australien-Ozeanien	433 224	12,2	33 106	4,5
Verschiedenes[1]	4 153	35,2	193	100
Insgesamt	**44 571 773**	**3,1**	**40 597 182**	**3,0**

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

länder Bayerns waren Österreich (3,7 Milliarden Euro), China (3,7 Milliarden Euro) und die Tschechische Republik (3,3 Milliarden Euro).

„Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (9,8 Milliarden Euro), „Maschinen“ (6,7 Milliarden Euro) und „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (3,4 Milliarden Euro) erzielten in den ersten drei Monaten 2016 die höchsten Exportwerte. „Maschinen“ (4,2 Milliarden Euro), „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (3,4 Milliarden Euro) und „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ (2,5 Milliarden Euro) waren die bedeutendsten Importgüter.

Im März 2016 erzielte Bayerns Wirtschaft ein Exportvolumen von gut 16,0 Milliarden Euro (-2,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat). Das Importvolumen lag bei fast 14,2 Milliarden Euro (-1,3 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im März 2016“ (Bestellnummer: G3000C 201603, nur als Datei).*

Tourismus

Aufwärtstrend im bayerischen Fremdenverkehr hält auch 2016 weiter an

Die Zahl der Gästeankünfte in den knapp 11 900 geöffneten Beherbergungsbetrieben* Bayerns erhöhte sich nach vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus im April 2016 gegenüber dem Vorjahresmonat um 10,0 % auf knapp 2,7 Millionen, die Zahl der Übernachtungen stieg um 4,9 % auf über 6,4 Millionen. Die Gästezahlen stiegen sowohl im Inländerreiseverkehr (Gästeankünfte:

Bayerns Fremdenverkehr im April und im Jahr 2016
Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart / Herkunft / Gebiet	April				Januar bis April			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 443 260	*14,1*	2 894 120	*11,5*	5 116 398	*9,3*	10 696 887	*10,2*
Hotels garnis	454 537	*9,3*	972 141	*7,3*	1 593 984	*4,7*	3 536 391	*5,0*
Gasthöfe	271 637	*7,9*	543 980	*5,0*	918 149	*5,6*	1 920 728	*6,0*
Pensionen	107 363	*5,4*	284 057	*0,3*	393 399	*4,6*	1 130 927	*3,9*
Hotellerie zusammen	**2 276 797**	***11,9***	**4 694 298**	***9,1***	**8 021 930**	***7,7***	**17 284 933**	***8,2***
Jugendherbergen und Hütten	73 547	*0,4*	167 087	*- 3,1*	260 119	*3,0*	644 627	*5,2*
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	141 504	*13,8*	382 297	*3,1*	498 878	*0,3*	1 461 655	*0,8*
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	76 183	*- 10,8*	336 666	*- 15,9*	365 241	*10,3*	1 839 263	*8,4*
Campingplätze	63 768	*- 11,3*	180 770	*- 13,8*	152 130	*21,3*	495 306	*13,7*
Vorsorge- und Reha-Kliniken	38 137	*1,0*	653 197	*- 1,1*	150 700	*6,3*	2 533 581	*1,1*
Insgesamt	**2 669 936**	***10,0***	**6 414 315**	***4,9***	**9 448 998**	***7,4***	**24 259 365**	***7,0***
davon aus dem								
Inland	2 009 978	*8,5*	5 037 250	*2,1*	7 197 499	*6,9*	19 486 710	*6,4*
Ausland	659 958	*14,8*	1 377 065	*16,4*	2 251 499	*8,9*	4 772 655	*9,5*
davon								
Oberbayern	1 255 981	*13,8*	2 779 176	*11,3*	4 449 606	*6,3*	10 282 318	*6,6*
darunter München	603 468	*13,7*	1 222 930	*14,6*	2 053 207	*5,3*	4 112 890	*5,9*
Niederbayern	226 971	*1,1*	842 816	*- 3,2*	835 556	*6,9*	3 247 879	*4,7*
Oberpfalz	157 828	*9,3*	372 772	*3,9*	533 176	*8,7*	1 345 386	*9,3*
Oberfranken	155 902	*7,8*	376 895	*3,0*	501 219	*10,3*	1 262 856	*8,8*
Mittelfranken	302 162	*10,2*	599 604	*7,8*	1 039 942	*8,0*	2 147 358	*9,5*
darunter Nürnberg	140 384	*16,0*	257 564	*20,0*	493 417	*11,2*	943 410	*13,5*
Unterfranken	221 658	*7,5*	538 155	*- 0,7*	732 295	*6,7*	1 842 078	*3,3*
Schwaben	349 434	*5,9*	904 897	*- 2,3*	1 357 204	*9,8*	4 131 490	*8,8*

+8,5 %; Übernachtungen: +2,1 %) als auch im Ausländerreiseverkehr (Gästeankünfte: +14,8 %; Übernachtungen: +16,4 %).

Mit dem erneuten Anstieg im April 2016 hält der Aufwärtstrend bei Gästeankünften und Übernachtungen seit zwölf Monaten ununterbrochen an.

Von Januar bis April 2016 nahm die Zahl der Gästeankünfte in Bayern um 7,4 % auf über 9,4 Millionen zu, die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,0 % auf knapp 24,3 Millionen.

Vermutlich in Folge der relativ frühen Osterferien 2016 nahmen die Gästezahlen einiger Betriebsarten im April 2016 ab. Für die ersten vier Monate 2016 meldeten alle Betriebsarten der Beherbergung gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegene Gäste- und Übernachtungszahlen.

Deutlich über dem Vorjahresstand lag in den ersten vier Monaten 2016 auch die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen aller sieben bayerischen Regierungsbezirke. Die höchste Zunahme bei der Zahl der Gästeankünfte gab es in Oberfranken mit 10,3 %, die geringste Zunahme in Oberbayern mit einem Plus von 6,3 %. Bei den Übernachtungen lag die Zunahme in den Regierungsbezirken zwischen 9,5 % (Mittelfranken) und 3,3 % (Unterfranken).

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im April 2016 und Winterhalbjahr 2015/16“ (Bestellnummer: G41003 201604, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

Verkehr

Im April 2016 um 12,8 % weniger Unfälle mit Personenschaden in Bayern

Im April 2016 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 1,4 %. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 32 930 Unfälle (April 2015: 32 482). Bei diesen Unfällen kamen in 3 914 Fällen Personen zu Schaden – gegenüber April 2015 ein deutlicher Rückgang um 12,8 %.

Überwiegend traten lediglich Sachschäden (29 016 Unfälle) auf, und hierbei hauptsächlich Bagatellschäden (28 158 übrige Sachschadensunfälle). Es ereigneten sich 749 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne und damit 4,6 % weniger als im Vorjahresmonat. Bei den 109 sonstigen Sachschadensunfällen unter dem Einfluss berauschender Mittel lag ein Rückgang um 32,3 % vor.

Mit insgesamt 5 162 Verunglückten war im April 2016 ein Rückgang um 14,2 % zu verzeichnen. Die Zahl der Getöteten sank um 22,8 %

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im April 2016
Vorläufige Ergebnisse

Unfälle / Verunglückte	April 2016	April 2015[1]	Veränderung		Januar bis April 2016	Januar bis April 2015[1]	Veränderung	
	Anzahl			%	Anzahl			%
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	**32 930**	**32 482**	**448**	***1,4***	**121 289**	**118 630**	**2 659**	***2,2***
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 914	4 487	- 573	*- 12,8*	13 757	14 069	- 312	*- 2,2*
Unfälle mit nur Sachschaden	29 016	27 995	1 021	*3,6*	107 532	104 561	2 971	*2,8*
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	749	785	- 36	*- 4,6*	3 748	3 450	298	*8,6*
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	109	161	- 52	*- 32,3*	538	571	- 33	*- 5,8*
übrige Sachschadensunfälle	28 158	27 049	1 109	*4,1*	103 246	100 540	2 706	*2,7*
Verunglückte insgesamt	**5 162**	**6 015**	**- 853**	***- 14,2***	**18 661**	**19 294**	**- 633**	***- 3,3***
dav. Getötete	44	57	- 13	*- 22,8*	153	154	- 1	*- 0,6*
Verletzte	5 118	5 958	- 840	*- 14,1*	18 508	19 140	- 632	*- 3,3*
dav. Schwerverletzte	759	1 017	- 258	*- 25,4*	2 652	2 928	- 276	*- 9,4*
Leichtverletzte	4 359	4 941	- 582	*- 11,8*	15 856	16 212	- 356	*- 2,2*

1 Endgültige Ergebnisse.

auf 44 Unfallopfer (April 2015: 57). Es wurden 759 Verkehrsteilnehmer schwer (-25,4%) und 4 359 leicht verletzt (-11,8%).

In den ersten vier Monaten des Jahres 2016 ist die Anzahl der Unfälle um 2,2% auf insgesamt 121 289 leicht gestiegen. Mit 18 661 Verunglückten sind jedoch 3,3% weniger Unfallopfer als im Vorjahreszeitraum zu beklagen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im April 2016“ (Bestellnummer: H1101C 201604, nur als Datei).*

Mehr Passagiere an bayerischen Flughäfen im ersten Quartal 2016

Im ersten Quartal 2016 starteten bzw. landeten insgesamt 96 451 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen* München, Nürnberg und Memmingen. Das waren 0,5% mehr als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt flogen 9,68 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschließlich Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um 2,8% gegenüber 2015. Das Fracht- und Postaufkommen stieg an diesen Flughäfen insgesamt um 8,8% auf 91 984 Tonnen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg im ersten Quartal 2016 die Zahl der Fluggäste an Bord um 3,0% auf rund 8,92 Millionen bei 86 041 Starts und Landungen (+1,3%).

Drei Viertel der Ein- und Aussteiger (75,1%) kamen aus dem Ausland oder flogen ins Ausland. Das Fracht- und Postaufkommen erhöhte sich um 9,3% auf rund 90 151 Tonnen (einschließlich Transitverkehr).

In Nürnberg sank die Zahl der Starts und Landungen um 5,9% auf 8 631. Die Passagierzahlen sanken gleichfalls um 5,7% auf 0,59 Millionen. 59,0% der Fluggäste in Nürnberg waren Auslandspassagiere (Ein- und Aussteiger). Das Fracht- und Postaufkommen fiel um 8,5% auf 1 833 Tonnen.

Von den rund 166 000 Passagieren in Memmingen (+28,0%) waren 99,9% Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt 1 779 Starts und Landungen und damit 3,6% weniger als im Vorjahreszeitraum.

* Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Ein- und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verkehr – Luftverkehr – Fachserie 8 Reihe 6.1 – März 2016: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/TransportVerkehr/Luftverkehr/Luftverkehr.html

Hinweis
Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (§ 12, 1 VerkStatG).

Bayerns Hauptverkehrsflughäfen von Januar bis März 2016

Starts/Landungen — Passagiere — Fracht/Post	Flughafen							
	München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent
Starts und Landungen insgesamt	**86 041**	***1,3***	**8 631**	***- 5,9***	**1 779**	***- 3,6***	**96 451**	***0,5***
davon Starts	43 085	*1,2*	4 297	*- 5,4*	890	*- 3,5*	48 272	*0,5*
Landungen	42 956	*1,3*	4 334	*- 6,4*	889	*- 3,8*	48 179	*0,5*
Passagiere an Bord in 1 000	**8 921**	***3,0***	**594**	***- 5,7***	**166**	***28,0***	**9 681**	***2,8***
davon Einsteiger	4 438	*2,7*	296	*- 6,2*	83	*27,8*	4 816	*2,5*
davon ins Inland	1 102	*0,7*	121	*- 2,6*	0	*- 97,8*	1 223	*0,1*
ins Ausland	3 336	*3,4*	175	*- 8,5*	83	*33,4*	3 593	*3,3*
Aussteiger	4 455	*3,3*	296	*- 5,4*	84	*31,6*	4 834	*3,1*
aus dem Inland	1 110	*1,2*	121	*- 1,5*	0	*- 97,4*	1 231	*0,7*
aus dem Ausland	3 345	*4,0*	174	*- 7,9*	83	*37,1*	3 603	*3,9*
Transitverkehr[1]	28	*16,2*	3	*- 3,1*	0	*- 99,1*	31	*11,0*
Fracht und Post an Bord (in to)	**90 151**	***9,3***	**1 833**	***- 8,5***	**–**	**–**	**91 984**	***8,8***
davon Einladung	50 761	*9,7*	802	*- 15,1*	–	–	51 563	*9,2*
Ausladung	33 393	*1,8*	560	*- 2,6*	–	–	33 953	*1,7*
Transitverkehr[1]	5 998	*75,9*	471	*- 2,7*	–	–	6 469	*66,1*

1 Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

Güterumschlag in Bayerns Häfen im ersten Quartal 2016 um 13 % gesunken

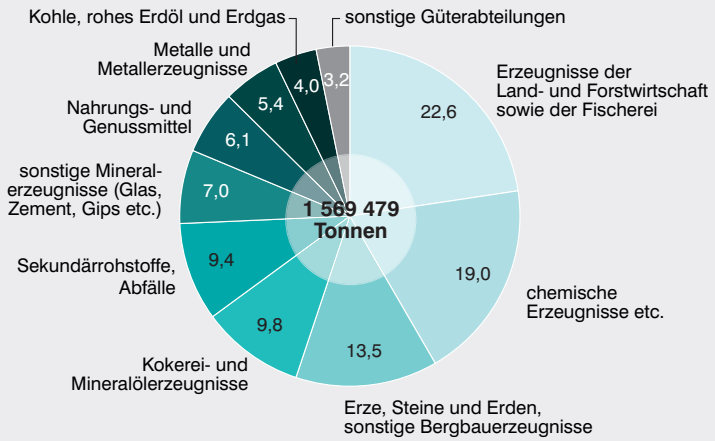
Insgesamt 1,57 Millionen Tonnen Güter und somit 13,2 % weniger als im Vorjahreszeitraum wurden im ersten Quartal 2016 in den bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg umgeschlagen. Rund 0,53 Millionen Tonnen wurden eingeladen und fast 1,04 Millionen Tonnen Güter ausgeladen. Der Güterumschlag im Maingebiet lag bei 0,92 Millionen Tonnen und entsprach einem Anteil von rund 58 %.

Der Güterumschlag an der Donau ging im ersten Quartal 2016 um 21,3 % auf 0,65 Millionen Tonnen zurück, in den Mainhäfen sank er um 6,4 %. Die umschlagstärksten Häfen waren Regensburg mit 0,29 Millionen und Aschaffenburg mit 0,22 Millionen Tonnen. Insgesamt meldeten sich 1 670 Schiffe mit Umschlagsgütern an und ab, davon befuhren mit 52,3 % etwas mehr als die Hälfte der Schiffe (874) den Main.

Zu Wasser wurden von den 1,57 Millionen Tonnen Güterumschlag hauptsächlich „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei“ (22,6 %) und „Chemische Erzeugnisse“ (19,0 %) transportiert. Weitere 13,5 % entfallen auf Schüttgüter der Abteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“.

Nachdem bereits für das gesamte Jahr 2015 ein Rückgang des Güterumschlags um 14 % vorlag, startet das Jahr 2016 damit fortgesetzt schwach.

Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis März 2016 nach Güterabteilungen
in Prozent



Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis März 2015 und 2016 nach Verkehrsgebieten und ausgewählten Häfen

Verkehrsgebiet — Hafen	Güterumschlag Januar bis März 2015 (Tonnen)	2016 (Tonnen)	Veränderung gegenüber 2015 in Prozent
Maingebiet	**980 751**	**917 743**	***- 6,4***
dar. Nürnberg	99 948	97 751	*- 2,2*
Bamberg	94 810	99 092	*4,5*
Schweinfurt	66 918	76 329	*14,1*
Würzburg	61 562	66 370	*7,8*
Karlstadt	98 926	61 060	*- 38,3*
Lengfurt	89 486	96 604	*8,0*
Aschaffenburg	225 085	220 929	*- 1,8*
Donaugebiet	**827 975**	**651 736**	***- 21,3***
dar. Kelheim	129 808	111 631	*- 14,0*
Regensburg	381 157	285 760	*- 25,0*
Straubing - Sand	189 188	124 886	*- 34,0*
Deggendorf	65 678	57 141	*- 13,0*
Passau	33 234	37 286	*12,2*
Bayern insgesamt	**1 808 726**	**1 569 479**	***- 13,2***

Hinweis
Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt nach der NST-2007.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im März 2016“ (Bestellnummer: H2100C 201603, nur als Datei).*

Unternehmen, Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Um 4,0 % weniger Neugründungen in Bayern im ersten Quartal 2016

Die bayerischen Gewerbeämter registrierten im ersten Quartal des Jahres 2016 insgesamt 26 448 Neugründungen und 23 022 vollständige Aufgaben von Gewerbebetrieben. Damit sank zwar die Anzahl der Neugründungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,0 %; die Zahl der vollständigen Aufgaben verzeichnete dafür einen stärkeren Rückgang um 5,0 %.

Von den Neugründungen entfielen 5 809 (bzw. 22,0 %) auf die Gründung von Betrieben, die aufgrund ihrer Rechtsform bzw. Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Die Zahl solcher Betriebsgründungen ging damit um 6,9 % im Vergleich zu dem Niveau der Monate Januar bis März des Jahres 2015 zurück. Die Zahl der im Berichtszeitraum neu gegründeten Kleinunternehmen belief sich auf 20 639 und ging damit um 3,1 % zurück. Beim Großteil (66,5 %) dieser neu gegründeten Kleinunternehmen handelte es sich um Nebenerwerbsbetriebe (Anstieg um 3,0 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2015). Die Gesamtzahl aller Gewerbeanmeldungen im ersten Quartal des Jahres 2016 belief sich auf 34 196 und lag damit um 4,9 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Gewerbemeldungen in Bayern im 1. Quartal 2016 sowie im entsprechenden Vorjahreszeitraum

Art der Gewerbemeldung	1. Quartal 2016	1. Quartal 2015	Veränderung 1. Quartal 2016 gegenüber 1. Quartal 2015 (in Prozent)
Gewerbeanmeldungen insgesamt	34 196	35 949	*- 4,9*
davon Neuerrichtung	26 579	27 688	*- 4,0*
dar. Neugründung	26 448	27 548	*- 4,0*
dar. Betriebsgründung	5 809	6 242	*- 6,9*
Nebenerwerb	13 721	13 317	*3,0*
Umwandlung	131	140	*- 6,4*
Zuzug	4 660	5 023	*- 7,2*
Übernahme	2 957	3 238	*- 8,7*
Gewerbeabmeldungen insgesamt	30 986	32 910	*- 5,8*
davon Aufgabe	23 166	24 409	*- 5,1*
dar. vollständige Aufgabe	23 022	24 223	*- 5,0*
dar. Betriebsaufgabe	4 815	5 064	*- 4,9*
Nebenerwerb	8 738	8 641	*1,1*
Umwandlung	144	186	*- 22,6*
Fortzug	4 585	4 900	*- 6,4*
Übergabe	3 235	3 601	*- 10,2*

Während des Zeitraums von Januar bis einschließlich März 2016 wurden außerdem 23 022 gewerbliche Tätigkeiten vollständig aufgegeben, um 5,0 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter den aufgegebenen Gewerben waren 4 815 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung (-4,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum).

Außerdem wurden 8 738 Nebenerwerbsbetriebe aufgegeben, das waren 1,1 % mehr als zwischen Januar und März 2015. Insgesamt lag die Zahl aller Gewerbeabmeldungen im ersten Quartal 2016 mit 30 986 um 5,8 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Neugründungen und vollständige Aufgaben weisen auf den Indikator des Gründungssaldos hin. Der Gründungssaldo, der somit das eigentliche Gründungsgeschehen abbildet, beinhaltet 3 426 mehr Neugründungen als vollständige Aufgaben von Gewerben und zeigt auf einen weiterhin steigenden Unternehmensbestand in Bayern. Im Vergleichszeitraum des ersten Quartals des Vorjahres hatte der bayernweite Gründungssaldo bei 3 325 Unternehmen gelegen und ist seitdem um 3,0 % angestiegen.

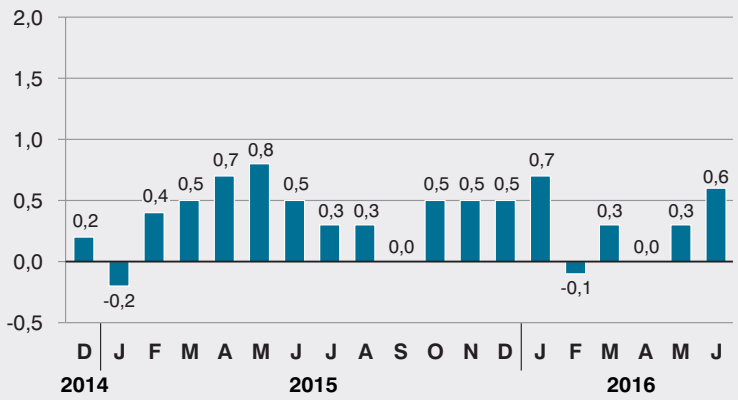
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gewerbeanzeigen in Bayern im März 2016“, Bestellnummer D1201C 201603, nur als Datei).*

Preise

Inflationsrate in Bayern im Juni 2016 bei 0,6 %

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Juni 2016 bei +0,6 %; im vorangegangenen Mai hatte sie bei +0,3 % gelegen.

Verbraucherpreisindex für Bayern von Dezember 2014 bis Juni 2016
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent (2010 ≙ 100)



Die Preise für Nahrungsmittel (+0,9 %) sind gegenüber dem Juni des Vorjahres im Gesamtdurchschnitt leicht gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung teilweise wiederum sehr unterschiedlich. Überdurchschnittlich verteuert haben sich dabei Gemüse (+6,0 %) und Obst (+6,9 %), während bei Butter (-9,0 %) und Vollmilch (-7,4 %) deutliche Preisrückgänge zu beobachten waren. Auch Bohnenkaffee (-5,8 %) hat sich spürbar verbilligt. Erheblich verteuert haben sich binnen Jahresfrist hingegen Eier (+11,8 %).

Am Energiemarkt sind die Preise für Heizöl gegenüber dem Juni des Vorjahres um 18,8 % gefallen. Auch Kraftstoffe (-9,4 %) haben sich binnen Jahresfrist verbilligt. Leichte Preisrückgänge waren bei Gas (-1,9 %) zu beobachten. Das Preisniveau für Strom (+1,1 %) hat sich geringfügig erhöht.

Vergleichsweise entspannt verläuft im Landesdurchschnitt weiterhin die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Juni des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,5 %. Niedriger als im Vorjahr waren wiederum auch im Juni die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Festplattenrecorder (-5,2 %) und Fernsehgeräte (-5,8 %) günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtniveau (+0,1 %) geringfügig erhöht. Wie schon im Mai sind auch im Juni die Preise für Heizöl (+5,3 %) und Kraftstoffe (+3,7 %) gestiegen. Die hauptsächlich wegen der kühlen Witterung bereits beginnenden Abverkäufe von Sommerware haben schon im Juni zu deutlichen Preisrückgängen bei Bekleidungsartikeln (-5,1 %) geführt.

Hinweis
Diese Information für den Berichtsmonat Juni 2016 enthält vorläufige Ergebnisse. Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern im Juni 2016 sowie Jahreswerte von 2013 bis 2015 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201606, nur als Datei)* und „Verbraucherpreisindex für Bayern. Monatliche Indexwerte von Januar 2011 bis Juni 2016 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)“ (Bestellnummer: M13013 201606, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*

Verdienste

434 000 Jobs waren in Bayern 2015 vom Mindestlohn betroffen

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland der allgemeine Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Arbeitsstunde – abgesehen von Ausnahmen, vor allem für Auszubildende, Praktikanten und Personen unter 18 Jahren. Die ersten Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014 liegen nun-

mehr vor und geben Aufschluss über die Situation kurz vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Im April 2014 kamen rund 434 000 Jobs, das sind knapp sieben Prozent aller Jobs in Bayern, unter den Schutz des Mindestlohngesetzes. Zwei Drittel dieser Jobs (290 000) waren geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse, d. h. Minijobs mit einem regelmäßigen Entgelt von höchstens 450 Euro im Monat. Auf Voll- und Teilzeitbeschäftigte entfielen rund 71 000 bzw. 72 000 Jobs.

Bei einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden errechnet sich ein monatlicher Mindestverdienst in Höhe von rund 1 473 Euro. Im Vergleich dazu lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten in Bayern im April 2014 bei 3 576 Euro (ohne Sonderzahlungen, Zuschläge und Überstundenvergütung). Das Mindestentgelt eines Vollzeitbeschäftigten entsprach somit rund 41 % des mittleren Bruttomonatsverdienstes aller Vollzeitbeschäftigten. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts lag diese Verhältniszahl – der sogenannte Kaitz-Index – damit knapp unter dem bundesweiten Durchschnittswert (43 %).

Im regionalen Vergleich sind deutliche Unterschiede erkennbar. Gemessen am Kaitz-Index lag in den Arbeitsmarktregionen München (34 %), Ingolstadt (36 %) sowie Erlangen (37 %) eine unterdurchschnittliche Betroffenheit vom allgemeinen Mindestlohn vor. Demgegenüber gehörte die Arbeitsmarktregion Hof (60 %) zu der in Bayern am stärksten betroffenen Gegend.

Hinweis
Dies sind Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Verdienststrukturerhebung 2014. In Bayern wurden in einer repräsentativen Stichprobe von gut 7 500 Betrieben (und anderen Arbeitgebern wie Körperschaften, Stiftungen etc.) Angaben zu Verdiensten und Arbeitszeiten einzelner Beschäftigungsverhältnisse aus allen Branchen der Landwirtschaft, des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs erhoben.
Als Maß der potenziellen Betroffenheit einer Region vom Mindestlohn wird der sogenannte Kaitz-Index verwendet. Der Kaitz-Index misst die Relation zwischen Mindestlohn und durchschnittlichem Bruttomonatsverdienst bei Vollzeitbeschäftigten. Je höher der jeweilige Index ist, desto stärker könnte die Auswirkung des Mindestlohns in einer Region sein. Die hier dargestellten Ergebnisse nach Arbeitsmarktregionen (Abgrenzung gemäß Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) enthalten keine Daten des öffentlichen Dienstes der Wirtschaftszweige „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung" und „Erziehung und Unterricht", da eine regionale Zuordnung unterhalb der Länderebene nicht möglich war.
Einen Überblick über die Betroffenheit nach Arbeitsmarktregionen ist zu finden auf einer interaktiven Karte des Statistischen Bundesamts, die im Internet abgerufen werden kann unter:
www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/Mindestloehne/Karte/Mindestloehne.html

Arbeitnehmerverdienste in Bayern im ersten Quartal 2016 um 3,8 % gestiegen

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im ersten Quartal 2016 im Durchschnitt bei 3 833 Euro. Dies waren 3,8 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dabei stieg die Anzahl der im Wochendurchschnitt bezahlten Arbeitsstunden von 38,8 Stunden auf 38,9 Stunden. Der Bruttostundenverdienst erhöhte sich um 3,5 % auf 22,67 Euro.

Im Dienstleistungsbereich stiegen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer binnen Jahresfrist im Durchschnitt um 3,7 % auf monatlich 3 743 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit legte im Vergleich zum Vorjahresquartal von 39,4 Stunden auf 39,5 Stunden zu.

Im Produzierenden Gewerbe erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste auf 3 965 Euro, was einer jährlichen Steigerungsrate von 3,9 % entspricht. Dies ging mit einem Zuwachs der Bruttostundenverdienste auf 24,00 Euro (+3,8 %) einher. Die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit blieb im Vergleich zum Vorjahresquartal unverändert bei 38,0 Stunden.

Hinweis
Diese Daten sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. In einer repräsentativen Stichprobe werden rund 5 000 bayerische Betriebe (und andere Arbeitgeber wie Körperschaften, Stiftungen etc.) aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft befragt.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 1. Quartal 2016“ (Bestellnummer: N1100C 201641, nur als Datei).*

Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

Preis für einen Kubikmeter Trinkwasser in Bayern liegt 2016 bei durchschnittlich 1,55 Euro

Die Entgelte für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern sind auch in den Jahren 2014 bis 2016 wieder kontinuierlich gestiegen. Der Preis je Kubikmeter Frischwasserbezug lag im Jahr 2014 noch bei 1,47 Euro für das Wasserentgelt und bei 1,90 Euro für das Abwasserentgelt, der Mischpreis (mengenabhängiges Wasser- und Abwasserentgelt summiert) somit bei 3,37 Euro. Im Jahr 2016 sind je Kubikmeter Frischwasserbezug bei den Wasserentgelten 1,55 Euro (+5,4%) und bei den Abwasserentgelten 1,96 Euro (+3,2%) zu bezahlen. Der Mischpreis hat sich damit um durchschnittlich 14 Cent auf 3,51 Euro je Kubikmeter oder um 4,2% erhöht. Die Preisspanne beim Mischpreis reicht im Jahr 2016 von 59 Cent bis zu 8,72 Euro je Kubikmeter.

Die Grundgebühren bei den Wasserentgelten lagen im Jahr 2014 im Schnitt noch bei 48,06 Euro, 2016 liegen diese bei 53,37 Euro; dies entspricht einer Steigerung um 11,0%. Bei den Abwasserentgelten haben sich die Grundgebühren im Schnitt von 45,26 Euro auf 47,14 Euro erhöht; der Anstieg um rund 4,2% fällt damit deutlich geringer aus als bei den Wasserentgelten. Bei der gesplitteten Abwassergebühr, einem Niederschlags- bzw. Oberflächenwasserentgelt je Quadratmeter versiegelter oder sonstiger Fläche, lag der Preis 2016 bei 61 Cent. Dieser Entgelttyp wird allerdings nur von knapp 22% der Gemeinden in Bayern erhoben.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Wasser- und Abwasserentgelte in Bayern 2014–2016“ (Bestellnummer: Q1300C 201651, nur als Datei).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung in Bayern 2015

Dipl.-Sozialw. Andreas Böttcher

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung liefert wesentliche Ergebnisse über die Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe sowie im Dienstleistungssektor. In Bayern umfasst die Stichprobenerhebung gut 5 000 Berichtsstellen. In diesem Beitrag werden die Jahresergebnisse 2015 aufgegriffen, wobei vor allem die Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Fokus stehen. Im Durchschnitt erzielten Vollzeitbeschäftigte in Bayern 2015 (einschließlich Sonderzahlungen) 4 217 Euro pro Monat. Es wird aufgezeigt, dass zwischen einzelnen Branchen teilweise erhebliche Verdienstunterschiede auftreten. Des Weiteren wird untersucht, wie stark die Durchschnittsverdienste zwischen Beschäftigten mit unterschiedlichem Qualifikationsprofil des Arbeitsplatzes (Leis-tungsgruppen) sowie zwischen Frauen und Männern variieren. Abschließend wird der Frage nachgegangen, wie sich mittelfristig das Verdienstniveau, auch in Relation zum Preisniveau, verändert hat. Angesichts einer deutlichen Erhöhung der Nominallöhne sowie einer niedrigen Inflationsrate im Jahr 2015 konnten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer preisbereinigt einen vergleichsweise hohen Verdienstzuwachs (+2,7 %) erzielen.

Informationen zur Statistik und Methodik

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung wird von der amtlichen Statistik mit dem Ziel durchgeführt, zuverlässige Daten über die Bruttoverdienste und Arbeitszeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewinnen. Bundesweit werden insgesamt 40 500 Erhebungseinheiten in diese Stichprobenerhebung einbezogen, wobei die Erhebungsdurchführung dezentral in den Statistischen Landesämtern erfolgt. In Bayern umfasst der Stichprobenumfang gut 5 000 örtliche Einheiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich.[1] Das Kernmerkmal stellt der Bruttoverdienst verschiedener Arbeitnehmergruppen dar. Sowohl für Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigte werden quartalsweise Summenangaben (Bruttoverdienstsumme sowie Zahl der bezahlten Stunden) auf Betriebsebene, jeweils getrennt nach dem Geschlecht und fünf Leistungsgruppen, erhoben. Des Weiteren wird für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Bruttoverdienstsumme erfasst.[2]

Deutschlandweit wird eine geschichtete, repräsentative Stichprobe mittels eines mathematisch-statistischen Auswahlverfahrens auf Basis des Zufallsprinzips gezogen (vgl. StBA 2015, S. 4 ff.). Die Grundlage der Stichprobenauswahl bildet das statistische Unternehmensregister, von dem alle Betriebe der einbezogenen Wirtschaftszweige und Betriebsgrößen berücksichtigt werden. Die Zusammenfassung der Betriebe zu möglichst homogenen Schichten anhand des Bundeslands, der Branche und der Betriebsgrößenklasse dient dazu, die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern. Der Auswahlsatz betrug im Jahr 2015 deutschlandweit 7,4 %; in Bayern wurden 5,7 % der in der Auswahlgrundlage befindlichen Einheiten herangezogen. Die Stichprobe umfasst das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich (Abschnitte B bis N sowie Q bis S gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)). Die in der „Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ (Abschnitt O) sowie im Bereich „Erziehung und Unterricht“ (Abschnitt P) tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamten werden ebenfalls in die Erhebung einbezogen. Hier kann jedoch weitestgehend auf eine Befragung der Institutionen bzw. Betriebe im Rahmen der Viertel-

1 Zu den Erhebungseinheiten zählen insbesondere Haupt-, Zweigniederlassungen und Betriebe von Unternehmen sowie die jeweiligen örtlichen Einheiten von Körperschaften, Stiftungen oder Anstalten des öffentlichen Rechts. Im weiteren Verlauf dieses Beitrags werden die örtlichen Erhebungseinheiten vereinfacht als Betriebe bezeichnet.

2 Eine Differenzierung nach Leistungsgruppen entfällt für geringfügig Beschäftigte. Zudem wird für diese Beschäftigtengruppe die Zahl der bezahlten Stunden nicht separat erhoben, d. h. Bruttostundenverdienste können nicht berechnet werden.

jährlichen Verdiensterhebung verzichtet werden, da die relevanten Informationen bereits im Rahmen von Verwaltungsdaten (v. a. Personalstandstatistik) vorliegen und so dem Datenmaterial hinzugefügt werden. Die „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (Wirtschaftsabschnitt A), der Bereich der Privaten Haushalte (T) sowie „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ (U) werden hingegen nicht von der Vierteljährlichen Verdiensterhebung abgedeckt.

Die in die Stichprobe einbezogenen Erhebungseinheiten sind gesetzlich zur Auskunft verpflichtet, wodurch repräsentative und zuverlässige Ergebnisse gewährleistet werden können. Um Kleinstbetriebe von den Berichtspflichten zu entlasten, werden im Rahmen der Stichprobenziehung überwiegend Betriebe einbezogen, bei denen zehn oder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sind. In einigen Wirtschaftszweigen, deren Struktur im besonderen Maße durch sehr kleine Betriebe geprägt ist (z. B. „Gastgewerbe“; „Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung“), liegt die sogenannte Abschneidegrenze bei fünf Beschäftigten.

Seit dem Jahr 2012 wird bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung ein „rollierendes Stichprobenverfahren“ angewandt, d. h. jedes Jahr wird ein Teil der meldenden Betriebe aus der Berichtspflicht entlassen, während im jeweils gleichen Umfang zuvor nicht ausgewählte Erhebungseinheiten neu herangezogen werden. Bei dem jährlichen zufallsgesteuerten Austausch der Erhebungseinheiten wird – neben mathematisch-statistischen Vorgaben zur Sicherstellung der Datenqualität – u. a. die Dauer der bisherigen Berichtspflicht berücksichtigt. Mit dem rollierenden Stichprobenverfahren ist gewährleistet, dass sich mittelfristig der Erhebungsaufwand gerecht auf die gesamte Wirtschaft verteilt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass durch den jährlichen Teilaustausch von Erhebungseinheiten die aktuelle Wirtschaftsstruktur besser abgebildet wird. Das Problem von großen Zeitreihenbrüchen, das vor allem bei einem Komplettaustausch der Stichprobe gegeben wäre, wird zudem minimiert. Allerdings können auch mit dem partiellen Wechsel der Betriebe gewisse Strukturverschiebungen verbunden sein, weshalb stichprobenbedingte Verzerrungen – gerade bei einer fachlich detaillierten Ergebnisauswertung, z. B. auf Ebene einzelner Wirtschaftszweige – in den Zeitreihen nicht ausgeschlossen werden können.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist das Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz – VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 in der jeweils gültigen Fassung. Mit Inkrafttreten des neuen Verdienststatistikgesetzes am 1. Januar 2007 wurde die vorherige laufende Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe durch die Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE) abgelöst. Im Rahmen der Neukonzeption der Verdienststatistik sind zudem die Verdiensterhebungen im Handwerk sowie die Bruttojahresverdiensterhebung entfallen, da die relevanten Daten mittels der VVE gewonnen werden können (vgl. Alter 2010, S. 1111). Im Vergleich zur laufenden Verdiensterhebung konnten bei der VVE einige Neuerungen umgesetzt werden. Das Spektrum der erfassten Wirtschaftszweige und Arbeitnehmergruppen wurde ausgeweitet. Es werden nicht nur regelmäßige Verdienstbestandteile, sondern auch Sonderzahlungen berücksichtigt. Des Weiteren wird nicht mehr zwischen Löhnen (Arbeiterinnen und Arbeiter) und Gehältern (Angestellte) unterschieden, d. h. es werden nur noch Bruttoverdienste insgesamt ausgewiesen. Da sich die Daten nicht mehr auf einzelne Berichtsmonate, sondern auf Berichtsquartale beziehen, können zudem Bruttojahresverdienste berechnet werden.

Die Erhebungsmerkmale sind gemäß § 3 Abs. 1 VerdStatG festgelegt und umfassen einerseits die betriebsbezogenen Merkmale „Wirtschaftszweig“ (Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit bzw. Haupttätigkeit der befragten Einheit) und „angewandte Vergütungsvereinbarung“. Andererseits werden die Betriebe zu arbeitnehmerbezogenen Merkmalen befragt, und zwar zur Anzahl der Beschäftigten, deren Arbeitsstunden sowie zur Summe der Bruttoverdienste, darunter gesondert zu Sonderzahlungen (unregelmäßige Zahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen, Abfindungen etc.). Es sind dabei keine individuellen Bruttoverdienste anzugeben, sondern

Amtliche Statistiken zu Verdiensten, Entgelten und Arbeitskosten:
Tarifverträge spielen für die Verdienststruktur in Deutschland nach wie vor eine wichtige Rolle. Auf Grundlage der Tarifverträge sowie Besoldungsordnungen der Beamten wird vom Statistischen Bundesamt die **Tarifstatistik** erstellt. Als Sekundärstatistik gibt sie Aufschluss über die Höhe der Monats- und Stundenverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Entwicklung der tariflichen Wochenarbeitszeit in Deutschland (vgl. StBA 2016, S. 3f.). Die Grenzen der Tarifstatistik bestehen insofern, als dass sie keine Aussagen zu übertariflichen Vergütungen, individuellen Zulagen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermöglicht, deren Entlohnung nicht nach Tarif erfolgt.
Um ein vollständiges Bild der Effektivverdienste aller Beschäftigten zu gewinnen, werden mehrere Stichprobenerhebungen bei Arbeitgebern mit Auskunftspflicht durchgeführt (vgl. Alter 2010, S. 1112). Hierzu zählen die **Verdienststrukturerhebungen**, die in vierjähriger Periodizität eine Differenzierung der Arbeitnehmerverdienste nach lohnbestimmenden Merkmalen (z. B. Geschlecht, Beruf, Ausbildungsstand) ermöglichen. Bei der gleichfalls als Strukturstatistik konzipierten **Arbeitskostenerhebung** werden alle vier Jahre die gesamten Kosten der Beschäftigung von Arbeitskräften erhoben, d. h. neben den Bruttoverdiensten werden sämtliche Lohnnebenkosten wie z. B. Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen berücksichtigt. Das Datenangebot wird durch die **Vierteljährliche Verdiensterhebung** erweitert, die vor allem aktuelle (Quartals-)Zahlen zu den Bruttoverdiensten und Arbeitszeiten nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen liefert. Die Verdienststrukturerhebung unterscheidet sich von der Vierteljährlichen Verdiensterhebung u. a. dadurch, dass detaillierte Angaben für einzelne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und neben Brutto- auch Nettoverdienste – vorliegen.
Neben diesen „zentralen" Datenquellen – mit dem Ziel einer branchenübergreifenden Erhebung einzelner Verdienstbestandteile sowie verdienstbestimmender Faktoren – existieren weitere Betriebs- und Unternehmenserhebungen, im Rahmen derer Entgelte als ein Erhebungsmerkmal neben anderen wie der Beschäftigtenzahl oder dem Umsatz erfasst werden. Hierzu zählen der **Monats- und Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden**, die **Monatsstatistiken im Energiesektor** sowie die **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**.
Des Weiteren werden von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Beschäftigungsstatistik sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte erhoben. Da es sich bei der **Entgeltstatistik** um eine Vollerhebung aller sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Beschäftigten handelt, können fachlich und regional differenzierte Ergebnistabellen erstellt werden. Aus methodischen Gründen werden keine (arithmetischen) Durchschnittsverdienste, sondern Quantils- und Medianwerte als Lagemaße ausgewiesen (vgl. Frank/Grimm 2010, S. 9).

Einkommen – ein Erhebungsmerkmal bei Haushaltsbefragungen:
Abgerundet wird das statistische Datenangebot durch eine Reihe von Haushaltsbefragungen, wobei hier in erster Linie ein weiter gefasstes Einkommenskonzept (im Sinne sämtlicher Einkünfte, d. h. neben Erwerbseinkommen auch Einkünfte aus Vermietung, Vermögen, Sozialleistungen etc.) zur Anwendung kommt. Typische Fragen für Datennutzerinnen und Datennutzer wären z. B.: Wie hoch ist das Einkommen, das einem Haushalt zur Verfügung steht? Woraus wird der überwiegende Lebensunterhalt finanziert? Welcher Anteil der Bevölkerung muss mit einem vergleichsweise niedrigen Einkommen auskommen (relative Armutsgefährdung)? Während sich die betrieblichen Verdienststatistiken auf relativ wenige, überwiegend aus dem betrieblichen Rechnungswesen ableitbaren, Kernmerkmale wie den Arbeitnehmerverdienst konzentrieren, liegen den Haushaltsstatistiken mehr Erhebungsmerkmale zugrunde.
Beim **Mikrozensus**, einer jährlichen Ein-Prozent-Haushaltsstichprobe mit Auskunftspflicht, werden nicht nur viele (sozio-)demographische und arbeitsmarktrelevante Merkmale, sondern auch das persönliche Nettoeinkommen sowie Haushaltsnettoeinkommen erfasst. Hierdurch ergeben sich vielfältige Auswertungsmöglichkeiten, auch wenn das Einkommen in Form von Einkommensgrößenklassen vorliegt. Die Frage nach dem monatlichen Nettogehalt bzw. Nettolohn wird lediglich ergänzend auf freiwilliger Basis gestellt.
Bei der im fünfjährigen Abstand – auf freiwilliger Basis – durchgeführten **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** wird die finanzielle Lebenssituation der privaten Haushalte umfassend, etwa durch vielfältige Einnahme- und Ausgabepositionen, abgebildet. In den Veröffentlichungen werden u. a. das Haushaltsbruttoeinkommen (darunter aus „unselbstständiger Arbeit" als separate Position) sowie das Haushaltsnettoeinkommen nachgewiesen.
Eine weitere freiwillige Haushaltsbefragung ist **Leben in Europa (EU-SILC)**, bei der eine europäisch vergleichbare Ermittlung von Einkommens- und Lebensbedingungen im Fokus steht. Auch hier werden Personen- und Haushaltseinkommen erfragt, auf deren Basis insbesondere europaweit harmonisierte Indikatoren zur Armutsgefährdung berechnet werden.

Verdienstsummen nach Beschäftigungsart, nach Geschlecht und zusätzlich – für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte – getrennt nach beruflicher Qualifikation (Leistungsgruppe).[3] Mit dem seit 1. August 2013 eingeführten § 11a BStatG sind alle in die Erhebung einbezogenen Betriebe grundsätzlich zur elektronischen Übermittlung der Daten an die Statistischen Ämter verpflichtet. Die für die Vierteljährliche Verdiensterhebung benötigten Angaben können die Betriebe in der Regel ihren Lohnabrechnungssystemen entnehmen, in die zur Verfügung gestellten elektronischen Formulare eintragen oder importieren und anschließend durch verschlüsselte Datenübertragung sicher an die Statistischen Ämter übermitteln.

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden in vielfältiger Form veröffentlicht und auf unterschiedliche Weise genutzt (vgl. Klemt/Droßard 2013, S. 605 ff.). Sie dienen mehreren Konjunktur- und Strukturstatistiken als Datengrundlage zur Erfüllung bestehender Verordnungen auf nationaler und europäischer Ebene (z. B. Berechnung des Arbeitnehmerentgelts der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder). Des Weiteren werden wichtige Indikatoren und Kennziffern berechnet bzw. fortgeschrieben, wie der europaweite und vierteljährlich veröffentlichte Arbeitskostenindex oder die jährliche Berechnung des Verdienstabstandes zwischen Frauen und Männern („Gender Pay Gap“). Die Daten werden darüber hinaus zur Überprüfung der Einhaltung des Lohnabstandsgebots verwendet und kommen in Wertsicherungsklauseln zur Anpassung von Preisen für Leistungen oder Waren zum Einsatz. In Tarifverhandlungen werden die Ergebnisse sowohl von Seiten der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften herangezogen. Die Entschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags wird jährlich an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst; hierbei fließen maßgeblich auch Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung ein. Zur Anpassung der Entschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages wird erstmals zum 1. Juli 2016 der – aus den Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung berechnete – Nominallohnindex als Grundlage verwendet.[4] Das Datenangebot dient nicht nur Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft als Entscheidungsgrundlage, sondern ist gleichfalls für Privatpersonen, z. B. als Orientierungswert für Gehaltsverhandlungen, von Interesse. Aktuelle Verdienstmöglichkeiten, u. a. nach Wirtschaftszweigen gegliedert, können dem vierteljährlich veröffentlichten Statistischen Bericht des Bayerischen Landesamts für Statistik entnommen werden.[5]

Verdienste variieren nach Beschäftigungsumfang und Branchen

Quartalsergebnisse dienen der kurzfristigen bzw. konjunkturellen Analyse der Verdiensthöhe. Aus den vier Quartalsergebnissen des Jahres 2015 können Jahresdurchschnittswerte (als gewichtetes arithmetisches Mittel) berechnet werden, die nachfolgend ausgewertet werden.

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst eines Vollzeitbeschäftigten lag in Bayern 2015 bei 50 605 Euro – einschließlich Sonderzahlungen, d. h. in der Regel unregelmäßigen, nicht jeden Monat geleisteten Zahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Leistungsprämien.[6] Demgegenüber kamen teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf etwas weniger als die Hälfte, nämlich 24 081 Euro. Einem Arbeitsverhältnis in Teilzeit lagen im Mittel aller Wirtschaftszweige 24,5 bezahlte Wochenarbeitsstunden zugrunde, während Vollzeitbeschäftigte 39,0 Arbeitsstunden leisteten. Für einen geringfügig Beschäftigten zahlten Arbeitgeber im Jahr 2015 durchschnittlich 3 849 Euro.[7]

Um für die Analysen nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sollen nachfolgend ausschließlich vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrachtet werden, die insgesamt zwei Drittel (66,7 %) der in der Vierteljährlichen Verdiensterhebung nachgewiesenen Beschäftigten in Bayern ausmachten. 22,9 % waren in Teilzeit sowie 10,5 % geringfügig beschäftigt.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen des Produzierenden Gewerbes und Dienstleistungsbereichs waren deutliche Verdienstunterschiede feststellbar (vgl. Abbildung 1). Die drei Wirtschaftsabschnitte mit den höchsten Durchschnittsverdiensten („Information und Kommunikation“, „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ sowie „freiberufliche,

3 Für die einzelnen Beschäftigungsgruppen können folglich Durchschnittsverdienste berechnet werden, wohingegen Aussagen zur Einkommensverteilung nicht möglich sind.

4 Vgl. Homepage des Deutschen Bundestages unter: www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mdb_diaeten/1333/260804.

5 Dieser ist abrufbar auf der Homepage des Landesamts unter: www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/

6 Der Bruttoverdienst umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich sonstiger Bezüge (Sonderzahlungen), steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit, steuerfreier Beiträge für betriebliche Altersversorgung aus arbeitnehmerfinanzierter Entgeltumwandlung (z. B. an Pensionskassen oder -fonds), steuerfreier Essenszuschüsse und die pauschale Lohnsteuer nach §§ 40, 40a und 40b Einkommensteuergesetz (EStG), sofern sie vom Arbeitgeber getragen wird.

7 Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 450 Euro nicht übersteigt.

Abb. 1
Durchschnittliche Bruttojahresverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2015 nach Wirtschaftsabschnitten*
in Euro

* Wirtschaftsgliederung gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch nicht sicher ist.

wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“) gehörten dem Dienstleistungssektor an. Hinsichtlich des an der Verdienstspitze aufgeführten Abschnitts „Information und Kommunikation“ gilt einschränkend zu berücksichtigen, dass der dort ausgewiesene Wert (73 833 Euro) aus statistischer Sicht mit einem größeren Zufallsfehler behaftet ist.[8] Am unteren Ende der Verdienstskala finden sich zwei Bereiche, die ebenfalls der Dienstleistungsbranche zuzurechnen sind: So lag der Jahresdurchschnittsverdienst im Gastgewerbe (29 273 Euro) sowie bei den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (30 010 Euro) mit Abstand am niedrigsten. Eine Erklärung hierfür ist, dass zu dem letzteren Wirtschaftsabschnitt relativ viele Arbeitsbereiche mit einem eher niedrigeren Qualifikationsprofil des Arbeitsplatzes

8 Der Zufallsfehler lässt sich anhand des relativen Standardfehlers schätzen, der hier zwischen 5 % und 10 % liegt. Dieser Stichprobenzufallsfehler ist umso größer, je geringer die Stichprobe in dem jeweiligen Wirtschaftsbereich ist und je größer die Streuung der beobachteten Merkmale ausfällt.

zählen. Unter anderem sind hier die Vermietung von beweglichen Sachen wie Kraftfahrzeugen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros und -veranstalter, Wach- und Sicherheitsdienste, Gebäudebetreuung und -reinigung sowie Call Center enthalten. So waren im Bereich der „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ 62,6 % und im Gastgewerbe 36,9 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als An- oder Ungelernte tätig. In allen Branchen des Dienstleistungssektors zusammengenommen betrug der Anteil an An- und Ungelernten lediglich rund ein Fünftel (20,1 %).

Die Verdienstunterschiede zwischen den Branchen sollen nun etwas genauer anhand der mittleren Bruttomonatsverdienste betrachtet werden, die in Tabelle 1 getrennt nach dem Geschlecht und mit bzw. ohne Sonderzahlungen ausgewiesen sind. Vollzeitbeschäftigte Männer verdienten durchschnittlich 4 496 Euro und Frauen 3 540 Euro je Monat, wenn man die Sonderzahlungen miteinbezieht. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kamen damit insgesamt auf 4 217 Euro pro Monat. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts belief sich der mittlere Monatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten in Deutschland im Jahr 2015 auf 3 979 Euro, d. h. in Bayern lag der Durchschnittswert um 6,0 % höher.[9] Berücksichtigt man die Sonderzahlungen bei der Berechnung des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes nicht, so reduziert sich der Verdienstvorteil aus bayerischer Sicht auf 4,0 % (Bayern: 3 755 Euro vs. Deutschland: 3 612 Euro).

Die bereits beschriebenen branchenspezifischen Unterschiede im Verdienstniveau lassen sich auch anhand der Bruttomonatsverdienste nachweisen. Im Produzierenden Gewerbe lag der Bruttoverdienst insgesamt um 8,8 % höher als im Dienstleistungsbereich (4 428 Euro gegenüber 4 070 Euro). Ein Teil dieser Verdienstdifferenz ist jedoch auch auf die un-

9 Die gesamtdeutschen Daten zu den Arbeitnehmerverdiensten 2015 wurden der Fachserie 16, Reihe 2.3 vom Statistischen Bundesamt entnommen, die online verfügbar ist unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteJ.html.

Tab. 1 **Durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit sowie durchschnittliche Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2015 nach Wirtschaftsabschnitten und Geschlecht**

Wirtschaftsabschnitt[1]	Bezahlte Wochenarbeitszeit			Bruttomonatsverdienst					
				insgesamt			ohne Sonderzahlungen		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	Stunden			Euro					
Produzierendes Gewerbe									
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	41,1	41,2	39,0	3 532	3 522	3 646	3 271	3 257	3 425
Verarbeitendes Gewerbe	38,2	38,3	37,8	4 632	4 868	3 678	4 028	4 216	3 268
Energieversorgung	38,9	38,9	38,8	5 069	5 186	4 382	4 500	4 598	3 925
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,7	40,9	39,3	3 447	3 457	3 366	3 217	3 227	3 146
Baugewerbe	39,0	38,9	39,3	3 336	3 341	(3 269)	3 126	3 130	(3 068)
Produzierendes Gewerbe insgesamt	**38,4**	**38,5**	**37,9**	**4 428**	**4 592**	**3 663**	**3 890**	**4 023**	**3 266**
Dienstleistungsbereich									
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,6	39,9	39,0	4 066	4 356	(3 492)	3 566	3 803	3 100
Verkehr und Lagerei	40,5	40,8	39,1	3 237	3 281	3 059	3 001	3 046	2 816
Gastgewerbe	39,8	40,0	39,6	2 439	2 658	2 174	2 334	2 514	2 118
Information und Kommunikation	39,4	39,6	38,9	(6 153)	(6 614)	4 824	5 200	5 530	4 250
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,6	38,7	38,5	5 703	6 430	4 602	4 792	5 361	3 929
Grundstücks- und Wohnungswesen	39,2	39,3	39,1	4 417	(4 682)	(3 929)	3 902	4 115	(3 509)
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,5	39,7	39,2	5 391	6 240	3 937	4 631	5 251	3 570
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,3	38,4	37,8	2 501	2 584	2 300	2 382	2 456	2 203
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	39,8	39,9	39,5	3 711	3 793	3 491	3 507	3 596	3 269
Erziehung und Unterricht	39,8	39,9	39,7	4 505	4 864	4 150	4 254	4 600	3 913
Gesundheits- und Sozialwesen	39,5	39,9	39,2	3 805	4 656	3 380	3 566	4 347	3 176
Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,5	39,7	39,2	4 450	5 144	3 124	3 935	4 478	2 897
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,2	39,2	39,2	3 952	4 457	3 353	3 626	4 052	3 120
Dienstleistungsbereich insgesamt	**39,5**	**39,7**	**39,1**	**4 070**	**4 408**	**3 500**	**3 661**	**3 929**	**3 209**
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich									
Insgesamt	**39,0**	**39,1**	**38,8**	**4 217**	**4 496**	**3 540**	**3 755**	**3 974**	**3 223**

1 Wirtschaftsgliederung gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

terschiedlichen Durchschnittsverdienste von Frauen und Männern und ihre ungleiche Verteilung auf die Wirtschaftszweige zurückzuführen.

Vollzeiterwerbstätige Frauen erwirtschafteten im Gastgewerbe lediglich 2 174 Euro brutto pro Monat, was den niedrigsten Wert über alle Wirtschaftsabschnitte darstellt. Das durchschnittliche Gehalt eines vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeitnehmers in der Finanz- und Versicherungswirtschaft (6 430 Euro) betrug hingegen fast das Dreifache. Für das Gastgewerbe gilt es, die Besonderheit zu berücksichtigen, dass das Ausgangsgehalt teilweise durch Trinkgelder aufgestockt wird. Diese Form der Vergütung wird nicht im Rahmen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (auch nicht als Sonderzahlung) erfasst. Bei dem vorherigen Vergleich reduziert sich der prozentuale Unterschied, wenn man lediglich Bruttodurchschnittsverdienste ohne Sonderzahlungen heranzieht. Der durchschnittliche „Grundverdienst“ eines vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeitnehmers in der Finanz- und Versicherungsbranche lag so gerechnet bei 5 361 Euro pro Monat und damit rund zweieinhalb Mal so hoch wie bei einer Arbeitnehmerin im Gastgewerbe (2 118 Euro).

Im Jahr 2015 betrugen die Sonderzahlungen im Mittel 5 547 Euro je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer, d. h. umgerechnet monatlich 462 Euro. Im Produzierenden Gewerbe waren sie höher als im Dienstleistungsbereich insgesamt (538 Euro gegenüber 409 Euro). Während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft pro Monat im Durchschnitt 520 Euro ergänzende Sonderzahlungen erhielten, wurden im Wirtschaftsabschnitt „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ lediglich 204 Euro gezahlt. Innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige der Dienstleistungsbranche war eine große Spannbreite bei den Sonderzahlungen zu verzeichnen. Besonders hoch fiel diese Vergütungskomponente im Abschnitt „Information und Kommunikation“ aus, wobei der hier ausgewiesene Wert (952 Euro) mit einer großen statistischen Unsicherheit behaftet ist. Bei der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen wurden durchschnittlich Sonderzahlungen in Höhe von 911 Euro erzielt, was einem beachtlichen Anteil (16,0 %) am mittleren Bruttomonatsverdienst in dieser Branche entsprach. In den Wirtschaftsabschnitten mit den geringsten Verdienstmöglichkeiten, d. h. dem Gastgewerbe sowie der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, fielen auch die Sonderzahlungen sehr niedrig aus.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit betrug im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich insgesamt 39,0 Stunden, wobei Männer im Durchschnitt etwas länger arbeiteten als Frauen (39,1 Stunden gegenüber 38,8 Stunden).[10] Die meisten wöchentlichen Arbeitsstunden (41,1) wurden im Abschnitt „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ erbracht. Für Vollzeitbeschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes wurde hingegen eine Wochenarbeitszeit von 38,2 Stunden ermittelt. Auch bei der „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ lag die wöchentliche Arbeitszeit (38,3 Stunden) etwas unter dem branchenübergreifenden Durchschnittswert.

Im Vorjahresvergleich war bei den Bruttomonatsverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich ein Zuwachs um 2,4 % auf insgesamt 4 217 Euro zu verzeichnen (vgl. Tabelle 2). Bezieht man die Sonderzahlungen nicht in die Berechnungen mit ein, so ergab sich eine jährliche Steigerungsrate von 2,1 %. In Tabelle 2 sind zudem die Vorjahresveränderungen von vier ausgewählten Wirtschaftsbereichen dargestellt, die in Bayern, gemessen an der Zahl der (von dieser Statistik erfassten) vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wichtigsten vier Abschnitte darstellen. Im Jahr 2015 entfielen von den Vollzeitbeschäftigten 33,5 % auf das Verarbeitende Gewerbe, was die besondere Bedeutung dieses Wirtschaftsabschnittes in Bayern verdeutlicht. Der Bruttomonatsverdienst (inklusive Sonderzahlungen) erhöhte sich im Verarbeitenden Gewerbe binnen Jahresfrist um 1,9 %. Die Veränderungsrate im Verarbeitenden Gewerbe fiel damit – nach einer überdurchschnittlichen Steigerung im Jahr 2014 – etwas moderater als der gesamtwirtschaftliche Verdienstzuwachs aus. Beim Handel (inklusive der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) blieben die Bruttomonatsverdienste nahezu auf dem Vorjahresniveau (-0,1 %).

10 Zur bezahlten Wochenarbeitszeit zählt die gesamte bezahlte Arbeitszeit der Beschäftigten einschließlich der vom Arbeitgeber bezahlten arbeitsfreien Stunden, wie z. B. an Krankheits-, Urlaubs- und gesetzlichen Feiertagen.

Tab. 2 **Durchschnittliche Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2015 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten**

Wirtschaftsabschnitt[1]	Bruttomonatsverdienst				Bruttostundenverdienst			
	ins-gesamt	Veränderung ggü. 2014	ohne Sonderzahlungen	Veränderung ggü. 2014	ins-gesamt	Veränderung ggü. 2014	ohne Sonderzahlungen	Veränderung ggü. 2014
	€	%	€	%	€	%	€	%
Produzierendes Gewerbe	**4 428**	***2,0***	**3 890**	***1,7***	**26,54**	***2,4***	**23,31**	***2,1***
darunter Verarbeitendes Gewerbe	4 632	*1,9*	4 028	*1,6*	27,89	*2,4*	24,26	*2,1*
Dienstleistungsbereich	**4 070**	***2,7***	**3 661**	***2,4***	**23,73**	***2,7***	**21,34**	***2,4***
darunter Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	4 066	*- 0,1*	3 566	*0,5*	23,61	*- 0,5*	20,71	*0,0*
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialvers.	3 711	*2,2*	3 507	*1,9*	21,47	*2,4*	20,28	*2,0*
Gesundheits- und Sozialwesen	3 805	*1,5*	3 566	*1,7*	22,19	*1,2*	20,79	*1,4*
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich insgesamt	**4 217**	***2,4***	**3 755**	***2,1***	**24,87**	***2,5***	**22,14**	***2,2***

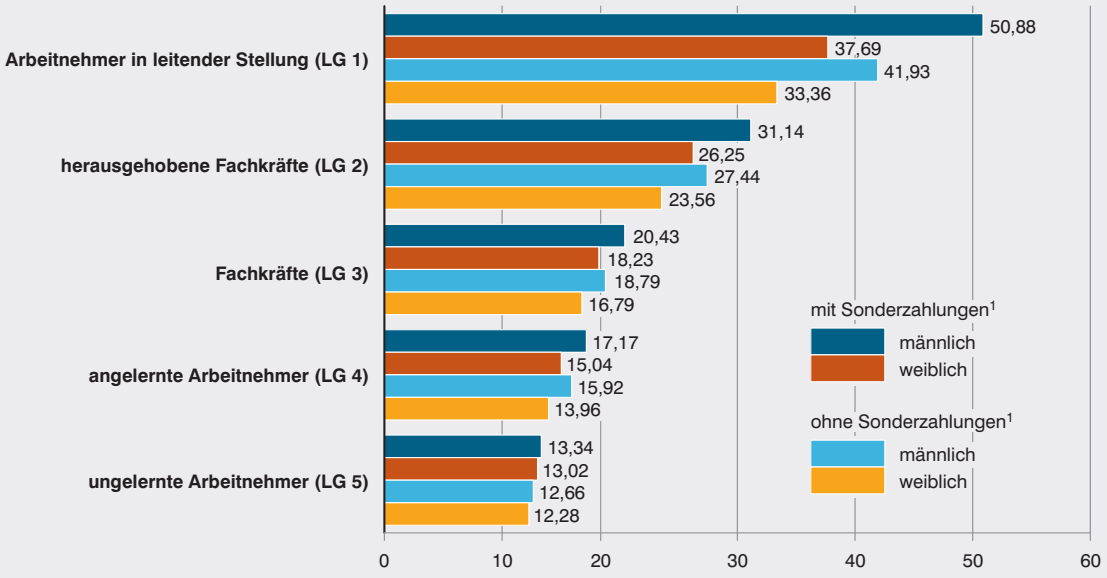
1 Wirtschaftsgliederung gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Verdienste sind stark von beruflicher Qualifikation und Position abhängig

Die Verdienstmöglichkeiten stehen in engem Zusammenhang mit den beruflichen Qualifikationen und Fachkenntnissen, die für eine bestimmte Arbeitsstelle erforderlich sind. Entsprechend dem stellenbezogenen Anforderungs- bzw. Qualifikationsprofil lassen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in fünf Leistungsgruppen einteilen. Dieses reicht von der Leistungsgruppe 1 (LG 1), also Beschäftigte, die sich häufig in leitender Stellung befinden oder umfassende, in der Regel durch ein Hochschulstudium erworbene, kaufmännische oder technische Fachkenntnisse besitzen, bis hin zur Leistungsgruppe 5 (LG 5), d.h. ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten der LG 1 war mit 39,6 Stunden am höchsten, wohingegen Ungelernte (LG 5) auf 38,4 Stunden ka-

Abb. 2
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2015 nach Leistungsgruppen und Geschlecht
in Euro



1 Unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen etc.

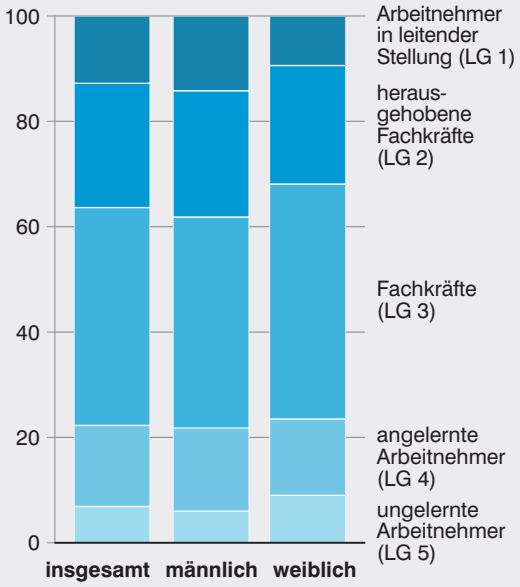
men. Um den unterschiedlich langen Arbeitszeiten Rechnung zu tragen, sollen nachfolgend die Bruttostundenverdienste näher analysiert werden.

Wie Abbildung 2 veranschaulicht, erzielten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung den höchsten Bruttostundenverdienst (Frauen: 33,36 Euro; Männer: 41,93 Euro; jeweils ohne Sonderzahlungen). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind (LG 2), verdienten deutlich mehr als Fachkräfte (LG 3). Frauen, die als herausgehobene Fachkraft tätig waren, konnten gegenüber den übrigen weiblichen Fachkräften einen Verdienstvorteil in Höhe von 40,3 % erzielen. Bei männlichen Arbeitnehmern lag der Verdienstunterschied zwischen LG 2 und LG 3 sogar bei 46,0 %. Erwartungsgemäß lag das Verdienstniveau für Angelernte und vor allem Ungelernte relativ niedrig. Ungelernte Frauen verdienten mit 12,28 Euro brutto pro Arbeitsstunde am wenigsten.

Hinsichtlich der unregelmäßig geleisteten Sonderzahlungen wird deutlich, dass diese von LG 1 hin zu LG 5 abnehmen. Personen in leitender Stellung – hierunter zählen auch angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest noch teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält – erhielten mit Abstand die höchsten Sondervergütungen. Wenn man bei männlichen Führungspersonen zum „Grundverdienst“ die zusätzlichen Verdienstbestandteile in Höhe von rechnerisch 8,95 Euro pro Stunde addiert, erhöht sich der Bruttostundenverdienst auf insgesamt 50,88 Euro. Bei den weiblichen Führungskräften bewirkten die zusätzlichen Sonderzahlungen ebenfalls eine deutliche Steigerung ihres Bruttostundenverdienstes, und zwar auf insgesamt 37,69 Euro. Bei ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spielten Sonderzahlungen hingegen eher eine untergeordnete Rolle. Ihr Arbeitslohn erhöhte sich lediglich um 0,74 Euro (Frauen) bzw. 0,68 Euro (Männer) pro Stunde.

Mit Blick auf den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt es zu berücksichtigen, dass die Verteilung der Arbeitnehmerschaft auf die einzelnen Leistungsgruppen ungleich ausfällt (vgl. Abbildung 3). Den „Spitzenverdienern“ der LG 1 gehörten insgesamt lediglich 12,8 % der Vollzeitbeschäftigten an. Fachkräfte und herausgehobene Fachkräfte stellten das Gros der Beschäftigten (zusammen 65,0 %). Zu den gering entlohnten An- und Ungelernten zählten 22,3 % der Beschäftigten. Es sind jedoch auch geschlechtsspezifische Unterschiede erkennbar. Im Vergleich zu Männern übten Frauen relativ häufiger einfache Tätigkeiten als Ungelernte aus (9,0 % gegenüber 6,0 % bei den Männern). Zudem waren sie in der oberen Führungsebene deutlich seltener vertreten: 9,4 % der vollzeitbeschäftigten Frauen waren der LG 1 zuzurechnen, wohingegen dies auf 14,2 % der Männer zutraf.

Abb. 3
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Bayern 2015 nach Leistungsgruppen und Geschlecht
in Prozent



Frauen verdienen weniger als Männer

Nach wie vor liegen die durchschnittlichen monatlichen Löhne und Gehälter der Frauen unter denjenigen ihrer männlichen Kollegen. Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten im Jahr 2015 (inklusive Sonderzahlungen) 21,3 % weniger als Männer. Da hier lediglich Vollzeitbeschäftigte betrachtet werden, fallen die geringen Unterschiede hinsichtlich der bezahl-

ten Wochenarbeitszeit (Männer: 39,1 Stunden vs. Frauen: 38,8 Stunden) kaum ins Gewicht.

Die Gründe für diese vergleichsweise großen Verdienstunterschiede sind vielfältig und können mittels der Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdienststerhebung aufgrund der begrenzten Zahl an hierfür relevanten Erhebungsmerkmalen nur partiell beschrieben werden. Frauen haben relativ häufiger eine Anstellung in Branchen wie dem Gastgewerbe, in denen unterdurchschnittlich entlohnt wird. Entsprechend sind sie seltener in Wirtschaftsbereichen tätig, in denen ein höheres Lohnniveau herrscht (z. B. Verarbeitendes Gewerbe). Für Vollzeitbeschäftigte konnte der größte relative Verdienstabstand, gemessen am Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen, in Bayern 2015 im Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ mit 34,3 % ermittelt werden, was einer kurzen Erläuterung bedarf. Für diesen Wirtschaftsabschnitt gilt es zu beachten, dass seine Zusammensetzung ziemlich heterogen ist und neben kreativen und künstlerischen Tätigkeiten auch die Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung beinhaltet. Hierunter fallen beispielsweise Spitzensportler wie Fußballer, die ein sehr hohes Einkommen erzielen und dadurch eine Anhebung des Durchschnittsverdienstes bewirken. Darüber hinaus wiesen Frauen bei der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen einen um 31,2 % sowie bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen einen um 26,4 % geringeren Verdienst als ihre männlichen Arbeitskollegen auf.

Es gab jedoch auch Branchen, in denen Differenzen beim Bruttostundenverdienst nach dem Geschlecht nur relativ gering ausgeprägt waren. Im Dienstleistungssektor traf dies auf die Bereiche „Verkehr und Lagerei“ (Frauen: -3,6 %), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ (Frauen: -8,2 %) sowie die „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (Frauen: -8,8 %) zu. Im Produzierenden Gewerbe ergeben sich sogar für die „Wasserversorgung; Abwasser-, Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ Verdienstvorteile zugunsten der Frauen in Höhe von 1,4 % sowie im „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ ein Plus von 11,3 %. Dieser Sondereffekt sollte allerdings nicht überbewertet werden, da dies u. a. darauf zurückzuführen ist, dass Frauen und Männer in diesen Bereichen nicht dieselben Positionen innehatten. Beispielsweise gelten für den Bergbau einige Besonderheiten. Einerseits basieren die Verdienstangaben hier auf sehr wenigen erfassten Betrieben und vor allem sehr wenigen Arbeitnehmerinnen. Andererseits zeigt die Verteilung auf die einzelnen Leistungsgruppen, dass sie im Vergleich zu Männern hier höherwertigere Tätigkeiten (und wohl entsprechend auch andere Berufe) ausübten.

Die relativen Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern nehmen im Allgemeinen von LG 1 hin zu LG 5 ab (lediglich von den Fachkräften hin zu den Angelernten lässt sich dieser Zusammenhang nicht nachweisen (vgl. Abbildung 2). Während weibliche Führungskräfte in Vollzeit im Durchschnitt 79,6 % des Gehalts der Männer erzielten, kamen weibliche Ungelernte auf 97,0 % des Verdienstes eines männlichen Ungelernten.

Wie bereits beschrieben, unterscheiden sich männliche und weibliche Vollzeitbeschäftigte hinsichtlich ihrer Aufteilung auf die Leistungsgruppen: Mit Blick auf die geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede wirkten sich hier für die Frauen mehrere Effekte nachteilig aus: Erstens sind weibliche Beschäftigte relativ seltener in der ersten Leistungsgruppe vertreten und zweitens fällt hier der Verdienstabstand zu den Männern besonders hoch aus. Drittens besteht zwischen der ersten und der zweiten Leistungsgruppe – absolut wie relativ – generell die größte Verdienstdifferenz. In einigen Wirtschaftszweigen trifft dies in besonderem Maße zu, am Beispiel des Gesundheits- und Sozialwesens sei dies verdeutlicht: Während hier 23,6 % der in die Stichprobe einbezogenen Männer in leitender Stellung waren bzw. sehr komplexe Aufgaben z. B. als Ärzte wahrnahmen und einen mittleren Bruttostundenverdienst von 44,80 Euro (ohne Sonderzahlungen) bezogen, betrug der Anteil der Frauen in der ersten Leistungsgruppe lediglich 8,4 % mit einem Bruttostundenverdienst von 33,04 Euro. Die herausgehobenen Fachkräfte (LG 2) wiesen einen deutlich geringeren Durchschnittsverdienst auf und die geschlechtsbezogenen Unterschiede fielen hier wesentlich geringer aus (Männer: 22,23 Euro vs. Frauen: 20,73 Euro).

Bei der Berechnung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen („Gender Pay Gap“) im europäischen Vergleich werden gemäß der Definition des Amts der Europäischen Union neben Vollzeit- auch Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte einbezogen. In Deutschland basiert die Ermittlung des Verdienstunterschiedes auf den Daten der Verdienststrukturerhebung, die mittels der Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung fortgeschrieben werden. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts ergab sich für das Jahr 2015 – auf Basis des durchschnittlichen Bruttostundenlohns ohne Sonderzahlungen – ein Verdienstabstand in Höhe von 24,2 % in Bayern zum „Nachteil“ der Frauen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass der Wirtschaftsabschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ von den Analysen ausgeschlossen wurde.[11]

Um den Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen besser deuten zu können, müssten weitere Merkmale wie der Ausbildungs- bzw. Berufsabschluss, die berufliche Tätigkeit, Berufserfahrung etc. nach Möglichkeit gemeinsam in einem multivariaten Modell berücksichtigt werden. Von Seiten der amtlichen Statistik können die Lohndifferenzen insbesondere mittels der im vierjährigen Abstand durchgeführten Verdienststrukturerhebung detaillierter analysiert werden. Wie das Statistische Bundesamt anhand gesamtdeutscher Daten der Verdienststrukturerhebung 2006 feststellen konnte, ließen sich rund 63 % des „unbereinigten“ Gender Pay Gap durch Strukturunterschiede zwischen Männern und Frauen erklären (vgl. Finke 2010, S. 61). Mittels sogenannter Einkommensdekompositionsanalysen wurden als bedeutendste strukturelle Merkmale zur Erklärung der Lohnlücke die „ungleiche Besetzung von Leistungsgruppen sowie eine zwischen den Geschlechtergruppen divergierende Berufs- bzw. Branchenwahl ausgemacht“ (ebd.).

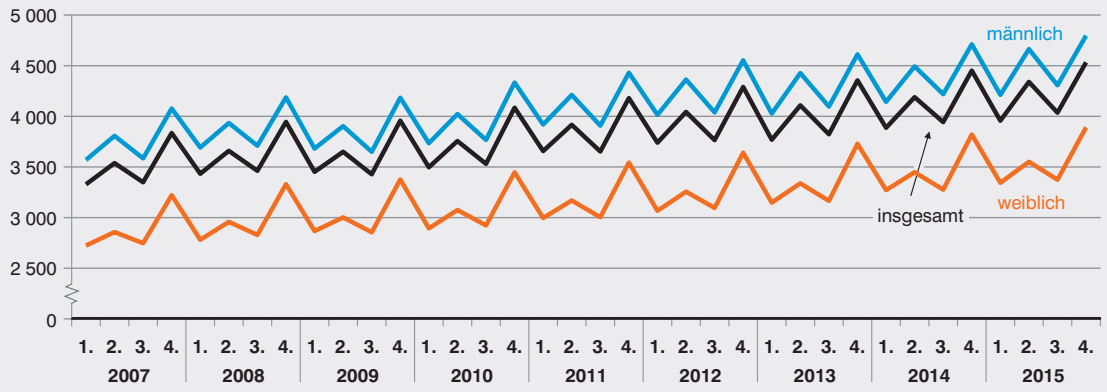
Mittelfristig sind Nominal- und Reallöhne gestiegen

Wie eingangs erwähnt, können mithilfe der Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung kurzfristige quartalsweise Veränderungen dargestellt werden. Betrachtet man die Durchschnittsverdienste der einzelnen Quartale eines Jahres, so fallen dabei auch die über das Jahr unregelmäßig anfallenden Sonderzahlungen ins Gewicht. Arbeitgeber zahlen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem im zweiten und im vierten Quartal ihre Sonderzahlungen aus, was der jeweils für diese Quartale ansteigende Kurvenverlauf widerspiegelt (vgl. Abbildung 4).

Die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste zeigt in Bayern seit Einführung der Vierteljährlichen Verdiensterhebung im Jahr 2007 insgesamt einen positiven Verlauf. So erzielten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vierten Quartal 2015 (einschließlich Sonderzahlungen) monatlich rund 4 533 Euro, was ein Plus von 18,2 % gegenüber

11 Zudem wurden lediglich Betriebe mit zehn oder mehr Beschäftigten in die Analysen einbezogen.

Abb. 4
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste* vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern vom 1. Quartal 2007 bis zum 4. Quartal 2015
in Euro



* Einschl. Sonderzahlungen (z. B. Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld).

dem vierten Quartal 2007 darstellte. Dieser Zuwachs erfolgte jedoch nicht gleichmäßig über den gesamten Zeitraum. Eine Besonderheit stellt das Jahr 2009 dar, wo sich eine nahezu stagnierende, bei den Männern sogar leicht rückläufige Verdienstentwicklung gegenüber dem Vorjahr identifizieren lässt. Dies ist auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen, deren konjunkturelle Auswirkung sich besonders bei der Verdienstentwicklung der Männer abzeichnete, da sie relativ häufiger im – damals von Umsatzeinbrüchen gezeichneten – Sektor des Produzierenden Gewerbes tätig waren.

Zur Darstellung der allgemeinen Entwicklung der Effektivverdienste eignet sich besonders gut der sogenannte Nominallohnindex, bei dem die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, d. h. Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte, in aggregierter Form abgebildet wird. Der Nominallohnindex ist als „Laspeyres-Kettenindex“ konzipiert. Das bedeutet, dass bei der Berechnung der Indexwerte jeweils die Struktur der Arbeitnehmerschaft aus dem Vorjahr übernommen wird. Mittels des Nominallohnindex lässt sich somit aufzeigen, wie sich die durchschnittlichen Bruttoverdienste verändert hätten, wenn die Arbeitnehmerstruktur des jeweiligen Vorjahres bestanden hätte (vgl. Klemt/Droßard 2013, S. 607). Ergänzend ist hier jedoch darauf hinzuweisen, dass aus methodischer Sicht auch mit der sich von Jahr zu Jahr ändernden Stichprobenzusammensetzung der Betriebe gewisse Zufallsschwankungen verbunden sein können.[12]

Der mittelfristige Anstieg der Nominallöhne ist aufgrund von Veränderungen des Preisniveaus nicht mit einer allgemeinen Erhöhung der Kaufkraft gleichzusetzen. Setzt man jedoch die Nominallöhne in Relation zur durchschnittlichen Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, gemessen anhand des Verbraucherpreisindex, kann die reale Verdienstentwicklung ermittelt werden. Der Reallohnindex berechnet sich demgemäß wie folgt:

$$\text{Reallohnindex} = \frac{\text{Nominallohnindex}}{\text{Verbraucherpreisindex}} \times 100$$

Tab. 3 **Entwicklung der Real- und Nominallöhne aller Arbeitnehmer und der Verbraucherpreise in Bayern 2008 bis 2015**

Jahr	Reallohnindex	Nominallohnindex	Verbraucherpreisindex
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent		
2008	*0,8*	*3,5*	*2,7*
2009	*- 1,1*	*- 0,6*	*0,5*
2010	*1,9*	*3,1*	*1,1*
2011	*1,4*	*3,5*	*2,1*
2012	*0,5*	*2,7*	*2,2*
2013	*0,2*	*1,6*	*1,4*
2014	*2,5*	*3,3*	*0,8*
2015	*2,7*	*3,0*	*0,4*

In Tabelle 3 sind die Wachstumsraten der drei Indizes – im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr – dargestellt. Eine positive Veränderungsrate des Reallohnindex ist dabei so zu interpretieren, dass die (nominalen) Verdienste stärker als die Verbraucherpreise angestiegen sind, bei einer negativen Veränderungsrate verhält es sich entsprechend umgekehrt.

Die Nominallöhne stiegen im Jahr 2015 in Bayern um 3,0 %. Beim Nominallohnindex waren die größten Steigerungsraten im betrachteten Zeitraum mit jeweils 3,5 % für die Jahre 2008 und 2011 zu beobachten. Real fielen die Verdienstzuwächse in diesen Jahren (aufgrund von Inflationsraten über 2 %) allerdings deutlich geringer aus (2008: 0,8 %; 2011: 1,4 %). Mit Ausnahme des Jahres 2009 legten die Löhne und Gehälter nominal jeweils relativ stärker zu als das allgemeine Preisniveau, woraus reale Verdienstzuwächse resultierten. Für das wirtschaftliche Krisenjahr 2009 errechnet sich ein Rückgang des allgemeinen Verdienstniveaus um nominal 0,6 % bzw. real 1,1 %.[13]

Nachdem die Reallöhne in den Jahren 2012 und 2013 nur in einem vergleichsweise geringen Umfang zulegen konnten, waren die beiden Folgejahre für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem spürbaren Kaufkraftgewinn verbunden. Im Jahr 2014 konnten die Beschäftigten sowohl nominal (3,3 %) als auch real (2,5 %) deutliche Verdienstzuwächse erzielen. Im Jahr 2015 fiel der Anstieg des Reallohnindex mit 2,7 % wegen der sehr niedrigen Inflationsrate (0,4 %) sogar noch etwas höher aus.

12 Ab dem Berichtsjahr 2016 soll deshalb die Berechnungsweise des Nominallohnindex im Statistischen Verbund derart umgestellt werden, dass zur Ermittlung der jährlichen Veränderungsrate lediglich dieselben Betriebe („Altbetriebe“) herangezogen werden. Die im Rahmen der Stichprobenrotation gegenüber dem Vorjahr weggefallenen bzw. neu aufgenommenen Betriebe würden dann bewusst ausgeklammert werden, um mögliche verzerrende Effekte auszuschließen.

13 Die im Jahr 2009 zu verzeichnenden Verdiensteinbußen konnten teilweise durch das staatliche Kurzarbeitergeld kompensiert werden. Das Kurzarbeitergeld wurde allerdings nicht von der Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst (vgl. Alter 2010, vgl. S. 1114).

Eine Auswertung des Nominallohnindex nach einzelnen Beschäftigtengruppen ergibt folgendes Bild: Geringfügig Beschäftigte konnten im Jahr 2015 einen höheren Verdienstzuwachs (+4,3 %) als Teilzeit- (+3,7 %) und Vollzeitbeschäftigte (+3,0 %) erzielen. Dies könnte man als Indiz dafür werten, dass insbesondere geringfügig Beschäftigte mit einem niedrigen Bruttostundenverdienst von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 profitieren konnten.[14] Wenn man die Entwicklung der Nominallöhne (für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte) nach Leistungsgruppen getrennt untersucht, sind allerdings keine Besonderheiten zu verzeichnen. Ungelernte (+2,6 %) bzw. Angelernte (+2,8 %) hatten hier sogar leicht unterdurchschnittliche Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr. Dies könnte jedoch auch auf den Umstand zurückzuführen sein, dass vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Ungelernte insgesamt in Bayern einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst in Höhe von 12,12 Euro (ohne Sonderzahlungen) erhielten und damit bereits ein deutlicher Abstand zum allgemeinen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro je Zeitstunde lag. In welchem Ausmaß die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns das Verdienstniveau in Bayern konkret beeinflusst hat, lässt sich auf Grundlage der Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung nicht quantifizieren.

Fazit und Ausblick

In diesem Beitrag wurden die zentralen Jahresergebnisse 2015 der Vierteljährlichen Verdiensterhebung ausgewertet. Vollzeitbeschäftigte in Bayern erhielten für eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 39,0 Stunden – unter Einbeziehung der Sonderzahlungen – insgesamt einen Bruttomonatsverdienst von 4 217 Euro. Differenziert man diesen branchenübergreifenden Mittelwert, so treten zwischen einzelnen Wirtschaftsabschnitten teilweise deutliche Verdienstunterschiede zutage. Während beispielsweise Beschäftigte des Finanz- und Versicherungswesens überdurchschnittlich hohe Gehälter beziehen konnten, fielen die Verdienstmöglichkeiten im Gastgewerbe vergleichsweise gering aus. Branchenbezogene Differenzen spiegeln zum Teil ungleiche Beschäftigtenstrukturen wider, d. h. sie sind auch auf unterschiedliche Fachkenntnisse und Qualifikationen zurückzuführen. Unterteilt man die Vollzeitbeschäftigten nach fünf Leistungsgruppen, offenbart sich ein erhebliches Verdienstgefälle. So hatten z. B. männliche Arbeitnehmer in leitender Stellung bzw. einer fachlich sehr anspruchsvollen Position, einen Bruttostundenlohn (inklusive Sonderzahlungen) von 50,88 Euro, wohingegen Ungelernte lediglich 13,34 Euro pro Arbeitsstunde erzielten.

Geschlechtsspezifische Unterschiede im durchschnittlichen Verdienstniveau sind nach wie vor vergleichsweise stark ausgeprägt. Es ist jedoch schwierig, hierfür einfache Interpretationen zu liefern, da viele verschiedene Faktoren eine Rolle spielen und letztlich kein umfassender statistischer Vergleich auf Basis der Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung möglich ist. Die Verdienstdifferenzen fallen z. B. in Abhängigkeit von der Branche und dem konkreten Tätigkeits- bzw. Qualifikationsprofil unterschiedlich hoch aus, was im Rahmen dieser Statistik lediglich vereinfacht in Form von fünf Leistungsgruppen abgebildet wird. Hinsichtlich des Verdienstabstandes zwischen Männern und Frauen wird u. a. deutlich, dass dieser von den Hochqualifizierten bzw. herausgehobenen Positionen hin zu den Ungelernten abnimmt. Weitere Aufschlüsse zum Gender Pay Gap werden die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014 geben.

Mittelfristig zeichnete sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt (Vollzeit-, Teilzeit- sowie geringfügig Beschäftigte) – abgesehen vom Krisenjahr 2009 – sowohl eine positive Entwicklung der Nominal- als auch der Reallöhne ab. Verglichen mit dem Vorjahr stieg in 2015 das allgemeine Verdienstniveau nominal um 3,0 %, wohingegen beim bayerischen Verbraucherpreisindex im Vorjahresvergleich lediglich ein moderates Plus in Höhe von 0,4 % zu verzeichnen war. Daraus errechnet sich ein realer Verdienstanstieg um 2,7 %, die größte Steigerung seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2008.

Seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 steht im Erkenntnisinteresse der Politik und Arbeitsmarktforschung die Frage, welche Auswirkungen mit dieser Änderung auf die Beschäftigtenzahl und das Verdienstniveau verbunden sind. Zur Quantifizierung dieser Effekte ist die Vierteljährliche Verdiensterhebung allerdings lediglich eingeschränkt verwendbar. Um hier die Datenlage zu

14 Einschränkend sollte u. a. berücksichtigt werden, dass im Rahmen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung für geringfügig Beschäftigte keine Angaben zur Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden vorliegen.

verbessern und einen direkten Vergleich mit den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2014 (d. h. vor Einführung des allgemeinen Mindestlohns) zu ermöglichen, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Sondererhebung Verdienste 2015 bei der amtlichen Statistik in Auftrag gegeben. Hierzu liegen inzwischen Ergebnisse vor, die von der Mindestlohnkommission am 28. Juni 2016 im Rahmen eines Berichts an die Bundesregierung veröffentlicht wurden.[15] Neben der Untersuchung der Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns hat die Mindestlohnkommission auf Grundlage der Entwicklung der Tarifverdienste (Tarifindex) beschlossen, den Mindestlohn ab dem 1. Januar 2017 auf 8,84 Euro brutto je Zeitstunde festzusetzen.

15 Der Ergebnisbericht kann online abgerufen werden unter: www.mindestlohnkommission.de/DE/Bericht/bericht_node.html

Literatur

Alter, Hannah (2010), Vier Jahre Neukonzeption der Verdienststatistik: Ein Fazit aus Sicht der Vierteljährlichen Verdiensterhebung. In: Wirtschaft und Statistik 12/2010, S. 1110–1123.

Finke, Claudia (2010), Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen 2006. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Online unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/VerdienstunterschiedeMannFrau.html, abgerufen am 8. April 2016.

Frank, Thomas/Grimm, Christopher (2010), Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte. Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg. Online unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Entgeltstatistik.pdf, abgerufen am 30. März 2016.

Klemt, Sandra/Droßard, Ralf (2013), Vierteljährliche Verdiensterhebung: neue Nutzer, neue Indizes, die neuesten Ergebnisse. In: Wirtschaft und Statistik 08/2013, S. 603–613.

StBA Statistisches Bundesamt (2015), Qualitätsbericht. Vierteljährliche Verdiensterhebung, Wiesbaden.

StBA Statistisches Bundesamt (2016), Qualitätsbericht. Monatlicher Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten, Wiesbaden.

ZENSUS 2011: Bereitstellung der Daten über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Dr. Heiko Bergmann, Dipl.-Math. oec. Andreas Nickl, Dipl.-Soz. Nina Storfinger

Der Gesamtdatenbestand des Zensus 2011 steht seit Anfang Juni 2016 in den Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für wissenschaftliche Analysen zur Verfügung. Die hohe Komplexität der Erhebungsmethode und die Datenmenge des Zensus 2011 stellten die FDZ vor neue Herausforderungen. Eine eigens für den Zensus 2011 eingerichtete FDZ-Projektgruppe unter fachlicher Leitung des Bayerischen Landesamts für Statistik hat es sich zum Ziel gesetzt, die große Datenmenge entsprechend den Anforderungen und Wünschen der empirischen Wissenschaft aufzubereiten. Als Ergebnis stehen nun drei verschiedene Zensus-Produkte zur Verfügung, die es der Wissenschaft erlauben, eine Vielzahl an Forschungsthemen mit den Einzeldaten des Zensus 2011 zu bearbeiten und damit Ergebnisse zu kreieren, die über die Tabellen, die der breiten Öffentlichkeit u. a. im Rahmen der Zensusdatenbank zugänglich gemacht wurden, hinausgehen. Die Beantragung einer Nutzung der Zensus-Daten für die Wissenschaft an den FDZ folgt dabei den gebräuchlichen Regelungen, wie sie auch für alle anderen über 100 Statistiken gelten, die an den FDZ angeboten werden.

Der Zensus 2011

Der Zensus 2011 war eine registergestützte Bevölkerungszählung, die durch eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis und eine Vollerhebung aller an Anschriften mit Sonderbereichen lebenden Personen (Gemeinschaftsunterkünfte, Anstalten, Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Einrichtungen) ergänzt wurde. Erhoben wurde der Zensus 2011 zusammen mit einer Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) zum Stichtag 9. Mai 2011. Der Begriff „Zensus“ löst die früher genutzte Bezeichnung „Volkszählung“ ab. Beide Begriffe können synonym verwendet werden. Die letzten Volkszählungen fanden in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1987 und in der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1981 statt.

Der Zensus 2011 wurde als Bundesstatistik von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt. Der Zensus liefert Basisdaten zur Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wohnsituation, auf denen zahlreiche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Planungsprozesse bei Bund, Ländern und Gemeinden aufbauen. Wichtig ist er auch für das statistische Gesamtsystem, denn er ist Fortschreibungs- und Auswahlgrundlage für viele Statistiken. Zentrale Aufgabe jedes Zensus ist die Ermittlung der Einwohnerzahl, die in vielen Zusammenhängen – z. B. beim horizontalen und vertikalen Finanzausgleich, der Sitzverteilung im Bundesrat sowie bei der Einteilung der Wahlkreise – als maßgebliche Bemessungsgrundlage dient.

Die EU schreibt seit dem Jahr 2011 für alle Mitgliedstaaten die Durchführung von Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen im Abstand von zehn Jahren vor. Damit die Ergebnisse auf europäischer Ebene vergleichbar sind, müssen alle Mitgliedstaaten ei-

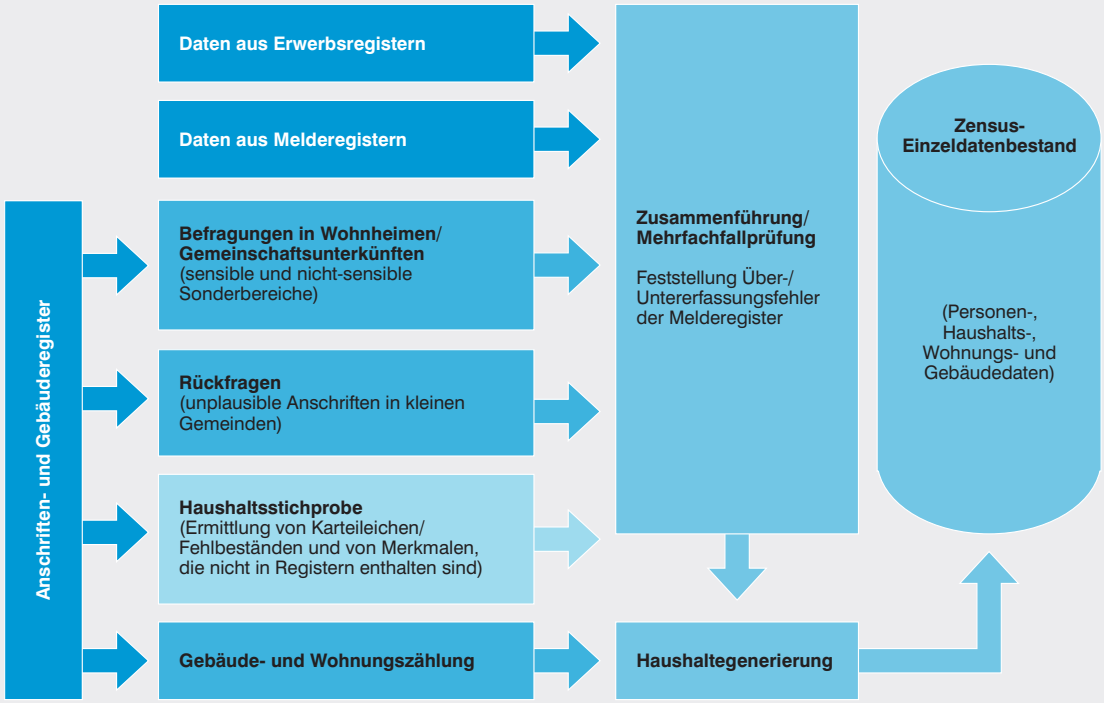
nen festgelegten Umfang von Merkmalen liefern. Ihnen bleibt dabei jedoch eine große Wahlfreiheit in der Methode, mit der diese Informationen gewonnen werden. In Deutschland wurde der Zensus 2011 registergestützt durchgeführt. Das bedeutet, dass bereits vorhandene Verwaltungsregister als Datenquellen genutzt wurden, die um Informationen aus Vollerhebungen und Stichprobenerhebungen ergänzt bzw. korrigiert wurden.

Insgesamt bestand die Zählung im Jahr 2011 damit aus verschiedenen Erhebungsteilen: der Übernahme der Daten aus bereits vorhandenen Verwaltungsregistern, der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis, der GWZ sowie der Befragung an Anschriften mit Sonderbereichen (vgl. Abbildung 1). Die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis diente dabei der Feststellung sowie der statistischen Korrektur von Über- und Untererfassungsfehlern[1] in den Melderegistern für alle Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und zur Gewinnung von Angaben, die nicht aus Registern gewonnen werden konnten. Im Zuge dessen wurden bundesweit knapp 10 % aller Personen im Rahmen der Ha ushaltebefragung auf Stichprobenbasis befragt. Dafür wurden nach einem mathematischen Zufallsverfahren Anschriften ausgewählt, an denen alle dort zum Stichtag lebenden Personen befragt wurden. Da im Bereich der Gebäude und Wohnungen kein zentrales Register existierte, wurden diese Daten durch eine primärstatistische Vollerhebung gewonnen.

Die Informationen der diversen Erhebungsteile wurden anschließend im Rahmen der Haushaltegenerierung (HHGen) miteinander verknüpft, da Informationen zu Zahl und Struktur von Haushalten und deren Wohnsituation in den Melderegistern nicht unmittelbar vorhanden sind. Deshalb haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit der HHGen ein neuartiges regelbasiertes Verfahren entwickelt, um diese Haushaltszusammenhänge zu ermitteln, weitere kombinierte Auswertungen zu ermöglichen und einen zur ermittelten amtlichen Einwohnerzahl entsprechenden Datensatz zu erhal-

1 Die Angaben in den Melderegistern sind nicht durchweg fehlerfrei: Zum einen existieren möglicherweise Personen, die laut Melderegister an einer Anschrift gemeldet sind, aber nicht (mehr) tatsächlich dort wohnen (sogenannte Karteileichen). Zum anderen kann es Personen geben, die an einer Anschrift wohnen, ohne dort gemeldet zu sein (sogenannte Fehlbestände). Diese Fehler konnten mit statistischen Methoden bereinigt werden.

Abb. 1
Das Zensusmodell im Überblick



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015): Zensus 2011: Methoden und Verfahren, S. 13.

Weiterführende Literatur zur Methode des Zensus:
Ausführliche Beschreibungen der einzelnen Datenquellen, der verwendeten Verfahren sowie detaillierte Darstellungen zum Stichprobendesign, zum Hochrechnungsverfahren und zur Geheimhaltung liefert der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Juni 2015 veröffentlichte Methodenband „Zensus 2011: Methoden und Verfahren“:
Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Methoden und Verfahren beim Zensus 2011, 2015. www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Aufsaetze_Archiv/2015_06_MethodenUndVerfahren.pdf
Darüber hinaus sind auf der Zensus-Seite www.zensus2011.de weitere Informationen und Artikel zu einzelnen Themengebieten rund um den Zensus 2011 zu finden. Über die Suchmaske kann gezielt nach Veröffentlichungen zu Schwerpunktthemen wie z. B. dem Anschriften- und Gebäuderegister oder Stichprobenverfahren recherchiert werden.

ten. Dabei wurden – in einer Vielzahl von Prozessschritten – die für eine Anschrift vorliegenden Personeninformationen zu Haushalten zusammengefasst und den in der GWZ erfassten Wohnungen an der Anschrift zugeordnet. Die Ergebnisse der HHGen bilden also die Wohnhaushalte an einer Anschrift ab, für die einerseits reine Haushaltsergebnisse (z. B. Anzahl der Ein- und Mehrpersonenhaushalte), andererseits kombinierte Ergebnisse (z. B. durchschnittliche Wohnungsgröße von Haushalten mit Kindern) ausgewiesen werden können (vgl. Kreuzmair/Reisch 2012).

Das Zensus-Datenangebot im Internet

Zensusdatenbank

Für den Zensus 2011 gibt es die Möglichkeit, online mit nur wenigen Klicks eigene Ergebnisse zu erstellen. Möglich wird das durch die Zensusdatenbank. Diese bietet drei Möglichkeiten für die Auswertung der Daten:

- „Ergebnisse einfach und schnell“
  In diesem Auswertungsbereich können Einwohnerzahlen sowie vordefinierte Tabellen abgerufen werden. Das Angebot ist nach Themen geordnet und kann in unterschiedlicher regionaler Gliederungstiefe angezeigt werden. „Ergebnisse einfach und schnell“ bietet einen schnellen Überblick über die wichtigsten Kennzahlen auswählbarer Regionen.
- „Ergebnisse individuell und dynamisch“
  In diesem Auswertungsbereich können Tabellen und Diagramme den eigenen Wünschen und Anforderungen entsprechend selbst zusammengestellt werden. Der Vergleich von Gemeinden oder Regionen ist möglich. „Ergebnisse individuell und dynamisch“ bietet einen einfachen Einstieg in individuelle Auswertungen.
- „Ergebnisse kartografisch und visuell“
  In diesem Auswertungsbereich können verschiedene Indikatoren kartografisch dargestellt werden. Die Darstellung ist auf Landes-, Kreis- oder Gemeindeebene möglich. Die Klassenzahl sowie die Klassengrenzen können an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden.

Weiterführendes zur Zensusdatenbank:
Fischer, Christoph: Zensus 2011 – Die Zensusdatenbank nach Abschluss der Datenaufbereitung. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 06/2014
Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensusdatenbank. https://ergebnisse.zensus2011.de/

Weiterführendes zum Download aggregierter Zensus-Daten:
Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Ergebnisse des Zensus 2011 zum Download. www.zensus2011.de/SharedDocs/Aktuelles/Ergebnisse/DemografischeGrunddaten.html

Diese Ergebnisse können in verschiedenen Formaten heruntergeladen werden. Darüber hinaus können einige weitere aggregierte Daten kostenfrei unter www.zensus2011.de heruntergeladen und individuell ausgewertet werden.

Um bei den Tabellen der Zensusdatenbank die Geheimhaltung der Ergebnisse und damit den Datenschutz gewährleisten zu können, wurden die Daten mit dem datenverändernden Geheimhaltungsverfahren SAFE („Sichere Anonymisierung für Einzeldaten“) anonymisiert. Anders als bei klassischen Geheimhaltungsmethoden wird ein Rückschluss auf statistische Einzelangaben hier verhindert, indem die Originaldaten leicht verändert werden. Eine Beschreibung des SAFE-Verfahrens und dessen Auswirkungen findet sich in der Nutzer-Kurzinformation zu SAFE in der „Infothek“ unter www.zensus2011.de.

Zensus-Atlas

Über den Zensus-Atlas können online Rasterkarten zu einigen wenigen Indikatoren angezeigt werden. Die Darstellung der Karten erfolgt auf 1-km²-Rastern. Je nach Bedarf können einzelne Anzeigeebenen wie die Verwaltungsgrenzen, Gebietsnamen oder Gewässer ein- oder ausgeblendet werden. In der Karte kann die Ansicht für ganz Deutschland erfolgen, durch Hineinzoomen können aber auch kleinere Gebiete betrachtet werden. Auch die dem Zensus-Atlas zugrunde liegenden Daten können kostenfrei heruntergeladen werden.

Weiterführendes zum Zensus-Atlas:
Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensus-Atlas.
https://atlas.zensus2011.de/

Der Zensus 2011 in den FDZ

Die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder (FDZ der Länder) und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamts (FDZ des Bundes) ermöglichen der Wissenschaft den kostenpflichtigen Zugang zu amtlichen Mikrodaten für wissenschaftliche Analysen.

Die Bereitstellung von Mikrodaten wird durch § 16 Abs. (6) Bundesstatistikgesetz (BStatG) ermöglicht. Demnach dürfen die FDZ der amtlichen Statistik Mikrodaten „an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung [übermitteln], wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können und die Empfänger Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 sind“ (vgl. BStatG).

Auf dieser Grundlage stellen die FDZ gegenwärtig über 100 verschiedene Statistiken aus den Bereichen „Soziales“, „Wirtschaft, Finanzen und Steuern“, „Rechtspflege“ sowie „Agrar, Energie und Umwelt“ mit häufig mehreren Erhebungswellen bereit. Weitere Informationen zu den Forschungsdatenzentren sowie eine Übersicht über alle in den FDZ verfügbaren Statistiken bietet der gemeinsame Internetauftritt der FDZ (www.forschungsdatenzentrum.de).

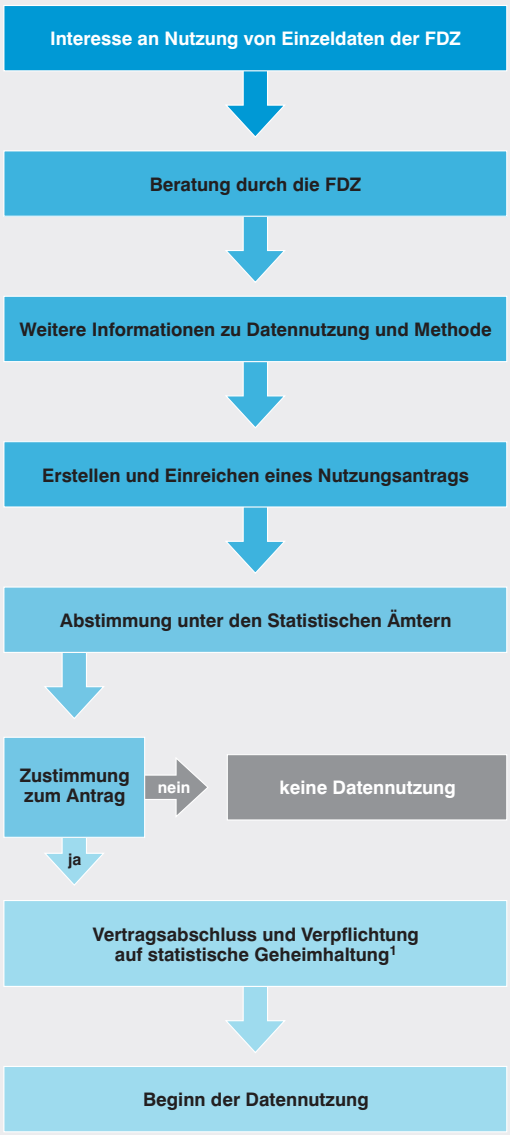
Ablauf einer Datenbeantragung in den FDZ

Die Daten der FDZ können gemäß § 16 Abs. 6 Bundesstatistikgesetz (BStatG) von „Hochschulen oder sonstige[n] Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung“ genutzt werden. Da Einzeldaten nicht außerhalb der Bundesrepublik genutzt werden dürfen, findet eine Unterscheidung dahingehend statt, ob der Sitz der wissenschaftlichen Institution im In- oder Ausland liegt. Die Nationalität der Forschenden spielt dabei keine Rolle.

Der Zugang zu den Mikrodaten der Forschungsdatenzentren muss seitens der Institution beantragt sowie anschließend unter den Statistischen Ämtern der Länder abgestimmt werden. Nach Unterzeichnung des Nutzungsvertrages sowie der förmlichen Verpflichtung auf statistische Geheimhaltung der angemeldeten Datennutzerinnen und Datennutzer kann die eigentliche Auswertung der Einzeldaten beginnen. Die Dauer einer Datennutzung beträgt i. d. R. maximal drei Jahre. Eine schematische Übersicht einer Datenbeantragung findet sich in Abbildung 2.

Eine Nutzung der Daten in den FDZ ist zudem kostenpflichtig. Die Höhe ist insbesondere abhängig

Abb. 2
Ablauf einer Datenbeantragung in den Forschungsdatenzentren (FDZ)



1 Verpflichtung der Datennutzer nach § 16 (Abs. 7) BStatG. Die Verpflichtung entfällt, wenn ein Nutzer bereits im Rahmen einer anderen Datennutzung verpflichtet wurde.

von der Anzahl der beantragten Statistiken sowie der beantragten Jahre. Je Statistik und je Jahr wird dabei i. d. R. eine Pauschale in Höhe von 250 Euro erhoben, wobei auch Nachwuchswissenschaftler- sowie Studierendenrabatte gewährt werden können.

Ablauf der Datennutzung beim Zensus 2011

Während bei den meisten anderen Statistiken die Datennutzerinnen und Datennutzer eine gewisse Wahlfreiheit haben, ob sie die Daten am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz (GWAP) oder per kontrollierter Datenfernverarbeitung (KDFV) nutzen möchten, erfolgt die Nutzung der Einzeldaten des Zensus 2011 verpflichtend stets durch eine kombinierte Nutzung am GWAP und per KDFV (vgl. Infokasten auf S. 400. Standardmäßig können die Daten mit den gebräuchlichen Auswertungsprogrammen SAS, SPSS und Stata ausgewertet werden.

Eine Nutzung über lediglich einen Nutzungsweg scheidet aus diversen Gründen aus: Zum einen ist eine Nutzung des Zensus 2011 ausschließlich am GWAP nicht möglich, da die Einzeldaten stärkeren Anonymisierungsverfahren unterzogen werden müssten, um das Kriterium der faktischen Anonymität zu erfüllen. Dies war aus fachlichen und methodischen Gründen nicht möglich. Darüber hinaus weisen die Zensus-Datensätze einen immensen Umfang auf. Auf herkömmlichen PCs können diese kaum mehr mit vertretbaren Laufzeiten bearbeitet werden. Aus diesen Gründen wird am GWAP lediglich eine relativ kleine Substichprobe der Originaldatensätze des Zensus 2011 bereitgestellt und Ergebnisse auf Basis dieser Substichprobe nicht freigegeben bzw. veröffentlicht.

Zum anderen gestaltet sich eine Nutzung der Einzeldaten des Zensus 2011 ausschließlich per KDFV ebenso wenig als praktikabel: Aufgrund der hohen Komplexität der Datenstruktur ist es dringend erforderlich, sich zunächst am GWAP mit den Daten vertraut zu machen. Ziel dieser Einarbeitung ist darüber hinaus, dass die im Anschluss zu erstellenden Programmcodes für die KDFV fehlerfrei funktionieren und der Nutzer schneller seine Ergebnisse erhält.

Ergebnisse auf Basis des Zensus 2011 werden in den FDZ demnach stets mithilfe der von den Datennutzerinnen und Datennutzern erstellten Programmcodes auf dem formal anonymisierten Datenmaterial erzeugt. Die über die KDFV erstellten Ergebnisse werden von den FDZ-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Geheimhaltung geprüft und dem Nutzer anschließend per E-Mail übermittelt.

Während der Datennutzung kann ein Nutzer mehrere Syntaxen einschicken und die daraus resultie-

Weiterführendes zum Gastwissenschaftlerarbeitsplatz (GWAP) und zur kontrollierten Datenfernverarbeitung (KDFV):

Gastwissenschaftlerarbeitsplätze (GWAP) sind speziell eingerichtete, geschützte Räume der amtlichen Statistik. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern steht in diesen Räumen ein abgeschotteter Arbeitsplatz-PC zur Verfügung, der keinen Zugriff auf das Internet oder andere Laufwerke zulässt, sondern lediglich der Analyse der sogenannten faktisch anonymisierten Daten dient. Die am GWAP bereitstehenden Einzeldaten werden durch die FDZ derart aufbereitet, dass gemäß der Forderung des BStatG eine Reidentifikation von einzelnen Merkmalsträgern nur noch mit einem „unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft" möglich ist.

Bei der *kontrollierten Datenfernverarbeitung* (KDFV) erhalten die Forschenden keinen unmittelbaren Zugriff auf die Einzeldaten. Den Nutzern wird stattdessen ein sogenannter Strukturdatensatz übermittelt, der in seinem Aufbau dem beantragten Datenmaterial entspricht, jedoch keine inhaltlichen Informationen enthält. Mithilfe dieses Datensatzes erstellen die Nutzer Programmcodes, die von den FDZ anschließend auf die Daten ausgeführt werden. Vorteil dieser Methode ist, dass die Analysen auf sogenannten formal anonymisierten Daten ausgeführt werden. Zum Erreichen der formalen Anonymität werden lediglich die direkten Identifikatoren aus dem Datenmaterial gelöscht, sodass die Reidentifikation einzelner Merkmalseinheiten in den Datensätzen nicht mehr auszuschließen ist. Aus diesem Grund erhalten die Nutzerinnen und Nutzer auch keinen direkten Zugriff auf die Einzeldaten.

renden geheim gehaltenen Ergebnisse erhalten. Von ihm erstellte und weiterhin benötigte Datensätze werden während der Nutzungsdauer gespeichert. Abbildung 3 zeigt schematisch den Ablauf einer Datennutzung des Zensus 2011.

FDZ-Produkte des Zensus 2011

Um dem Wunsch der Forschenden nach einem möglichst hohen Analysepotenzial nachzukommen, bieten die FDZ unterschiedliche Produkte des Zensus 2011 an. Im Unterschied zum üblichen Vorgehen der FDZ steht für die Daten des Zensus 2011 damit nicht nur ein Produkt[2] je Zugangsweg zur Verfügung, sondern es werden insgesamt drei Produkte erstellt, die je einen thematischen Schwerpunkt haben. Hintergrund hierfür ist der große Datenumfang des Zensus 2011, der Auswertungen über den gesamten Datensatz sehr aufwendig macht, sodass Forschende nach Möglichkeit nur die Daten erhalten sollen, die sie für ihre jeweilige Fragestellung benötigen.

Produkt 1: Die Haushaltsstichprobe

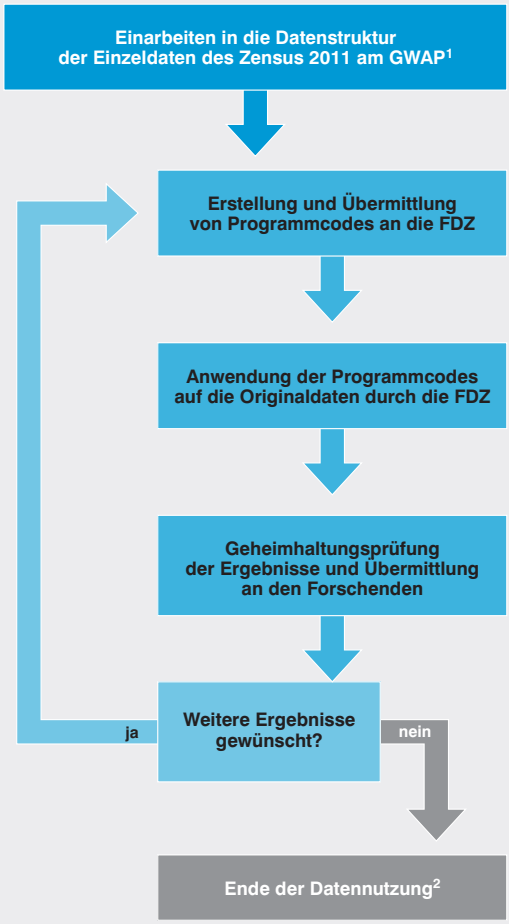
Die Haushaltsstichprobe des Zensus 2011 umfasst Daten auf Personenebene für etwa 10 % der Bevölkerung. Die Ergebnisse der Haushaltsstichprobe sind nur für Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern sowie flächendeckend ab Kreisebene repräsentativ. Folgende Inhalte können mit den Daten der Haushaltsstichprobe untersucht werden: Demografie, berufliche Ausbildung, Bildung und Schulbesuch, Erwerbstätigkeit und Arbeitssuche sowie Glaube und Religion. Die tiefste regionale Gliederungsebene ist, wie bereits erwähnt, die Gemeinde. Weitere Informationen bieten der Metadatenreport und das Schlüsselverzeichnis für Produkt 1, die auf den Internetseiten der FDZ verfügbar sind.

Produkt 2: Die Gebäude- und Wohnungszählung

Die GWZ des Zensus 2011 war eine flächendeckende und vollzählige Erfassung aller Gebäude mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften sowie der darin befindlichen Wohnungen. Folgende Inhalte sind in der GWZ enthalten: Baujahr, Eigentumsform, Gebäudetyp, Zahl der Wohnungen im Gebäude, Nutzung der Wohnung (vermietet, leer stehend etc.), Wohnfläche und Ausstattung der Wohnung mit Bad und WC. Die tiefste regionale Gliederungsebene ist die Gemeinde. Metadatenreport und Schlüsselverzeichnis können, wie für Produkt 1, online eingesehen werden.

2 Ein Produkt bezeichnet die Daten einer Statistik, eines Erhebungsjahres und eines Zugangsweges.

Abb. 3
Ablauf einer Datennutzung beim Zensus 2011



1 Gastwissenschaftlerarbeitsplatz.
2 Das Ende der Datennutzung erfolgt zudem automatisch nach Ablauf der im Nutzungsvertrag vereinbarten Nutzungsdauer und beträgt i. d. R. maximal drei Jahre.

Produkt 3: Der Gesamtdatensatz

Der Gesamtdatensatz des Zensus 2011 umfasst zusätzlich zu den gesammelten Informationen zur Bevölkerung (Produkt 1) und der GWZ (Produkt 2) auch Angaben zu den Bevölkerungs-, Haushalts- und Familienstrukturen in Deutschland. Des Weiteren können Informationen zu themenübergreifenden Fragestellungen wie „Wie wohnt die Bevölkerung Deutschlands?“ geliefert werden, oder auch gezielt die Wohnsituation bestimmter Bevölkerungsgruppen untersucht werden. Das FDZ-Produkt 3 erlaubt auch kleinräumige Auswertungen des Zensusdatenbestandes nach Gitterzellen als kleinste Ebene.

Im Gegensatz zu den Produkten 1 und 2 liegt Produkt 3 aufgrund der Größe und Komplexität des Datenmaterials in mehreren Teiltabellen vor. Für jede Nutzung wird das Datenmaterial individuell auf das gewünschte Forschungsvorhaben angepasst. Im relationalen Datenmodell des Produkts 3 können Merkmale aus den insgesamt elf Teiltabellen ausgewählt und kombiniert werden. Weitere Informationen bieten der Metadatenreport und das Schlüsselverzeichnis für Produkt 3. Diese Dokumente sind zusammen mit weiterer Literatur zum Zensus 2011 auf der Homepage der FDZ erhältlich.

Weiterführendes zu den Produkten des Zensus 2011 in den FDZ:
Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Forschungsdatenzentren.
www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/zensus_2011/

Fazit

Nachdem im Oktober 2015 die Produkte 1 und 2 zur wissenschaftlichen Nutzung bereitgestellt wurden, steht nun seit Juni 2016 der Gesamtdatenbestand des Zensus 2011 in den FDZ für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung. Die hohe Komplexität der Erhebungsmethode und die Datenmenge des Zensus 2011 stellten die FDZ bei der Aufarbeitung sowie Bereitstellung der Daten vor neue Herausforderungen. Eine eigens eingerichtete Projektgruppe, in der Mitglieder aus sechs verschiedenen Statistischen Landesämtern sowie dem Statistischen Bundesamt vertreten waren, tagte regelmäßig in den vergangenen drei Jahren, wobei das Bayerische Landesamt für Statistik hierfür die fachliche Zuständigkeit übernahm. Inzwischen liegen bereits die ersten Anträge zur Nutzung des Datenangebots des Zensus 2011 vor.

Die aktuellen und zukünftigen Nutzungen der Daten des Zensus 2011 werden auch darüber entscheiden, ob die FDZ weitere Produkte zum Zensus 2011 anbieten werden. Damit wird der Datenumfang des Zensus 2011 nicht inhaltlich erweitert, sondern es sollen für häufig untersuchte Forschungsthemen

maßgeschneiderte Produkte angeboten werden. Dies soll gewährleisten, dass Nutzerinnen und Nutzer schneller und effizienter ihre Auswertungen durchführen können.

Die FDZ gehen davon aus, dass auch die Daten des Zensus 2021 wieder an den FDZ angeboten werden. Für konkrete Aussagen muss jedoch erst die tatsächliche Durchführung der Erhebung abgewartet werden.

Literaturverzeichnis

Fischer, Christoph: Zensus 2011 – Die Zensusdatenbank nach Abschluss der Datenaufbereitung. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2014.

Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. www.forschungsdatenzentrum.de/

Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – Arbeitspapier Nr. 48: Bereitstellung der Daten des Zensus 2011 über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, S. Raab, C. Meisdrock, 2015.

Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009.

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 8. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2808), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781) geändert worden ist.

Höhne, Jörg: Das Geheimhaltungsverfahren SAFE. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 2/2015, S. 16–33.

Höhne, Jörg: SAFE – Ein Verfahren zur Geheimhaltung und Anonymisierung statistischer Einzelangaben. In: Berliner Statistik: Monatsschrift 3/03.

Kreuzmair, Ingrid und Reisch, Marco: ZENSUS 2011: Ablauf der Haushaltegenerierung. In: Bayern in Zahlen 9/2012, S. 615–624.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensus 2011. Wissen, was morgen zählt. www.zensus2011.de

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Methoden und Verfahren beim Zensus 2011, 2015.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Nutzer-Kurzinformation zu SAFE.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensus-Atlas. https://atlas.zensus2011.de/

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensusdatenbank Zensus 2011. https://ergebnisse.zensus2011.de/

Verordnung (EG) Nr. Nr. 763/2008 des europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen.

Gastbeitrag*
Preisentwicklung 2015

Matthias Bieg, M. Sc. Dipl.-Volksw. Dieter Schäfer

Im vorliegenden Aufsatz wird die Preisentwicklung in Deutschland 2015 über alle Wirtschaftsstufen zusammenfassend beschrieben und analysiert. Zunächst werden die rückläufigen Preise auf den Ebenen der Einfuhr, der Erzeugung gewerblicher Produkte und des Großhandels betrachtet. Danach wird die leichte Erhöhung der Erzeugerpreise für Dienstleistungen, der Baupreise und der Verbraucherpreise in Deutschland beschrieben. Da die niedrigeren Preisveränderungsraten auf allen Wirtschaftsstufen vor allem auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen sind, wird diese ausführlicher dargestellt. Die Tendenz zu stärker rückläufigen oder schwächer ansteigenden Preisveränderungsraten im Jahr 2015 wird abschließend mit Blick auf Deflationsgefahren und die Auswirkungen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Preisentwicklung im Jahr 2015 kommentiert.

1 Einleitung

In der Preisstatistik werden Ergebnisse von zeitlichen Preisvergleichen in Form von Indizes monatlich beziehungsweise vierteljährlich veröffentlicht. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen der Einfuhr, der Erzeugung, des Großhandels sowie des privaten Konsums. Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Der nationale Verbraucherpreisindex und der europaweit harmonisierte Verbraucherpreisindex werden zum Beispiel zur Messung von Inflation aus Sicht der privaten Endverbraucherinnen und Endverbraucher verwendet. Auch sind Preisindizes in Form von Wertsicherungsklauseln häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen, die sowohl in privaten Verträgen als auch in Verträgen der Wirtschaft vorkommen. Schließlich werden Preisindizes verwendet, um nominale wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt um Preisänderungen zu bereinigen und somit reale Wachstumsraten zu berechnen.

Im vorliegenden Aufsatz wird die Preisentwicklung in Deutschland 2015 über alle Wirtschaftsstufen zusammenfassend beschrieben und analysiert.[1] Nach einem Überblick über die Entwicklungen der Gesamtindizes auf den einzelnen Wirtschaftsstufen werden weitere wichtige Entwicklungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsstufen einschließlich eines europäischen Vergleichs bei den Verbraucherpreisen analysiert. Dabei wird auf die Energie- und die Nahrungsmittelpreise zunächst nicht differenzierter eingegangen. Beide Gütergruppen waren unter anderem durch besondere externe Faktoren wie Weltmarktpreise beziehungsweise Witterungsbedingungen geprägt und hatten erheblichen Einfluss auf die Preisentwicklung 2015. Sie werden daher in den Kapiteln 4 und 5 ausführlicher dargestellt. Die Betrachtungen im vorliegenden Aufsatz beziehen sich in der Regel nur auf die wichtigsten Ergebnisse.[2] Da sich die im zweiten Halbjahr 2014 begonnene Tendenz rückläufiger Preisveränderungsraten teilweise fortgesetzt hat, wird im letzten Kapitel wie im vergangenen Jahr (Touil/Schäfer, 2015)

* Der vorliegende Beitrag ist im Wissenschaftsmagazin „WISTA – Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamts in der Ausgabe 2/2016 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamts hier im Originalwortlaut abgedruckt.

1 Die monatlichen beziehungsweise vierteljährlichen Ergebnisse der Preisindizes werden jeweils zeitnah und nach Wirtschaftsstufen getrennt in Fachserien, auf der Homepage des Statistischen Bundesamts und zum Teil auch in Pressemitteilungen veröffentlicht.

2 Differenziertere Darstellungen und Ergebnisse enthalten das Internetangebot des Statistischen Bundesamts (www.destatis.de) im Themenbereich Preise, die preisstatistischen Veröffentlichungen im Bereich Publikationen sowie die Datenbank GENESIS-Online (www.destatis.de/genesis).

die Frage aufgegriffen, inwieweit beziehungsweise ob Deutschland von deflationären Entwicklungen betroffen ist. Ein weiteres preisrelevantes Thema in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit war im Jahr 2015 die Einführung des allgemeinen Mindestlohns. Das letzte Kapitel geht auch darauf ein, welche Auswirkungen durch die Einführung des Mindestlohns auf die Preisentwicklung in Deutschland festzustellen sind.

2 Überblick über die Entwicklungen der Gesamtindizes

Die Preisentwicklung 2015 war in Deutschland in nahezu allen Bereichen durch sich abschwächende Teuerungsraten oder sogar Preisrückgänge gekennzeichnet. Insgesamt gingen sowohl die Einfuhrpreise als auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und die Großhandelspreise im Vergleich zum Vorjahr zurück. Preiserhöhungen verzeichneten die Verbraucherpreise und auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen die Dienstleistungspreise und die Baupreise. Bei den Bau- und den Verbraucherpreisen fielen diese allerdings niedriger aus als in den Vorjahren.

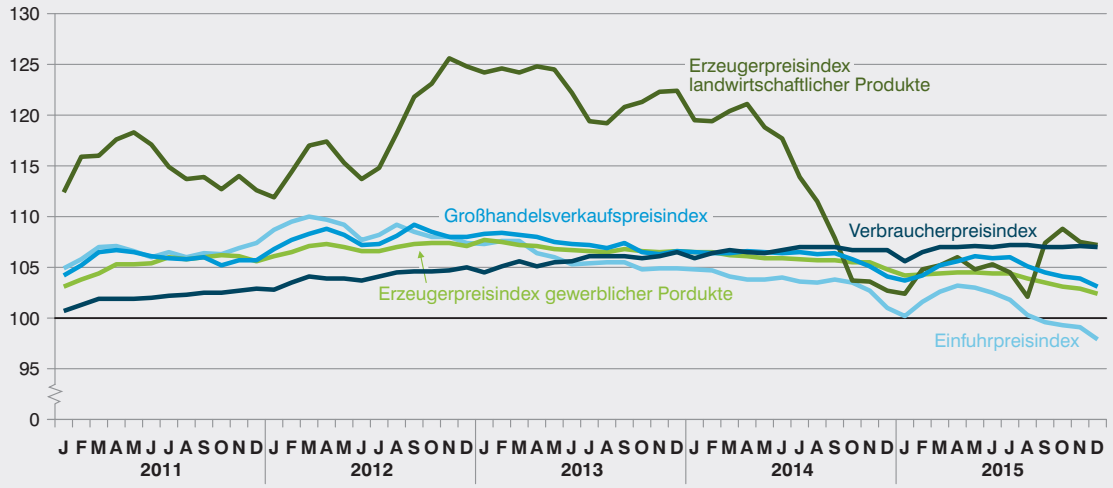
Die anhaltend sinkenden Energiepreise haben die Preisentwicklung 2015 auf nahezu allen Wirtschaftsstufen maßgeblich geprägt. Die Verbraucherpreise wiesen mit +0,3 % die niedrigste Jahresteuerung seit 2009 (ebenfalls +0,3 %) auf. Auch 2009 waren für die geringe Jahresteuerungsrate in erster Linie stark rückläufige Energiepreise verantwortlich, damals waren diese jedoch wesentlich darauf zurückzuführen, dass die Nachfrage nach Energieprodukten infolge einer schwachen Weltwirtschaft gesunken war. Dagegen gab es im Jahr 2015 bei realwirtschaftlicher Betrachtung einen Angebotsüberschuss vor allem an Rohöl, der insbesondere vom Kampf um Marktanteile durch die ölfördernden Länder hervorgerufen wurde. Mit dem Jahresergebnis von +0,3 % beim Verbraucherpreisindex hat sich der seit 2011 andauernde Trend sich abschwächender Teuerungsraten weiter fortgesetzt (2014: +0,9 %). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise wies der Verbraucherpreisindex 2015 mit einer Veränderung von +1,1 % gegenüber dem Vorjahr eine ähnliche Größenordnung auf wie in den Jahren 2009 bis 2014. In diesem Zeitraum lag die Vorjahresveränderungsrate jeweils zwischen +0,8 % und +1,6 %. Deflationstendenzen im Sinne eines allgemeinen Preisrückgangs lagen damit 2015 auf der Verbraucherstufe nicht vor.

Außer den Verbraucherpreisen stiegen im Jahr 2015 auch die Baupreise, wenn auch überwiegend mit geringeren Veränderungsraten als in den Vorjahren. Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart (einschließlich Umsatzsteuer) erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber 2014 um 1,6 % und wiesen damit das fünfte Jahr in Folge geringere Preisrückgänge als im jeweiligen Vorjahr auf. Preissteigerungen waren 2015 überwiegend auch bei den Erzeugerpreisen für Dienstleistungen zu beobachten – mit Ausnahme einzelner Bereiche wie der Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt oder bestimmter IT-Dienstleistungen.

Preisrückgänge wurden bei den Einfuhrpreisen, den nationalen Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte und den Großhandelsverkaufspreisen im Jahresdurchschnitt 2015 im dritten Jahr in Folge gemessen. Die Einfuhrpreise lagen im Jahresdurchschnitt um 2,6 % unter denen von 2014 (2014: -2,2 %). Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte waren insgesamt 1,8 % niedriger als im Vorjahr (2014: -1,0 %) und bei den Großhandelspreisen wurde wie 2014 ein Rückgang um 1,2 % beobachtet.

Ein Vergleich der Entwicklungen der Gesamtindizes der letzten Jahre zeigt, dass der Verbraucherpreisindex seit 2011 bis zu einem Höchststand im Sommer 2014 mit einem Indexstand von 107,0 (2010 = 100) in der Tendenz kontinuierlich angestiegen ist. Seitdem blieb der Indexwert mit kleinen Schwankungen in diesem Bereich. Im Vergleich dazu erreichten die Indizes der Einfuhrpreise, der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, der Großhandelsverkaufspreise und der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ihre Indexhöchststände früher im Zeitraum von März 2012 bis Januar 2013. Während davor eher Preisanstiege zu verzeichnen waren, sind die Preise auf diesen, den Verbraucherpreisen vorgelagerten Wirtschaftsstufen seitdem tendenziell gefallen. Insgesamt wies der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte im Betrachtungszeitraum eine deutlich höhere Volatilität im Vergleich mit den anderen Indizes auf (vgl. Abbildung 1).

Abb. 1
Preisindizes im Überblick
2010 ≙ 100



3 Preisentwicklung nach Wirtschaftsstufen

Sowohl zwischen als auch innerhalb der Wirtschaftsstufen waren 2015 unterschiedliche Preisentwicklungen und gegenläufige Trends festzustellen. Dabei wurde die Preisentwicklung 2015 auf allen Wirtschaftsstufen vor allem durch die Entwicklung der Energiepreise, zum Teil auch durch die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise, geprägt. Bei beiden Produktgruppen haben externe Einflussfaktoren, wie die Entwicklung der Rohölpreise am Weltmarkt beziehungsweise die unterschiedlichen Witterungsbedingungen und Ernten in den Jahren 2014 und 2015, die inländische Preisentwicklung stark beeinflusst. Für diese beiden Produktgruppen erfolgt daher in den Kapiteln 4 und 5 eine wirtschaftsstufenübergreifende, detailliertere Untersuchung. Neben den Energie- und Nahrungsmittelpreisen gab es im Jahr 2015 aber auch in anderen Güterbereichen markante Preisentwicklungen, die im Folgenden im Vordergrund stehen. Mitunter kamen in diesen Bereichen die Impulse von der Entwicklung der Rohstoffpreise am Weltmarkt, die sich in der Folge zumindest teilweise bis hin zum Verbraucher fortsetzten. Um den Zusammenhang zwischen den Preisentwicklungen auf den einzelnen Wirtschaftsstufen zu verdeutlichen, werden als Hintergrund jeweils einleitend wichtige Einflussfaktoren auf die Preisentwicklung einer Stufe sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2015 im jeweiligen Bereich skizziert.

3.1 Weltmarkt- und Einfuhrpreise

Die Entwicklung der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten spielt eine wichtige Rolle für die Preisentwicklung in Deutschland. Gemessen am Rohstoffpreisindex des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts (HWWI) auf US-Dollar-Basis für den Euroraum sind die Weltmarktpreise für Rohstoffe[3] im Jahresdurchschnitt 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 40 % gesunken. Das ist der stärkste Jahresverlust seit Beginn des HWWI-Rohstoffpreisindex im Jahr 1960 (HWWI, 2016). Der Preisverfall an den Rohstoffmärkten hat sich vor allem beim Rohöl in der zweiten Jahreshälfte 2014 massiv verschärft und 2015 im Vorjahresvergleich zu einer starken Verbilligung von Energierohstoffen (-45 %, vgl. Abschnitt 4.1) geführt. Aber auch der HWWI-Rohstoffpreisindex ohne Energierohstoffe ist im Jahresvergleich deutlich gefallen (-20 %). So waren bei Nahrungs- und Genussmittelrohstoffen (vgl. Abschnitt 5.1) und Industrierohstoffen die Weltmarktpreise im Jahr 2015 mit -18 % beziehungsweise -22 % wesentlich günstiger als im Vorjahr.

Günstiger wurde im Jahr 2015 am Weltmarkt neben Rohöl (-46 %) vor allem Eisenerz und Schrott (-39 %). Der Rückgang der Jahresdurchschnittspreise für Eisenerz hat realwirtschaftlich betrachtet den Hintergrund, dass ein großes Angebot auf eine schwächer als erwartete Nachfrage, insbesondere aus China, traf. Auch Nicht-Eisen-Metalle wie Kupfer oder Blei

3 Die Angaben zu den Rohstoffpreisen am Weltmarkt beziehen sich in diesem Aufsatz immer auf den HWWI-Preisindex „Euroland“, bei dem die Importe des Euroraums aus Drittländern als Gewichtung dienen, in der US-Dollar-Notierung.

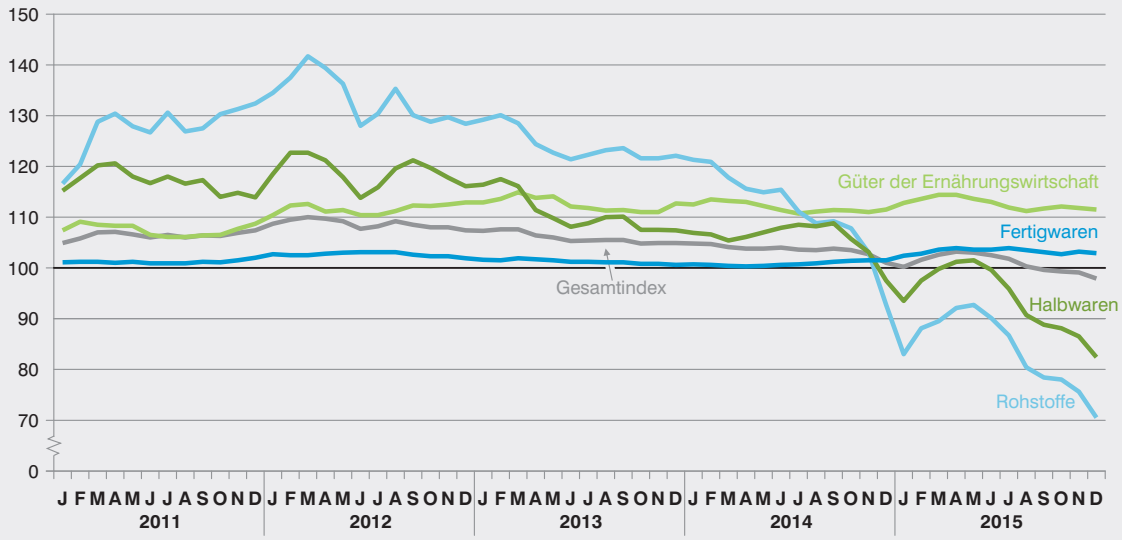
waren im Jahresdurchschnitt 2015 insgesamt um 17% günstiger als im Vorjahr. Ebenso sind bei den oft sehr stark witterungsabhängigen Weltmarktpreisen für Nahrungs- und Genussmittel die Preise für Getreide um 14% sowie für Ölsaaten und Öle um 22% gefallen. Während sich im Jahr 2014 die Weltmarktpreise für Genussmittel (zum Beispiel Kaffee, Tee, Zucker) entgegen dem Trend rückläufiger Rohstoffpreise noch spürbar verteuerten, war im Jahr 2015 auch hier ein Rückgang um 12% bei den Jahresdurchschnittspreisen zu verzeichnen.

Da neben den Rohstoffen auch weiterverarbeitete Produkte importiert werden, die nicht nur von den Rohstoffpreisen, sondern auch von tendenziell stabileren Faktoren wie Löhnen oder Mieten beeinflusst werden, ist der starke Preisverfall der Rohstoffe am Weltmarkt nicht der einzige Einflussfaktor auf die Entwicklung des gesamten Einfuhrpreisindex. Insbesondere Schwankungen des US-Dollar-Wechselkurses zum Euro können sich im Einfuhrpreisindex entsprechend niederschlagen. Im Jahr 2015 wurde der Euro gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt um 16% abgewertet,[4] was in US-Dollar gehandelte Rohstoffe am Weltmarkt in Euro entsprechend verteuerte. Die deutschen Einfuhrpreise lagen im Jahresdurchschnitt 2015 um 2,6% unter denen des Vorjahres und sind damit etwas stärker gefallen als noch im Jahr 2014 (-2,2%). Bedingt durch die weltweit verhaltene Wirtschaftslage hielt der Preisrückgang, der bereits im September 2012 begonnen hatte, auch im Jahr 2015 weiter an. Nachdem der Einfuhrpreisindex von Januar bis April 2015 zunächst anstieg, fiel er im weiteren Jahresverlauf bis Dezember auf den niedrigsten Stand seit März 2010 (vgl. Abbildung 2).

Der stärkste Rückgang bei den Einfuhrpreisen war 2015 wie in den letzten Jahren für Rohstoffe und Halbwaren mit -19% zu beobachten. Dabei wiesen Rohstoffe einen Preisrückgang um 25% auf. Den größten Einfluss hatten hier wie bei den Rohstoffpreisen am Weltmarkt die Energiepreise (-27%, vgl. Abschnitt 4.1). Auch bei den Einfuhrpreisen für Erze zeigten sich die Rückgänge der Rohstoffpreise am Weltmarkt deutlich. Die Einfuhr von Eisenerzen war im Jahr 2015 durchschnittlich 25% billiger als im Vorjahr, die Einfuhr von Nicht-Eisen-Metallerzen um 3,1%. Bei Halbwaren war der Preisrückgang im Jahr 2015 mit -12% gegenüber dem Vorjahr weniger stark ausgeprägt als bei den Rohstoffen. Neben Mineralölerzeugnissen (-28%) wurden vor allem chemische Grundstoffe, die zu den Halbwaren gerechnet werden, im Jahresdurchschnitt mit -3,3% billiger importiert als 2014.

4 Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank – Jahres- und Monatsdurchschnitte: www.bundesbank.de

Abb. 2
Einfuhrpreisindizes
2010 ≙ 100



Unter anderem der höhere Verarbeitungsgrad und die damit verbundenen tendenziell stabileren Kostenbestandteile der Weiterverarbeitung, beispielsweise die Lohnkosten, führen bei Fertigwaren in der Regel zu einer stabileren Preisentwicklung als bei den Rohstoffen und Halbwaren. Die Einfuhrpreise für Fertigwaren lagen 2015 im Jahresdurchschnitt um 2,4 % höher als 2014. In diesem Bereich stiegen die Preise für Bekleidung um 5,8 %, für elektrische Ausrüstungen um 4,7 % und für elektronische und optische Erzeugnisse um 3,1 %. Maschinen waren im Durchschnitt um 2,8 % teurer. Die Einfuhrpreise für Kraftwagen und Kraftwagenteile waren 2015 gegenüber 2014 um 1,4 % höher.

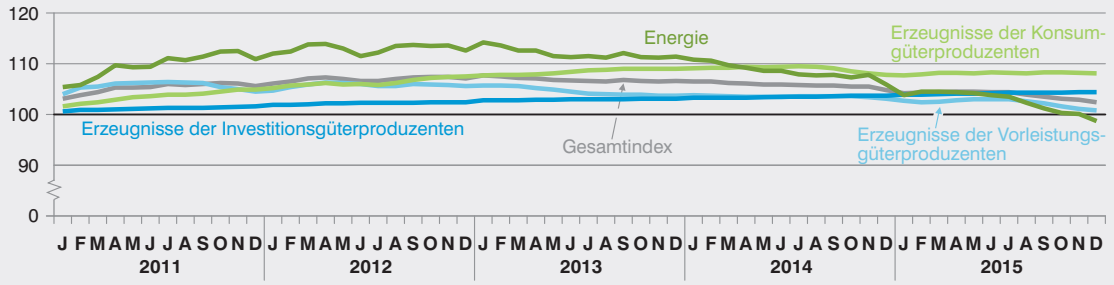
Die Einfuhrpreise für Waren der Ernährungswirtschaft, zu denen neben Nahrungsmitteln (vgl. Abschnitt 5.1) auch lebende Tiere und Genussmittel gehören, waren im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,7 % höher als 2014. Auffallend war in diesem Bereich, ähnlich wie bei den Rohstoffpreisen am Weltmarkt, vor allem die Preisentwicklung bei Rohkaffee, der auf Einfuhrebene im Jahresdurchschnitt nach dem starken Anstieg im Vorjahr (+26 %) um 2,1 % billiger war als 2014.

3.2 Erzeugerpreise

Die Preisentwicklung auf der Stufe der Erzeugung von Waren und Dienstleistungen wies 2015 keine einheitliche Richtung auf. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte waren um 1,8 % niedriger als 2014, die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sanken im Vergleich zu 2014 sogar um 3,8 % und die Erzeugerpreise der Produkte des Holzeinschlags um 3 %. Bei den einzelnen Dienstleistungsbereichen waren im Vergleich zu 2014 – mit Ausnahme der Bereiche Information und Kommunikation sowie der Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt – durchweg Preisanstiege zu beobachten, die zwischen +0,2 % beim Frachtumschlag und +3,2 % bei den Wach- und Sicherheitsdiensten lagen. Auch die Preise für den Neubau von Wohn-, Büro- sowie gewerblichen Betriebsgebäuden sind 2015 jeweils um 1,6 % gestiegen.

In den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte schlagen sich die Einfuhrpreise zusammen mit anderen Kostenfaktoren der Produktion in Deutschland nieder. Während die Einfuhrpreise 2015 mit -2,6 % deutlich gefallen sind, erzeugten andere Kostenfaktoren wie die Löhne 2015 einen Druck zu Preissteigerungen. Zudem war die Entwicklung der deutschen Wirtschaft 2015 durch eine starke Binnennachfrage – sowohl bei den Konsumausgaben als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen – sowie steigende Ausfuhren gekennzeichnet (Räth/Braakmann, 2016). Dennoch wiesen die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 2015 mit -1,8 % den stärksten Rückgang im Jahresdurchschnitt seit 2009 (-4,2 %) auf. Den größten Einfluss auf die Jahresveränderungsrate der Erzeugerpreise hatten 2015 die in Abschnitt 4.2 dargestellten Energiepreise (-5,4 %). Ohne Berücksichtigung der Energie fielen die Erzeugerpreise 2015 im Vorjahresvergleich lediglich um 0,5 %. Neben der Energie waren bei den gewerblichen Produkten insbesondere Vorleistungsgüter – das sind beispielsweise Metalle und chemische Grundstoffe, die im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden – günstiger als im Vorjahr. Nicht nur die Preise der

Abb. 3
Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte
2010 ≙ 100



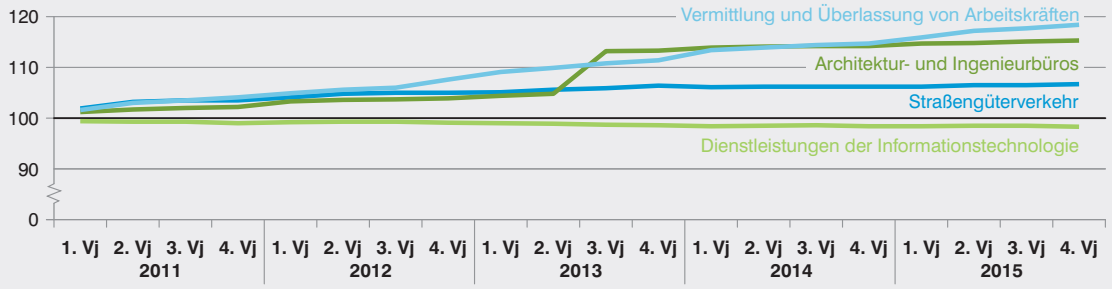
Rohstoffe am Weltmarkt wiesen in diesem Bereich Rückgänge auf, auch die Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter gingen 2015 im Jahresdurchschnitt um 1,2 % zurück. Hierzu trugen insbesondere Preisrückgänge bei chemischen Grundstoffen (-5,7 %) und Metallen (-1,5 %) bei. Dagegen sind die Preise für Investitionsgüter, wie Leichtmetallbauerzeugnisse, Maschinenbauerzeugnisse oder Kraftwagen und Kraftwagenteile, im Jahresdurchschnitt 2015 insgesamt um 0,7 % gegenüber 2014 gestiegen. Bei den Konsumgütern verteuerten sich die Gebrauchsgüter, zu denen beispielsweise Haushaltsgeräte gehören, auf der Erzeugerstufe im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr. Demgegenüber lagen die Preise für Verbrauchsgüter, zu denen unter anderem die Nahrungsmittel (vgl. Kapitel 5) gehören, im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,1 % unter denen des Vorjahres (vgl. Abbildung 3).

Bei Dienstleistungen spielen im Vergleich zu den Waren allgemeine Kostenfaktoren wie Löhne und Mieten zumeist eine bedeutsamere Rolle als andere im Produktionsprozess eingesetzte Güter, wie Rohstoffe, Betriebsstoffe oder andere Dienstleistungen. Je nach Branche können aber unterschiedliche Faktoren wesentlichen Einfluss auf die Preisbildung haben: So werden zum Beispiel Transportleistungen oft auch relativ stark von Energiekosten beeinflusst. Insgesamt war 2015 in Deutschland auch in den Dienstleistungsbereichen – abgesehen von den Finanz- und Versicherungsdienstleistern – eine positive wirtschaftliche Entwicklung festzustellen. Insbesondere in den Bereichen Information und Kommunikation sowie bei den Unternehmensdienstleistungen nahm die reale Bruttowertschöpfung überdurchschnittlich zu (Räth/Braakmann, 2016).

Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Preisindizes vorliegen, wird bisher kein Gesamtindex berechnet. Dennoch zeigen die vorliegenden Ergebnisse für die einzelnen Dienstleistungsbereiche, dass die Dienstleistungspreise 2015 insgesamt angestiegen sind, wenn auch bei den meisten Bereichen in geringerem Ausmaß als im Vorjahr. Im Bereich Verkehr und Lagerei waren trotz der sinkenden Energiepreise im Jahr 2015 in fast allen Branchen moderate Preissteigerungen zu verzeichnen: Die Preise des Schienengüterverkehrs lagen um 1,6 %, die des Straßengüterverkehrs um 0,2 % und die der Post-, Kurier- und Expressdienste um 0,9 % höher als 2014. Die moderaten Preisanstiege bei den Gütertransporten im Straßenverkehr dürften auch mit den im Jahr 2015 erneut gesunkenen Kraftstoffpreisen zu tun haben. Gefallen sind jedoch die Preise für Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt – im Vorjahresvergleich um 1,8 %. Dies ist insbesondere auf den starken Preisverfall im Güterverkehr mit Asien zurückzuführen. In den einzelnen Branchen der Bereiche Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen stiegen 2015 die Preise im Vorjahresvergleich durchweg. Die deutlichsten Preissteigerungen waren hier bei der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (+2,7 %), bei Wach- und Sicherheitsdiensten (+3,2 %) und bei der Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln (+1,9 %) zu verzeichnen. Ein Grund für die Preisanstiege in den genannten Branchen war vermutlich die Weitergabe von Lohnsteigerungen infolge von Tarifanpassungen.

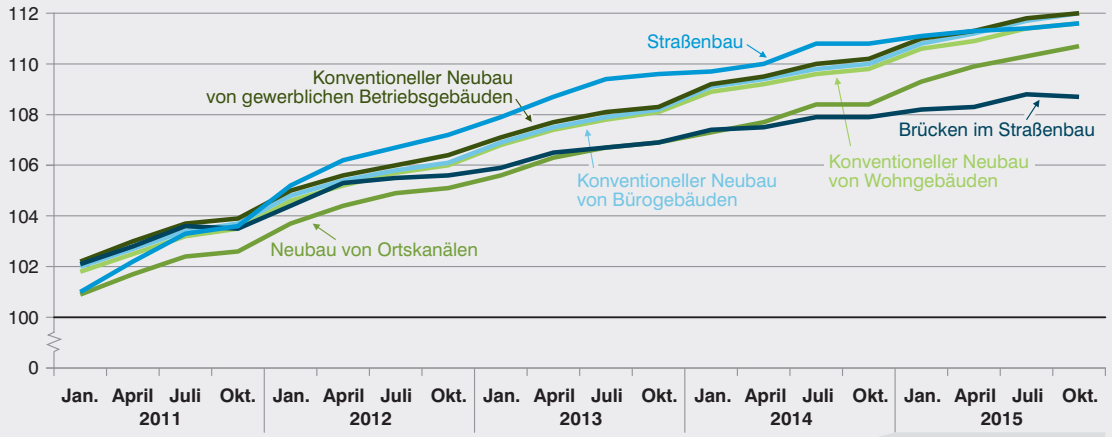
Dagegen waren im Bereich Information und Kommunikation auch für 2015 teilweise wieder Preissenkungen im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten: Der Preisindex für Telekommunikation lag 2015 durchschnittlich um 1,1 % niedriger als 2014. Somit sanken die Preise wieder etwas stärker als im Jahr zuvor (-0,5 % von 2013 auf 2014). Dies galt insbesondere für die Dienstleistungen des Mobilfunks, die um 2,3 % niedriger lagen als im Jahr 2014, während die Preise für Festnetztelefonie und Internetzugang mit -0,2 % nahezu unverändert blieben. Damit setzte sich im Festnetz der Trend zur Preisstabilisierung fort. Der im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlichere Preisrückgang im Mobilfunk (-0,5 % von 2013 auf 2014) resultierte aus der verstärkten Nutzung von Datenflatrates. Bei Mobilfunktarifen mit Datenflatrates stieg das tatsächlich genutzte Übertragungsvolumen der Mobilfunkteilnehmer 2015 merklich gegenüber 2014 an, sodass der Preis je Megabyte übertragener Daten entsprechend sank. Auch die Preise für Dienstleistungen der Informationstechnologie waren mit -0,1 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert, während die Preise für Datenverarbeitung, Hosting gegenüber dem Vorjahr etwas deutlicher zurückgingen (-0,9 %) (vgl. Abbildung 4).

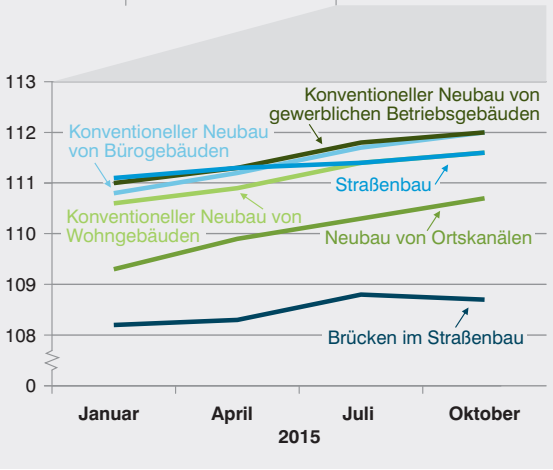
Abb. 4
Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
2010 ≙ 100



Für den Baubereich zeigen die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 2015 trotz überwiegend milder Witterung in den Wintermonaten einen leichten Rückgang der wirtschaftlichen Leistung, nachdem es im Vorjahr noch einen kräftigen Anstieg gegeben hatte (Räth/Braakmann, 2016). Die Baupreise sind in diesem Umfeld 2015 – ebenso wie die meisten Dienstleistungspreise – im Vorjahresvergleich gestiegen: So erhöhten sich die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber 2014 um 1,6 %. Auch die Preise für den Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden und die Preise für den Neubau von Bürogebäuden stiegen im Jahr 2015 mit jeweils +1,6 % in der gleichen Größenordnung wie die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart. Innerhalb des ausgewiesenen Ingenieurbaus gab es die größte Preissteigerung beim Neubau von Ortskanälen mit +1,9 %. Im Straßenbau lagen die Preise im Jahr 2015 um 1,0 % und bei Brücken im Straßenbau um 0,7 % über denen des Vorjahres. Insgesamt sind die Baupreise im Vorjahresvergleich weiter gestie-

Abb. 5
Baupreisindizes
2010 ≙ 100





gen, allerdings überwiegend in etwas geringerem Umfang als in den Jahren 2012 bis 2014. Wichtige Einflussfaktoren für die Baupreise sind neben den Preisen für Baumaterialien vor allem Löhne, die im Jahr 2015 tendenziell preissteigernd wirkten. Bei längerfristiger Betrachtung zeigt sich bei allen Bauwerksarten eine relativ ähnliche Preisentwicklung (vgl. Abbildung 5).

Zusammenfassend lässt sich somit für die Erzeugerstufe feststellen, dass sich die Preissenkungen 2015 im Vorjahresvergleich vor allem auf die landwirtschaftlichen Produkte, die Energie, die Herstellung von Vorleistungsgütern und Verbrauchsgütern sowie die IT-Dienstleistungen konzentrierten. Die Herstellung von Gebrauchsgütern, nahezu alle Dienstleistungsbereiche und der Baubereich wiesen dagegen steigende Preise auf. In den meisten Bereichen fielen bei den Vorjahresveränderungen Preissenkungen etwas stärker beziehungsweise Preiserhöhungen etwas geringer aus als 2014.

3.3 Großhandelsverkaufspreise

Nur selten verkaufen Erzeuger oder Importeure ihre Waren direkt an den Konsumenten. In der Regel durchlaufen die Waren erst noch eine oder mehrere Handelsstufen, bevor sie zum Endverbraucher beziehungsweise zu anderen Erzeugern gelangen.

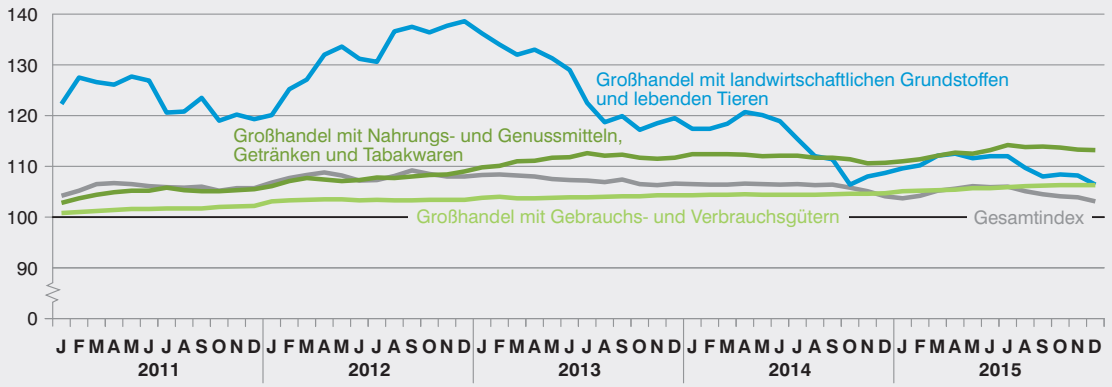
In der Entwicklung der Großhandelsverkaufspreise sind die Preisschwankungen der vorgelagerten Wirtschaftsstufen noch deutlich zu erkennen. Allerdings kommen bei den Großhandelsverkaufspreisen vermehrt weitere Einflussfaktoren wie Löhne oder Mieten hinzu, die 2015 eher preissteigernd wirkten. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage war im Großhandel 2015 nur eine leichte Zunahme der wirtschaftlichen Leistung zu verzeichnen (Räth/Braakmann, 2016). Vor diesem Hintergrund ist der Preisrückgang bei den Großhandelspreisen 2015 mit -1,2 % gegenüber dem Vorjahr insgesamt etwas moderater ausgefallen als auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen.

Auch im Großhandel wurde der Preisrückgang wesentlich durch die Energie beeinflusst: Die Preise im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen lagen im Jahresdurchschnitt 2015 um 14 % unter denen des Vorjahres. Allerdings haben auch andere Bereiche zum Preisrückgang beigetragen, beispielsweise der Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten (-6,1 %), der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (-3,9 %), und der Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug (-0,9 %). Preissteigerungen waren dagegen im Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln (+4,1 %) sowie im Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen (+7,1 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 6).

3.4 Verbraucherpreise in Deutschland

Die Preisentwicklungen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen Einfuhr und Erzeugung wirken sich oft nicht unmittelbar auf die Verbraucherpreise aus. So

Abb. 6
Großhandelsverkaufspreisindizes
2010 ≙ 100

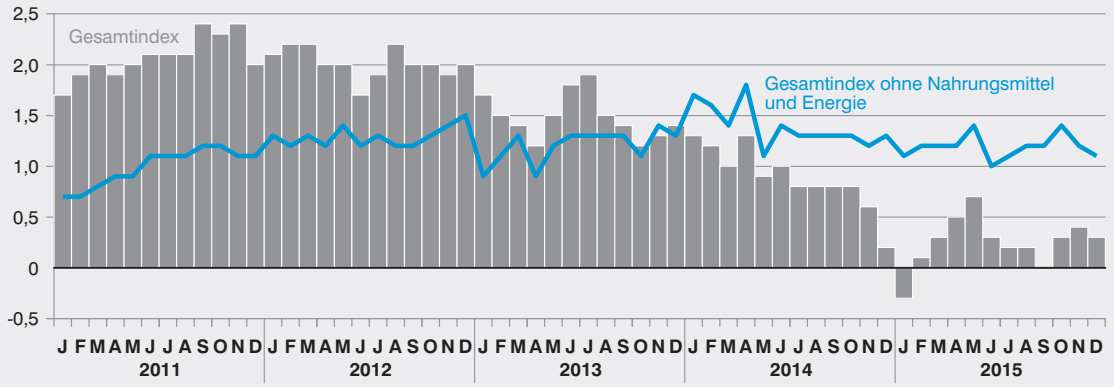


gelangen Waren zumeist über den Groß- und/oder Einzelhandel zu den Konsumenten. Damit schlagen sich neben den Einfuhr- und Erzeugerpreisen beziehungsweise Einkaufspreisen des Handels auch andere Kosten des Handels, wie Löhne oder Mieten, in den Verbraucherpreisen nieder. Dagegen werden Dienstleistungen häufig ohne Handelsstufen an die Verbraucher abgegeben, weshalb sich Preisentwicklungen von konsumentenorientierten Dienstleistungen auf der Erzeugerebene zumeist unmittelbar im Verbraucherpreisindex widerspiegeln. Neben den entsprechenden Preisentwicklungen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen dürfte sich auch die starke Binnennachfrage im Jahr 2015 auf die Verbraucherpreise in Deutschland ausgewirkt haben. Die privaten Konsumausgaben trugen 2015 preisbereinigt mit einer Zunahme von 1,9% erheblich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei (Räth/Braakmann, 2016).

Die Verbraucherpreise lagen im Durchschnitt des Jahres 2015 um 0,3% über dem Vorjahresniveau. Damit ist die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – weiterhin rückläufig. Im Jahr 2012 lag sie noch bei +2,0% und verringerte sich seitdem mit +1,5% im Jahr 2013 und +0,9% im Jahr 2014 kontinuierlich. Während 2014 die Inflationsraten erst in der zweiten Jahreshälfte unter den Wert von 1,0% fielen, bewegten sich die monatlichen Inflationsraten im Jahr 2015 durchgängig unterhalb der 1-%-Marke. Im Januar war die Inflationsrate mit -0,3% sogar negativ, allerdings erholten sich die Verbraucherpreise im Folgemonat wieder und stiegen bis Mai von Monat zu Monat bis auf den Wert von +0,7% an. Nachdem sich die Inflationsraten von Juni bis September wieder bis auf 0,0% abschwächten, legten sie im vierten Quartal wieder etwas zu (vgl. Abbildung 7).

Wie im Vorjahr hatten 2015 die Energiepreise starken Einfluss auf die Verbraucherpreisentwicklung. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise lag die Teuerungsrate 2015 mit +1,1% deutlich über der Gesamtteuerung von +0,3% und bewegte sich damit etwas unter der Spanne der vorherigen drei Jahre von +1,3% bis +1,6%. Im Januar 2015 lag die Inflationsrate ohne Energie mit +0,9% auf dem niedrigsten Stand seit April 2011 (ebenfalls +0,9%). Ein ähnliches Bild zeichnet sich beim Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie ab. Dieser zeigte im Januar 2015 eine Veränderung von +1,1% und lag damit bei Betrachtung der letzten fünf Jahre nahezu in der Mitte der beobachteten Spanne von +0,7% (Januar und Februar 2011) und +1,8% (April 2014). Im Jahresdurchschnitt 2015 lagen die Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie um 1,2% höher als im Vorjahr. Abgesehen vom vergangenen Jahr (+1,4%) wurde seit 2007 (+1,9%) keine höhere jahresdurchschnittliche Teuerungsrate beim Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie erreicht. Die niedrige Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2015 ist daher ganz wesentlich auf die Entwicklung der Energiepreise und zu einem deutlich kleineren, aber spürbaren Teil auf die Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. In den Kapiteln 4 und 5

Abb. 7
Verbraucherpreisindex für Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



werden daher explizit Energie und Nahrungsmittel und ihre Rolle bei der Jahresteuerung der Verbraucherpreise näher analysiert.

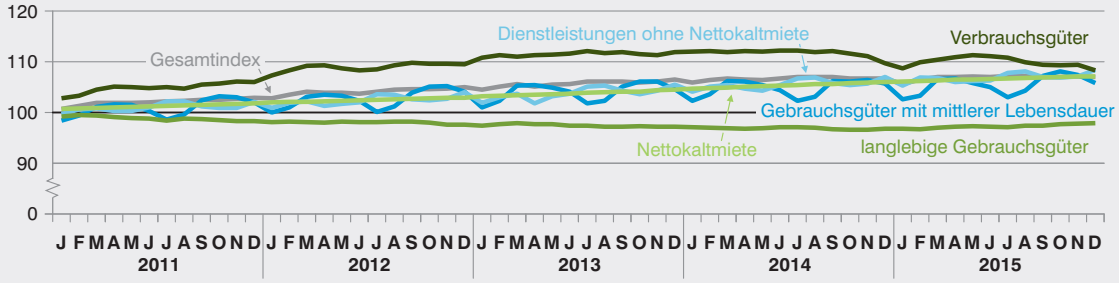
Den Preissteigerungen von durchschnittlich 1,2% bei Dienstleistungen standen im Jahr 2015 sinkende Preise bei den Waren (-0,8%) gegenüber. Die negative Teuerungsrate für Waren wurde deutlich geprägt durch die Verbrauchsgüter, für die die Konsumenten durchschnittlich 1,5% weniger bezahlen mussten als 2014 und zu denen auch die Energieprodukte und Nahrungsmittel zählen. Die Jahresteuerungsraten der Verbrauchsgüter sind im Laufe der letzten Jahre damit rückläufig (2013: +2,3%, 2014: +0,2%). Bei einigen Verbrauchsgütern, wie Zeitungen und Zeitschriften (+5,9%) sowie Kaffee, Tee und Kakao (+5,5%), waren im Jahr 2015 jedoch erhebliche Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Auch Tabakwaren sind im Jahr 2015 erneut teurer geworden (+4,0%, darunter Tabak: +7,4%), ein Grund dafür dürfte das Inkrafttreten der letzten von fünf im Jahr 2010 beschlossenen Tabaksteuererhöhungen sein. Bei Gebrauchsgütern mit mittlerer Lebensdauer, wie Bekleidung oder Schuhen, erhöhten sich die Preise wie schon im Jahr 2014 um 0,7%. Erstmals seit 1998 verteuerten sich zudem langlebige Gebrauchsgüter, wie Fahrzeuge, Fernsehgeräte und Möbel, im Jahresdurchschnitt um 0,4%. Hier dürfte sich die Wechselkursentwicklung des Euro zum US-Dollar bemerkbar gemacht haben: Der Euro wertete 2015 durchschnittlich um 16% ab und verteuerte damit Importe, zum Beispiel für elektronische Bauteile, deutlich[5] (vgl. Abbildung 8).

Die Dienstleistungspreise stiegen 2015 um 1,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung der Dienstleistungspreise ist insbesondere auf die Preisentwicklung der Wohnungsmieten (Nettokaltmiete) zurückzuführen, die ein Gewicht von rund 21% im Wägungsschema des Verbraucherpreisindex haben und knapp 40% der Preisentwicklung bei den Dienstleistungen ausmachen. Der Anstieg der Nettokaltmiete lag 2015 mit 1,2% deutlich über dem gesamten Verbraucherpreisindex mit 0,3%, er fiel jedoch etwas geringer als im Vorjahr (+1,5%) aus. Hinter der Abschwächung des Anstiegs auf Bundesebene stehen regional sehr unterschiedliche Entwicklungen, in einigen Ländern hat sich der Anstieg der Mieten 2015 leicht verstärkt, in anderen ist er zurückgegangen. Dazu haben teilweise gesetzgeberische Maßnahmen beigetragen, wie die Senkung der Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen oder die Einführung von Mietpreisbremsen ab Juni 2015 in verschiedenen Ländern für ausgewählte Kommunen. Methodisch bedingt könnten sich durch die Einführung einer neuen, breiter angelegten Mietenstichprobe und die dadurch bessere Einbeziehung privater Kleinvermieter und ländlicher Regionen in einigen Ländern ebenfalls tendenziell niedrigere Steigerungsraten ergeben haben.

Die Dienstleistungspreise ohne Nettokaltmiete stiegen im Jahr 2015 um 1,3% und damit nur leicht stärker als die Nettokaltmiete. Dabei hat der 2015 flächendeckend eingeführte gesetzliche Mindestlohn die Preisentwicklung in einzelnen Branchen erkennbar beeinflusst, auch wenn die Jahresteuerungsrate der gesamten Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete insgesamt unter dem Niveau der Vorjahre blieb (vgl. hierzu Kapitel 6). Etwas stärker als in den Jahren zuvor verteuerten sich beispielsweise die Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen,

5 Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank – Jahres- und Monatsdurchschnitte: www.bundesbank.de

Abb. 8
Verbraucherpreisindizes
2010 ≙ 100



die sich im Jahresdurchschnitt um 2,6% erhöhten (2014: +2,1%, 2013: +2,3%, 2012: +2,1%). Aufgrund des relativ hohen Anteils an Niedriglohnbeschäftigten in diesem Gewerbe ist hier von einer preiserhöhenden Wirkung durch den Mindestlohn auszugehen. Kräftige Preisanstiege gab es 2015 zudem bei den Taxifahrten (+12%) sowie bei den Friseurdienstleistungen und anderen Dienstleistungen der Körperpflege (+3,4%), die sich ebenfalls zumindest teilweise auf die Einführung von Mindestlöhnen zurückführen lassen dürften.

Auch die Preise für Verkehrsdienstleistungen stiegen 2015 mit +2,5% deutlich stärker als der Verbraucherpreisindex insgesamt (+0,3%). Im Verhältnis zu den starken Preiserhöhungen für Taxifahrten war die Verteuerung bei den anderen Verkehrsdienstleistungen weniger auffällig. Zum Beispiel war die Jahresteuerungsrate bei den kombinierten Personenbeförderungsdienstleistungen in Verkehrsverbünden mit +2,9% etwas moderater als in den Vorjahren, als Veränderungsraten von +3,2% (2014) beziehungsweise +3,6% (2013) beobachtet wurden.

Preisrückgänge im Dienstleistungsbereich gab es vor allem bei Bildungsdienstleistungen des Tertiärbereichs, die um 3,3% günstiger wurden. Die Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2014/2015 in Niedersachsen als letztem Bundesland dürfte diese Preisentwicklung maßgeblich beeinflusst haben. Wie in den Vorjahren sanken 2015 die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen. Hier lagen die Preise um 1,3% unter dem Niveau von 2014. Leichte Preisrückgänge gab es auch bei Flugtickets (-0,7%) und Pauschalreisen (-0,3%).

Die Preisentwicklung auf Verbraucherebene wurde zudem im Jahr 2015 durch weitere Sondereffekte beeinflusst. Preissteigerungen waren beispielsweise durch die Erhöhung des Briefportos im Januar 2015 zu beobachten. Ein Rückgang der Indexposition Maklerentgelt für Miete von Wohnung und Haus ergab sich durch die am 1. Juni in Kraft getretene Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung, die in der Position „Sonstige Dienstleistungen“ der Abteilung 12 „Verschiedene Waren und Dienstleistungen“ enthalten ist.

3.5 Verbraucherpreise – Entwicklungen in Europa

Zusätzlich zu den bisher dargestellten Ergebnissen des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) berechnet das Statistische Bundesamt einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Dieser wird in Europa nach einheitlichen Konzepten ermittelt, um Preisentwicklungen international vergleichen und zu einer Gesamtinflationsrate für Europa und für die Eurozone zusammenfassen zu können.[6] Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2015 mit +0,1% ebenso wie der nationale Verbraucherpreisindex für Deutschland (+0,3%) wesentlich moderater gestiegen als im Jahr 2014 (HVPI für Deutschland: +0,8%, VPI: +0,9%). Die Unterschiede in den Veränderungsraten zwischen VPI und HVPI erklären sich insbesondere durch das niedrigere Gewicht, das die derzeit stärker als der Gesamtindex steigenden Mieten im HVPI im Vergleich zum VPI haben. Im HVPI werden

6 Weitere methodische Erläuterungen zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex: www.destatis.de

Tab. 1 **Harmonisierte Verbraucherpreise – europäischer Vergleich**

Ländergruppe Land	Veränderung 2015 gegenüber 2014 in Prozent
Belgien	+0,6
Deutschland	+0,1
Estland	+0,1
Finnland	- 0,2
Frankreich	+0,1
Griechenland	- 1,1
Irland	±0,0
Italien	+0,1
Lettland	+0,2
Litauen	+0,1
Luxemburg	+1,2
Malta	+0,2
Niederlande	+0,8
Österreich	+0,5
Portugal	- 0,3
Slowakei	- 0,8
Slowenien	- 0,6
Spanien	- 1,6
Zypern	±0,0
Eurozone	- 1,1
Bulgarien	+0,2
Dänemark	- 0,3
Kroatien	- 0,7
Polen	- 0,7
Rumänien	- 0,4
Schweden	+0,7
Tschechische Republik	+0,3
Ungarn	+0,1
Vereinigtes Königreich	x,x
Europäische Union	±0,0
Island	+0,3
Norwegen	+2,0
Europäischer Wirtschaftsraum	±0,0
Schweiz	- 0,8

Quelle: Eurostat.

im Gegensatz zum VPI unterstellte Mietzahlungen für selbst genutztes Wohneigentum nicht einbezogen. Im europäischen Vergleich lag die Inflationsrate für Deutschland – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – mit +0,1 % dennoch über dem Durchschnitt der Europäischen Union (± 0,0 %) (vgl. Tabelle 1).

Mit dem insgesamt nur sehr moderaten Anstieg hat der HVPI seinen seit 2011 anhaltenden Trend rückläufiger Vorjahresveränderungen weiter fortgesetzt. Sowohl in der Eurozone als auch in Deutschland hat sich die Veränderungsrate des HVPI im Jahresdurchschnitt in den vergangenen vier Jahren immer weiter abgeschwächt. In der Eurozone ging die Veränderungsrate des HVPI von +2,5 % (2012) über +1,4 % (2013) und +0,4 % (2014) auf ± 0,0 % (2015) zurück. Für den deutschen HVPI ist eine ähnliche Tendenz zu beobachten. Er zeigte mit +2,1 % (2012), +1,6 % (2013), +0,8 % (2014) und +0,1 % (2015) immer geringere Preisanstiege.

Die Entwicklung des HVPI war für alle Mitgliedstaaten der Eurozone maßgeblich von der Energiepreisentwicklung geprägt. Im Jahr 2015 wies der HVPI im Jahresdurchschnitt bei mehr als einem Drittel (7 von 19) der aktuellen Mitgliedstaaten der Eurozone eine negative Veränderungsrate im Vergleich zum Vorjahr auf (2014: 5 von 19, 2013: 1 von 19). Dabei verzeichneten vor allem Zypern (-1,5 %) und Griechenland (-1,1 %), aber auch Slowenien (-0,8 %) und Litauen (-0,7 %) deutliche Preisrückgänge gegenüber 2014. Im Vergleich zu Deutschland wiesen 2015 insbesondere Malta (+1,2 %), Österreich (+0,8 %) und Belgien (+0,6 %) höhere Jahresteuerungsraten auf.

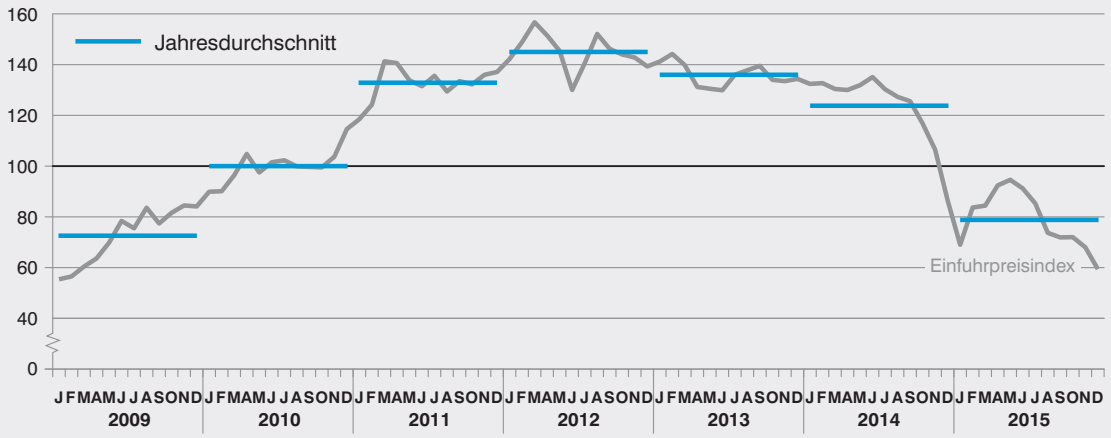
Ohne Berücksichtigung der Energie lagen die Inflationsraten gemessen am HVPI im Jahr 2015 fast durchweg wesentlich höher: Der HVPI ohne Energie lag für die Eurozone insgesamt um 0,9 % über dem Niveau des Vorjahres, für Deutschland stieg er sogar noch stärker (+1,1 %). Lediglich für Zypern ging der HVPI ohne Energie mit -0,2 % leicht zurück.

4 Energiepreise[7]

Energie ist für deutsche Unternehmen und Haushalte von großer Bedeutung, was sich unter anderem daran zeigt, dass der Primärenergieverbrauch je Einwohner in Deutschland als Land mit starker Industrie und hohem Exportanteil um 19 % über dem der Europäischen Union liegt (Statistisches Bundesamt, 2015, hier: Seite 672). Im Jahr 2015 ist der Verbrauch von Primärenergie wieder leicht gegenüber dem Vorjahr angestiegen (+1,3 %), nachdem er in den vergangenen Jahren tendenziell rückläufig war und 2014 sogar den niedrigsten Wert seit der deutschen Vereinigung erreicht hatte. Den weitaus größten Anteil am Primärenergieverbrauch in Deutschland hat trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien nach wie vor das Rohöl, gefolgt von Kohle und Erdgas (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, 2015a; Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen,

7 Der Großhandel wird in diesem Kapitel nicht berücksichtigt, da die Gliederungstiefe des Index der Großhandelsverkaufspreise für eine solche Darstellung nicht ausreicht.

Abb. 9
Einfuhrpreisindex für Rohöl
2010 ≙ 100



2015b). Da Deutschland die fossilen Energieträger größtenteils einführen muss, haben die Weltmarktpreise für Energierohstoffe entscheidenden Einfluss auf die heimische Preisentwicklung.

Die Weltmarktpreise für Energie befinden sich seit Juni 2014 auf einer beachtlichen Talfahrt. Die Preise für Rohöl fielen bis Dezember 2015 um 65 %, im Jahresdurchschnitt ging der Rohölpreis 2015 um 46 % gegenüber dem Vorjahr zurück (HWWI-Euroland-Rohstoffpreisindex in US-Dollar-Notierung; vgl. auch Kapitel 3). So lag zum Beispiel im Dezember 2015 der Preis für ein Barrel (159 Liter) des Öls der Nordseesorte Brent bei knapp über 39 US-Dollar im Monatsdurchschnitt und fiel zeitweise dabei sogar auf einen 11-Jahres-Tiefststand (HWWI, 2016). Bei realwirtschaftlicher Betrachtung wurde der Preisverfall insbesondere durch eine weltweit gestiegene Produktion ausgelöst. So wurde die Förderung beispielsweise in den Vereinigten Staaten durch den Einsatz von Fracking-Methoden deutlich gesteigert. Um Marktanteile zu verteidigen, haben infolgedessen zusätzlich die OPEC-Länder, aber auch die Russische Föderation, seit geraumer Zeit ihre Ölproduktion ausgedehnt (HWWI, 2015). Darüber hinaus übten auf der Nachfrageseite ein relativ schwaches Wirtschaftsklima in den Schwellenländern, aber auch der milde Wintermonat Dezember 2015 zusätzlich Druck auf den Rohölpreis aus (vgl. Abbildung 9).

Nicht nur die Weltmarktpreise für Rohöl, sondern auch die für Kohle sind seit geraumer Zeit auf einem Abwärtstrend. Im Jahresdurchschnitt ging der Kohlepreis auf dem Weltmarkt im Jahr 2015 um 19 % im Vergleich zu 2014 zurück (HWWI-Euroland-Rohstoffpreisindex in US-Dollar-Notierung). Dies ist insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung in China zurückzuführen, wo etwa 50 % der weltweiten Kohleproduktion verbraucht werden (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2015, hier: Seite 45). Eine aktuell schwächere Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft, die zudem vermehrt beginnt, auf andere Energieträger zurückzugreifen, spielt daher eine große Rolle bei der rückläufigen Entwicklung des Kohlepreises (International Energy Agency, 2015). Zudem sind weltweite Klimaziele und die Zunahme der regenerativen Energien dafür verantwortlich, dass die Nachfrage nach Kohle sinkt. Zuletzt wird die fallende Nachfrage nach Kohle auch durch den globalen Produktionsanstieg bei Erdgas beschleunigt, das bei den aktuellen Weltmarktpreisen der Kohleindustrie Konkurrenz macht. Beim Erdgas haben insbesondere die Vereinigten Staaten als weltweit größter Erdgasproduzent vor allem durch die Förderung aus unkonventionellen Erdgasquellen wie Schiefergestein ihre Fördermenge erhöht, so zum Beispiel von 2009 bis 2014 um mehr als 20 % (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2015, hier: Seite 120).

4.1 Einfuhrpreise für Energie

Der Rückgang der Energiepreise am Weltmarkt schlägt sich entsprechend auch in den deutschen Einfuhrpreisen – in Euro – nieder. Der deutsche Einfuhrpreisindex für Energie bildet sowohl die Preisentwicklung der eingeführten Primärenergieträger, wie Rohöl, Kohle oder Erdgas, als auch die der eingeführten Sekundärenergieträger, zum Beispiel Strom oder Mineralölprodukte wie Benzin oder Diesel, ab. Die nach Deutschland eingeführte Primär- und Sekundärenergie insgesamt war im Jahr 2015 um 27 % günstiger als im Vorjahr. Auffallend ist, dass sich die seit 2012 rückläufige Entwicklung des Einfuhrpreisindex für Energie aufgrund der Weltmarktsituation ab September 2014 noch einmal verschärft hat. Im Dezember 2015 lag der Einfuhrpreisindex um 53 % unter dem Höchststand von März 2012 (vgl. Abbildung 10).

Deutschland ist insbesondere bei Primärenergie mit einer Nettoimportquote von fast 70 % sehr stark von Rohstoffeinfuhren abhängig (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2016). Rohöl und Kohle werden auf dem Weltmarkt in US-Dollar gehandelt, sodass unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Weltmarktpreisen und den deutschen Einfuhrpreisen unter anderem durch Wechselkursschwankungen bedingt sind. Da der Euro 2015 im Vergleich zum US-Dollar im Jahresdurchschnitt um 16 % abwertete und damit deutsche Importe in US-Dollar verteuerte, sanken die deutschen Einfuhrpreise für Rohöl (-36 %) etwas geringer als der Weltmarktpreis (-46 %). Dies war im Jahr 2014 noch anders, als der Euro im Vergleich zum US-Dollar binnen Jahresfrist minimal aufwertete. Die deutschen Importeure zahlten 2014 im Durchschnitt 9,0 % weniger für Rohöl als

im Jahr zuvor, die Weltmarktpreise sanken im gleichen Zeitraum „nur“ um 8,6%. Insgesamt sind die Preise für Rohölimporte damit nach dem Preissturz im zweiten Halbjahr 2014 auch im Jahr 2015 weiterhin kräftig gefallen.

Bei der Einfuhr von Kohle ist für deutsche Importe nur die Steinkohle von Interesse. Die in Deutschland verwendete Braunkohle wird fast ausschließlich aus einheimischem Tagebau bezogen.[8] Steinkohle kann dagegen in vielen anderen Ländern wesentlich kostengünstiger gefördert werden, weshalb etwa 87% der in Deutschland verbrauchten Steinkohle aus dem Ausland importiert werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2016). Bei der Steinkohle lagen die Einfuhrpreise im Jahr 2015 um 1,0% über dem Preisniveau von 2014. Beim Vergleich mit dem HWWI-Euroland-Kohlepreisindex in US-Dollar-Notierung (-19%) zeigt sich die gleiche Tendenz wie bereits zuvor beim Rohöl, wo Wechselkursabwertungen des Euro den Preisabschwung im Vergleich zur Entwicklung auf dem Weltmarkt etwas dämpften. Auch bei den Erdgasimporten waren starke Preisrückgänge zu beobachten. Über das Jahr 2015 verteilt gingen die Einfuhrpreise für Erdgas kontinuierlich zurück und sanken im Jahresdurchschnitt um 14% im Vergleich zu 2014.

Neben Primärenergieträgern werden auch Sekundärenergieträger, zum Beispiel Strom oder Mineralölprodukte wie Benzin oder Diesel, nach Deutschland importiert, auch wenn die in Deutschland verbrauchten Sekundärenergieträger zum Großteil in Deutschland produziert werden. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise 34% der im Inland abgesetzten Menge an Mineralölprodukten aus dem Ausland bezogen, bei Strom waren es nur 5,5% (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2015; Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, 2015c). Da Sekundärenergieträger aus Primärenergieträgern gewonnen werden, sind die Preisentwicklungen der Sekundärenergieträger zumeist eng mit denen der jeweiligen Primärenergieträger verknüpft. Besonders deutlich wird dies bei den aus Rohöl gewonnenen Mineralölerzeugnissen, deren Einfuhrpreise sich 2015 durchschnittlich um 28% gegenüber dem Vorjahr verbilligten. Aber auch beim importierten Strom war ein Preisrückgang um 3,3% im Vergleich zu 2014 zu beobachten.

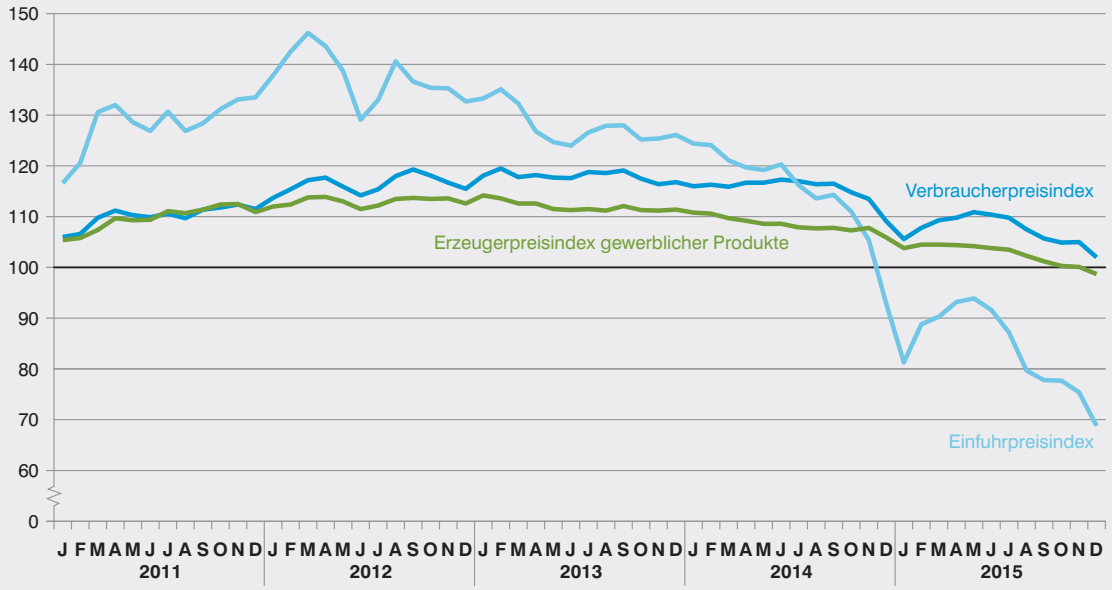
8 Nur knapp 0,1% der deutschen Kohleimporte (in Euro) entfielen 2015 auf Braunkohle.

4.2 Erzeugerpreise für Energie

Der Erzeugerpreisindex für Energie umfasst sowohl die Teuerung der in Deutschland geförderten und abgesetzten Primärenergieträger, wie Braunkohle, Erdöl oder Erdgas, als auch die Preisentwicklung der in Deutschland hergestellten und abgesetzten Sekundärenergieträger, wie Strom, Gas oder Mineralölprodukte. Aufgrund der bereits erwähnten hohen Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffeinfuhren bei Primärenergieträgern (die Nettoimportquote beträgt etwa 70%), spielt deren heimische Erzeugung jedoch in fast allen Bereichen eine untergeordnete Rolle (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2016). Umgekehrt ist die Situation bei der Sekundärenergie, die zum Großteil in Deutschland erzeugt und nicht importiert wird. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Erzeugerpreisindex für Energie im Jahr 2015 um 5,4% gefallen. Damit setzte sich der Trend zunehmend rückläufiger Erzeugerpreise für Energie seit 2013 fort. Im Jahr 2013 waren die Erzeugerpreise für Energie im Jahresdurchschnitt um 0,9% gesunken, im Jahr 2014 um 3,1% (vgl. Abbildung 10).

Die Primärenergieerzeugung ist in Deutschland hauptsächlich durch die Braunkohleförderung geprägt. So stammte im Jahr 2014 etwa ein Fünftel der weltweit gewonnenen Braunkohle aus inländischer Förderung (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2015, hier: Seite 136). Da Braunkohle einen relativ niedrigen Energiegehalt aufweist, ist sie bei weiten Transportwegen unrentabel und dadurch für die Ein- beziehungsweise Ausfuhr prinzipiell eher ungeeignet (International Energy Agency, 2014, hier: Seite 186). Daher wird der Braunkohlepreis nicht wesentlich durch Nachfrage aus dem Ausland beeinflusst. Für die in Deutschland geförderte und abgesetzte Braunkohle setzte sich der Trend rückläufiger Preise mit -1,5% gegenüber dem Vorjahr fort (2014: -1,0%). Im Gegensatz zur Braunkohle orientieren sich die Erzeugerpreise für Rohöl und Erdgas sehr stark an der globalen Entwicklung von Angebot und Nachfrage. Mit einer Nettoimportquote von 98% bei Mineralöl und 87% bei Naturgasen,

Abb. 10
Preisindizes für Energie
2010 ≙ 100



zu denen auch Erdgas zählt, hat die nationale Produktion in diesen Bereichen wenig Bedeutung und muss deshalb bei der Erzeugung mit dem Weltmarkt konkurrieren (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2016). Entsprechend folgten die Erzeugerpreise für Rohöl der internationalen Entwicklung und sanken 2015 im Jahresdurchschnitt um 39 % im Vergleich zum Vorjahr. Bei Erdgas war im gleichen Zeitraum ein Preisrückgang von 11 % zu beobachten.

Im Vergleich zur Primärenergie spielt die Erzeugung von Sekundärenergie eine wesentlich dominantere Rolle in der deutschen Produktionslandschaft. So stammten 2014 Mineralölerzeugnisse wie zum Beispiel Dieselkraftstoffe zu 71 % oder Benzin zu 70 % aus deutschen Raffinerien, während Strom sogar zu 94 % in Deutschland erzeugt wurde. Mineralölerzeugnisse aus inländischer Erzeugung wurden von der günstigen Rohölpreisentwicklung auf dem Weltmarkt stark beeinflusst und waren 2015 durchschnittlich 15 % günstiger als im Vorjahr. So waren beispielsweise die Erzeugerpreise für Kraftstoffe 2015 um 11 % niedriger als 2014, darunter Motorenbenzin (einschließlich Flugbenzin) um 8,9 % und Dieselkraftstoff um 14 %. Auch für Leichtes Heizöl gingen die Erzeugerpreise zurück und sanken um 25 % gegenüber dem Vorjahr. Darüber hinaus waren nicht nur bei den Mineralölerzeugnissen Preisrückgänge zu beobachten. Die Erzeugung des zur Einspeisung ins Netz aufbereiteten Erdgases wurde samt der zugehörigen Dienstleistungen der Gasversorgung 2015 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % billiger. Die Erzeugerpreise für Fernwärme mit Dampf und Warmwasser verringerten sich ebenfalls im Jahresdurchschnitt 2015, mit einem Rückgang von 2,6 %.

Die Erzeugerpreise für Strom waren im Jahresdurchschnitt 2015 über alle Abnehmergruppen betrachtet um 5,7 % billiger als 2014. Bei den Preisen für Weiterverteiler, die sich häufig an der Preisentwicklung an der Strombörse orientieren, setzte sich der Mitte 2011 begonnene Preisrückgang weiter fort. Im Jahresdurchschnitt war Strom an Weiterverteiler 11 % billiger als im Vorjahr. Diese Preisrückgänge wurden teilweise auch an die Endverbraucher weitergegeben. Sondervertragskunden mussten im Durchschnitt des Jahres 2015 für Strom 3,2 % weniger als im Vorjahr bezahlen. Für kleinere Endabnehmer war Strom 2015 um 0,9 % billiger. Teilweise haben gestiegene Preise für die Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung[9] mit dafür gesorgt, dass die Strompreise für die Endabnehmer weniger stark fielen. Insbesondere bei den Dienstleistungen der Elektrizitätsüber-

9 Dazu zählen: Netznutzungsentgelte mit Entgelten für Abrechnung, Messung und Messstellenbetrieb.

tragung[10] kam es zu Preisanstiegen (+18%), die im Wesentlichen auf gesteigerte Investitionen für den Ausbau der Onshore- und Offshore-Leitungen sowie Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen zurückzuführen sein dürften (Bundesnetzagentur, 2015, Seite 89 f.). Zudem verteuerten sich auch die Preise für Dienstleistungen der Elektrizitätsverteilung[11] (+7,6%) und des Elektrizitätshandels[12] (+2,3%).

Im Jahr 2015 fiel der Rückgang des Erzeugerpreisindex für Energie (-5,4%) wesentlich moderater aus als der Rückgang des Einfuhrpreisindex für Energie (-27%). Der Unterschied erklärt sich in erster Linie dadurch, dass im Erzeugerpreisindex die Sekundärenergie stärker gewichtet wird als die Primärenergie, während beim Einfuhrpreisindex genau das Gegenteil der Fall ist. Dadurch wirkt sich der starke Rückgang der Weltmarktpreise 2015 für die Primärenergieträger Rohöl (-46%) und Kohle (-19%) im Einfuhrpreisindex deutlicher als im Erzeugerpreisindex für Energie aus. Umgekehrt spiegelte sich daher auch der Anstieg der Weltmarktpreise für Energie bis 2012 stärker im Einfuhrpreisindex als im Erzeugerpreisindex wider.

4.3 Verbraucherpreise für Energie

Der Rückgang der Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen zeigte sich auch auf Verbraucherebene. Die Verbraucherpreise für Energie insgesamt, also für Haushaltsenergie und Kraftstoffe zusammen, waren im Jahr 2015 um 7,0% niedriger als 2014 und sind damit wie schon im vergangenen Jahr gefallen (2014: -2,1%). In den Jahren zuvor sind die Verbraucherpreise für Energie mit Ausnahme von 2009 jedoch seit 1999 im Vorjahresvergleich gestiegen. (vgl. Abbildung 10). Dabei machten sich sowohl bei den Kraftstoffen als auch bei der Haushaltsenergie die entsprechenden Entwicklungen bei Einfuhr und Erzeugung bemerkbar.

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren Kraftstoffe an deutschen Zapfsäulen um 10% günstiger als im Vorjahr, darunter Diesel um 13% und Superbenzin um 8,8%. Bedingt durch den Rohölpreissturz zum Ende des Jahres 2014 war der Verbraucherpreisindex für Kraftstoffe im Januar 2015 so niedrig wie zuletzt im Oktober 2009. Zwar stiegen die Kraftstoffpreise von Januar bis Juli 2015 wieder um durchschnittlich 2,1% je Monat an, gingen danach jedoch unter das Niveau zu Jahresbeginn zurück. Dabei war beispielsweise der Verbraucherpreisindex für Diesel im Dezember 2015 so niedrig wie seit Mai 2009 nicht mehr. Autogas wurde in Deutschland über das Jahr hinweg sogar durchgehend billiger und kostete im Jahresvergleich 16% weniger als noch 2014.

Für Haushaltsenergie – also für Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe (wie Brennholz oder Pellets), Zentralheizung und Fernwärme – bezahlten die deutschen Verbraucher im Jahr 2015 durchschnittlich 5,6% weniger als im Jahr 2014. Damit sind die Verbraucherpreise für Haushaltsenergie nochmals kräftig gefallen, nachdem bereits im vergangenen Jahr mit -0,9% ein Rückgang zu beobachten war. Wie bei den Kraftstoffen zeigte sich auch hier der Einfluss der globalen Preisentwicklung der Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Insbesondere beim leichten Heizöl fielen die Preise mit -23% sehr stark und lagen im Dezember 2015 durchschnittlich so niedrig wie seit März 2009 nicht mehr. Aber auch Gas mit -1,5% sowie Zentralheizung und Fernwärme mit -5,6% verzeichneten deutlich rückläufige Preisentwicklungen. Lediglich feste Brennstoffe verteuerten sich mit +0,1% leicht gegenüber dem Vorjahr. Zudem ging erstmals seit dem Jahr 2000 wieder der Strompreis zurück. Im Jahresdurchschnitt war Strom 2015 um 0,8% billiger als ein Jahr zuvor. Dazu trug nicht nur der Preisverfall der zur Stromgewinnung genutzten Primärenergieträger bei, sondern auch die Entwicklung der EEG-Umlage, die 2015 erstmals seit der Einführung 2010 nicht anstieg und um 1,1% auf 6,17 Cent je Kilowattstunde zurückging (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2015).

Zusammenfassend lässt sich zur Energiepreisentwicklung festhalten, dass über alle Wirtschaftsstufen hinweg sowohl auf der Ebene der Einfuhr-, der Erzeuger- als auch der Verbraucherpreise die von dem Sinken der Rohölpreise im zweiten Halbjahr 2014 ausgelöste und 2015 im Trend anhaltende Abwärtsentwicklung der Weltmarktpreise in Deutschland durchgeschlagen hat. Die Verbraucherpreise für Energie sind im Jahresvergleich zum zweiten Mal in Folge gefallen. Im Vergleich zur Jahresteuerung

10 Netzentgelte auf Höchstspannungsnetzebene

11 Netzentgelte auf der Hoch- und Mittelspannungsnetzebene.

12 Netzentgelte auf Niederspannungsebene.

2014 sind dabei zum einen die Preise für Energie nochmals deutlich zurückgegangen und zum anderen waren 2015 mehr Energieprodukte von Preissenkungen betroffen.

5 Nahrungsmittelpreise[13]

In Deutschland würde die heimische Erzeugung an Nahrungsmitteln ausreichen, um 90 % des gesamten inländischen Ernährungsbedarfs zu decken (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015c). Darüber hinaus ist der Lebensmittelkonsum in Deutschland auch durch weitreichende Außenhandelsverflechtungen geprägt. Nach vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik exportierte Deutschland im Jahr 2014 Güter der Ernährungswirtschaft im Wert von 65,6 Milliarden Euro und importierte solche Güter im Wert von 73,6 Milliarden Euro. Güter der Ernährungswirtschaft machten somit 5,8 % der deutschen Exporte und 8,0 % der deutschen Importe aus. Durch den internationalen Handel beeinflussen Preisentwicklungen an den Weltmärkten die Nahrungsmittelpreise in Deutschland, nicht nur durch den Import, sondern auch durch den Export. Da die deutschen Anbieter ihre Produkte sowohl im Inland als auch im Ausland verkaufen können, konkurriert die inländische Nachfrage mit der ausländischen Nachfrage, wodurch auch die Preise inländischer Produkte von den Weltmarktpreisen beeinflusst werden (Statistisches Bundesamt, 2012). Insbesondere wechselnde Witterungsbedingungen sorgen immer wieder für ein unterschiedliches Angebot und führen dazu, dass die Nahrungsmittelpreise sich sehr volatil entwickeln.

Die Nahrungsmittelpreise am Weltmarkt sind im Jahr 2015 kräftig gefallen. Im Vergleich zum Vorjahr war 2015 gemäß den Angaben des HWWI ein Rückgang von 18 % festzustellen, seit 2011 ging der Nahrungsmittelpreisindex (einschließlich Genussmittel) um 29 % zurück (HWWI-Euroland-Nahrungsmittelpreisindex). Reiche Ernten haben in den letzten Jahren zu weltweit höheren Vorräten geführt, wodurch Nahrungsmittelpreise aus realwirtschaftlicher Perspektive generell weniger anfällig für starke Schwankungen aufgrund von Angebots- oder Nachfrageschocks werden (FAO, 2015, hier: Seite 70 f.). So stieg beispielsweise laut Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) die weltweite Getreideproduktion im Wirtschaftsjahr 2014/2015 um 1,4 % gegenüber der Vorperiode an (FAO, 2015, hier: Seite 1). Auch die Weltversorgung mit den sieben wichtigsten Ölsaaten[14] hat sich 2015 gegenüber 2014 erhöht. Die FAO geht von einem Produktionsanstieg um 6,8 % auf 535,9 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 2014/2015 im Vergleich zur Vorperiode aus (FAO, 2015, hier: Seite 40). Neben Erntesteigerungen wirkten sich auch die weltweit niedrigen Energiepreise auf die Nahrungsmittelpreise aus. Zum einen fielen die Kosten der Nahrungsmittelproduktion, da Maschinen kostengünstiger betrieben werden konnten. Zum anderen sank wegen des niedrigen Rohölpreises die Nachfrage nach Biokraftstoff und damit auch die Nachfrage nach Lebensmitteln wie Mais oder Zucker. Zudem war auch die Aufwertung des US-Dollars gegenüber einigen wichtigen Währungen dafür verantwortlich, dass die auf dem Weltmarkt in US-Dollar gehandelten Nahrungsmittel weniger nachgefragt wurden und die Preise dadurch nachgaben (FAO, 2015, hier: Seite 70).

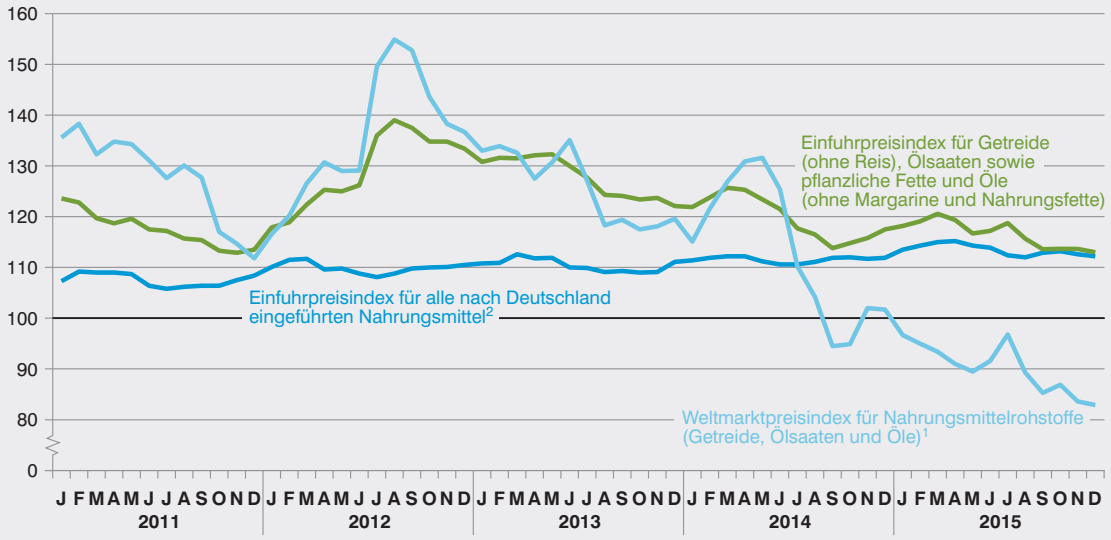
5.1 Einfuhrpreise für Nahrungsmittel

Die Preise der nach Deutschland importierten Nahrungsmittel – in Euro – entwickeln sich bei einer Gesamtbetrachtung weniger volatil als die Weltmarktpreise für Nahrungsmittelrohstoffe, weil neben Rohstoffen auch weiterverarbeitete Produkte eingeführt werden. Durch die Weiterverarbeitung gewinnen stabilere Faktoren wie Lohn-, Betriebs- oder Verpackungskosten an Gewicht, sodass die Preise weiterverarbeiteter Nahrungsmittel weniger stark schwanken als die Preise für Nahrungsmittelrohstoffe. Hinzu kommt, dass etwa 70 % der nach Deutschland importierten Nahrungsmittel aus der Europäischen Union (EU) stammen. Auch wenn die EU mehr und mehr von einer Politik der Preis- und Marktstabilisierung zu einer Politik der Einkommensstabilisierung übergeht, sorgen immer noch vorhandene Subventionen, Mindestpreise, Quoten und Zölle bei einigen Gütern für stabilere Preise auf dem europäischen Binnenmarkt als auf dem Weltmarkt. Bei den von außerhalb der EU eingeführten Nahrungsmitteln spielen dagegen besonders Wechselkursschwankungen eine Rolle, die Abweichungen

13 Der Großhandel wird im folgenden Kapitel nicht berücksichtigt, da die Gliederungstiefe des Index der Großhandelsverkaufspreise für eine solche Darstellung nicht ausreicht.

14 Sojabohnen, Baumwollsaat, Raps, Sonnenblumen, Erdnüsse, Palmkerne, Kopra.

Abb. 11
Weltmarkt- und Einfuhrpreisindizes für Nahrungsmittel
2010 ≙ 100



1 Weltmarktpreisindex „Euroland" für Nahrungsmittelrohstoffe des HWWI auf US-Dollarbasis.
2 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

zur Entwicklung der Weltmarktpreise verursachen (vgl. Abbildung 11).

Im Jahr 2015 lagen die Einfuhrpreise für Nahrungsmittel[15] insgesamt um 1,7 % über den Vorjahrespreisen. Der Import von Getreide und Getreideerzeugnissen war 2015 um 2,4 % günstiger als im Vorjahr. Bei Getreide und Getreideerzeugnissen spiegelte sich die Entwicklung auf dem Weltmarkt, die 2015 im Wesentlichen geprägt war von guten Ernteerträgen, fallenden Energiepreisen und einem starken US-Dollar, auch in den Einfuhrpreisen wider. Im Jahr 2015 konnte beispielsweise trotz eines starken EU-weiten Ernterückgangs Mais durchschnittlich 10 % billiger als noch 2014 nach Deutschland eingeführt werden (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015a, hier: Seite 17).

Preisrückgänge gab es auch bei den Importen von Milch, Milcherzeugnissen und Eiern (-8,9 %). Dies erklärt sich zum einen durch eine weltweit um 1,5 % gestiegene Milchproduktion, zum anderen aus der schwächer gewordenen Nachfrage aus China sowie dem Importembargo der Russischen Föderation, das auch für Milch, Milcherzeugnisse und Eier gilt (FAO, 2015, hier: Seite 8; Milchindustrieverband, 2015). Neben Milch, Milcherzeugnissen und Eiern verbilligte sich die Einfuhr von Fleisch und Zubereitungen aus Fleisch um 1,7 %. Dabei konnte 2015 vor allem Schweinefleisch (-12 %) wesentlich günstiger als noch im Vorjahr aus dem Ausland bezogen werden. Ebenfalls deutlich günstiger als im Vorjahr waren Zucker, Zuckerwaren und Honig mit -4,9 %. Insbesondere die Zuckerpreise waren mit -19 % deutlich niedriger als im Vorjahr. Nachdem hier die starke Preiserhöhung in der zweiten Jahreshälfte 2011 zwischen September 2013 und Oktober 2014 schrittweise wieder zurückgenommen wurde, hat sich der Preisrückgang bei Zucker im Vergleich zum Vorjahr weiter verstärkt (2014: -16 %).

Auffallend teurer wurde dagegen die Einfuhr von Gemüse und Früchten, deren Preise insgesamt um 7,8 % gegenüber dem Vorjahr anzogen. Vor allem die Preise für aus dem Ausland importierte Nüsse (Haselnüsse: +50 %, Mandeln: +40 %) erhöhten sich stark; hier spiegelten sich Missernten und schwierige Witterungsbedingungen in den vergangenen Jahren auch in den Einfuhrpreisen wider.

Auch für Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus mussten deutsche Importeure 4,3 % mehr bezahlen als 2014.[16] Vor allem Kakao war von stark erhöhten Einfuhrpreisen betroffen (+5,8 %). Der Im-

15 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (Standard International Trade Classification, SITC Rev. 4) 01-07; 09.

16 Kaffee ist in den internationalen Systematiken bei der Einfuhr im Bereich Nahrungsmittel enthalten, bei Verbraucherpreisen und beim HWWI-Index zählt er dagegen nicht zu den Nahrungsmitteln, sondern zu den Getränken beziehungsweise den Genussmitteln.

portpreis für Kakaobohnen und Kakaobohnenbruch (roh oder geröstet) stieg im Jahresdurchschnitt 2015 um 21 %. Der Preisanstieg ist zum einen nachfragebedingt und lässt sich insbesondere durch ein zunehmendes Interesse der asiatischen Mittelschicht an Schokolade erklären (International Cocoa Organization, 2014). Zum anderen zogen die Kakaopreise vor allem im Dezember 2015 sehr stark an, weil befürchtet wurde, dass sich der 2015 relativ starke Harmattan (kontinentales Windsystem in Nordafrika) besonders schädlich auf die Kakaoproduktion in Westafrika, von wo ein Großteil der weltweiten Kakaoernte stammt, auswirken könnte (International Cocoa Organization, 2014, hier: Seite 11; International Cocoa Organization, 2015). Die Jahressteuerungsrate für Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus lag 2015 dennoch deutlich unter dem Wert von 2014 (+14 %), als die Entwicklung maßgeblich vom Anstieg der Kaffeepreise geprägt war.

5.2 Erzeugerpreise für Nahrungsmittel

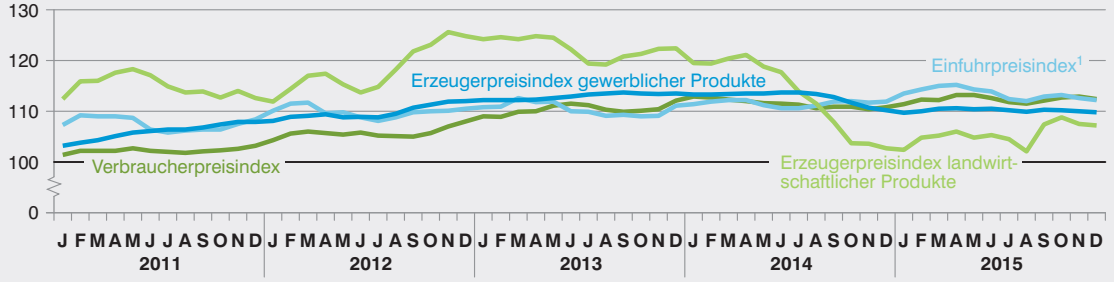
Wie im Jahr zuvor gingen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 2015 deutlich zurück. Allerdings war der Preisrückgang mit -3,8 % nicht ganz so stark wie noch 2014 (-8,0 %). Nachdem die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte zwischen 2010 und 2012 noch deutlich gestiegen waren, setzte sich damit der im Jahresverlauf 2013 tendenziell begonnene Rückgang auch im Jahr 2015 fort (vgl. Abbildung 12).

Den weiteren Preisrückgang dürften 2015 unter anderem auch die Energiepreise beeinflusst haben, die einen nicht unbeachtlichen Teil der Produktionskosten ausmachen.[17] Allerdings waren bei den verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten stark gegenläufige Trends zu erkennen. Entgegen der fallenden Tendenz auf dem Weltmarkt für Getreide (-14 %, HWWI-Euroland-Getreidepreisindex) stiegen in Deutschland die Erzeugerpreise für Getreide (einschließlich Saatgut) im Jahr 2015 um 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr an. Diese Preisentwicklung ging einher mit einer Getreideernte in Deutschland, die nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit 48,2 Millionen Tonnen um 7,3 % unter dem Rekordergebnis des Vorjahres lag. Grund für den Produktionsrückgang waren unter anderem relativ trockene Witterungsbedingungen im Frühjahr sowie Hitzewellen in der Mitte des Jahres 2015, die teilweise zu Notreife der Getreidebestände führten (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015a, hier: Seite 9 f.). Im Jahr der Rekordernte 2014 verzeichneten die Erzeugerpreise für Getreide (einschließlich Saatgut) noch einen Rückgang um 15 %.

Starke Preisanstiege waren bei Gemüse zu beobachten, das 2015 auf Erzeugerebene durchschnittlich um 11 % teurer wurde. Dabei verknappte die oben angesprochene Phase der Trockenheit beispielsweise das Angebot an Salatgurken und verteuerte diese um 35 % gegenüber dem Vorjahr (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015a, hier: Seite 23). Auch Speisekartoffeln wurden nach dem Preisrückgang im Jahr 2014 (-25 %) wieder teurer. Nach vorläufigen Ergebnissen des Sachverständigenausschusses von Bund und Ländern zur „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“

17 Von 2000 bis 2010 lag der Energiekostenanteil in der Landwirtschaft durchgehend bei über 15 % (Klepper, 2011, hier: Seite 25).

Abb. 12
Preisindizes für Nahrungsmittel
2010 ≙ 100



1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

lag die Kartoffelernte aufgrund rückläufiger Anbauflächen und schwieriger Wetterverhältnisse um 15 % unter der Ernte des Vorjahres. Diese Entwicklung spiegelte sich in den Erzeugerpreisen für Speisekartoffeln wider, die um 63 % im Vergleich zu 2014 anzogen (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015b). Ähnlich war die Situation beim Raps, der in Deutschland wichtigsten Ölfrucht: Dessen Erntemenge lag 2015 um 20 % unter der des vorangegangenen Jahres und er verteuerte sich 2015 um 11 % (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015a, hier: Seite 17).

Rückläufig waren die Preise dagegen für Obst und speziell Tafeläpfel aus inländischer Erzeugung, die 2015 1,8 % beziehungsweise 19 % weniger kosteten als 2014. Durch die Rekordapfelernte im Jahr 2014 sowie den russischen Importstopp fielen die Apfelpreise in der zweiten Jahreshälfte 2014 innerhalb von drei Monaten um 43 %. Zwar traten Vermarktungsschwierigkeiten bei der Apfelernte 2015 nicht mehr in diesem Maße auf, dennoch lagen die Erzeugerpreise im Jahresverlauf 2015 deutlich unter denen in der ersten Jahreshälfte 2014 (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015a, hier: Seite 24). Auch Milch (-21 %) und Produkte aus tierischer Erzeugung (-12 %) verzeichneten starke Preisrückgänge auf der Erzeugerebene. Dabei war die Situation der deutschen Milchindustrie stark von der Weltmarktentwicklung beeinträchtigt, die wesentlich durch das russische Importembargo, eine zurückhaltende Nachfrage vor allem aus China sowie eine weltweit steigende Produktion geprägt war (Deutscher Bauernverband, 2016).

Die Preise für weiterverarbeitete Nahrungsmittel aus gewerblicher Erzeugung lagen im Jahresdurchschnitt 2015 um 2,3 % niedriger als 2014. Bei den gewerblich erzeugten Nahrungsmitteln hat sich damit der Mitte des Jahres 2014 begonnene Preisrückgang im Jahr 2015 weiter verstärkt. 2014 lag die durchschnittliche Veränderung zum Vorjahr noch bei -0,1 %. Während der Preisrückgang bei den Nahrungsmitteln auf Erzeugerebene im Jahr 2014 noch deutlich schwächer war als beim Gesamtindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (2014: -1,0 %), war 2015 das Gegenteil der Fall. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte insgesamt fielen im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,8 % und damit nicht so stark wie die Preise der Nahrungsmittel aus gewerblicher Erzeugung. Da Nahrungsmittelrohstoffe im Vergleich zu anderen Rohstoffen zu einem relativ hohen Anteil aus der EU importiert werden, dürfte die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bei der gewerblichen Nahrungsmittelerzeugung weniger preissteigernd gewirkt haben als bei den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte insgesamt.

Für die einzelnen Produktgruppen der gewerblich erzeugten Nahrungsmittel waren größtenteils sinkende Preise zu beobachten. Unter anderem bedingt durch die gesunkenen Einfuhr- und Erzeugerpreise für einige Lebensmittelrohstoffe gingen insbesondere die Erzeugerpreise für Zucker um 27 % sowie für Milch und Milcherzeugnisse um 8,4 % zurück. Auch Mahl- und Schälmühlenerzeugnisse (-2,3 %) sowie Fleisch und Fleischerzeugnisse (-3,3 %) waren wesentlich günstiger als im Vorjahr.

Im Gegensatz zu den Einfuhrpreisen für Getreide und den Erzeugerpreisen für Mahl- und Schälmühlenerzeugnisse stiegen die Preise für weiterverarbeitete Back- und Teigwaren 2015 gegenüber 2014 (+2,6 %). Mit zunehmendem Verarbeitungsgrad nimmt die Bedeutung der Rohstoffkosten für den Verkaufspreis ab, da stabilere Kostenfaktoren wie Lohn-, Betriebs- oder Verpackungskosten an Gewicht gewinnen. Ähnlich war die Situation bei verarbeitetem Kaffee (geröstet oder entkoffeiniert), dessen Herstellung trotz um 2,1 % gesunkener Einfuhrpreise für ungeröstete Kaffeebohnen um 6,0 % teurer wurde. Stärkere Preissteigerungen gab es insbesondere bei der Erzeugung von Pfeffer, Paprika, Zimt und anderen Gewürzen (+16 %) sowie bei Schokolade und anderen Süßwaren (+4,4 %).

5.3 Verbraucherpreise für Nahrungsmittel

Die Preisrückgänge auf den Stufen der Einfuhr und der inländischen Produktion von Nahrungsmitteln haben 2015 nur bei einzelnen Produkten zu Preissenkungen auf der Verbraucherebene geführt. Insgesamt sind die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel 2015 gegenüber 2014 um 0,8 % gestiegen. Nachdem sich Nahrungsmittel auf der Verbraucherebene seit 2010 und dabei vor allem in den Jahren 2012 und 2013 überdurchschnittlich verteuerten,

schwächt sich der Anstieg seitdem ab. Im Jahr 2014 stiegen die Nahrungsmittelpreise noch um 1,0% gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere bei Milch und Milcherzeugnissen sind die Verbraucherpreise wie auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen Einfuhr und Erzeugung im Jahr 2015 gesunken. Die Preise für Molkereiprodukte und Eier fielen um 4,3% im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Preise für Speisefette und Speiseöle (-4,8%) und speziell für Butter (-8,7%) sind zurückgegangen. Dabei dürfte für die Preisentwicklung bei Butter der Rückgang des Milchpreises maßgeblich mitverantwortlich gewesen sein. Moderate Preisrückgänge gab es 2015 auch bei Fleisch und Fleischwaren (-0,5% gegenüber 2014).

Trotz der starken Preisrückgänge bei Milch und Milcherzeugnissen stiegen die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel insgesamt im Jahr 2015 an, weil vor allem Obst und Gemüse anders als im Jahr zuvor teurer wurden. Aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr relativ schwachen Ernte kostete Gemüse mit +5,3% und Obst mit +5,0% im Jahresdurchschnitt 2015 deutlich mehr als 2014. Zudem fielen bei Fisch und Fischwaren, Süßwaren sowie Brot und Getreideerzeugnissen die Preiserhöhungen etwas stärker aus als noch 2014.

Mit einer Teuerungsrate von +0,8% wirkten sich die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel insgesamt preistreibend auf den gesamten Verbraucherpreisindex (+0,3%) aus. Auch bei mittelfristiger Betrachtung haben sich die Nahrungsmittelpreise wesentlich kräftiger erhöht als der Verbraucherpreisindex insgesamt. Während der Verbraucherpreisindex von 2011 bis 2015 um 4,7% angestiegen ist, verzeichneten Nahrungsmittel im gleichen Zeitraum mit +10% eine mehr als doppelt so hohe Steigerungsrate. Insbesondere bei Obst (+19%), aber auch bei Fisch und Fischwaren (+12%) waren auffällige Preisanstiege zu beobachten. Niedrigere Teuerungsraten als der Verbraucherpreisindex hatten dagegen Speiseöle und Speisefette, deren Preise im Vergleich zum Jahr 2011 um 2,2% zurückgingen (vgl. Tabelle 2).

Über alle Wirtschaftsstufen hinweg lässt sich damit zusammenfassend festhalten, dass die Nahrungsmittelpreise sowohl auf der Ebene der Einfuhr als auch auf der Verbraucherebene jeweils moderat anstiegen. Dies ist in erster Linie auf die Entwicklung bei Gemüse und teilweise auch bei Obst zurückzuführen, deren Preise nach dem Rekorderntejahr 2014 wieder anzogen. Da verarbeitetes Gemüse nur einen Anteil von ungefähr 3% an den gewerblich erzeugten Nahrungsmitteln insgesamt hat, wirkte sich auf dieser Wirtschaftsstufe der Preisanstieg für Gemüse nicht so stark aus. Bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte waren vor allem die gesunkenen Preise für Milch, Getreide und Produkte tierischer Erzeugung auffallend. Infolgedessen waren bei der Nahrungsmittelerzeugung insgesamt Preisrückgänge zu beobachten.

6 Fazit – zur Deflationsdiskussion und zu Preiswirkungen der Einführung von Mindestlöhnen

Die Preisentwicklung war im Jahr 2015 in Deutschland auf nahezu allen Wirtschaftsstufen durch sich

Tab. 2 **Verbraucherpreise für Nahrungsmittel**

Nahrungsmittel	Gewichtung 2010	Veränderung	
		2015 gegenüber 2014	2015 gegenüber 2011
	‰	%	
Nahrungsmittel	90,52	+ 0,8	+ 10,0
Brot und Getreideerzeugnisse	17,35	+ 1,5	+ 9,1
Fleisch und Fleischwaren	20,76	- 0,5	+ 9,7
Fisch und Fischwaren	3,65	+ 2,0	+ 12,0
Molkereiprodukte und Eier	14,33	- 4,3	+ 7,3
Molkereiprodukte	12,76	- 4,6	+ 8,8
Eier	1,57	- 0,4	- 5,5
Speisefette und Speiseöle	2,59	- 4,8	- 2,2
darunter			
Butter	1,26	- 8,7	- 10,9
Margarine	0,64	- 2,3	+ 5,3
Obst	8,76	+ 5,0	+ 18,5
Gemüse	11,26	+ 5,3	+ 10,8
Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren	7,54	+ 2,7	+ 11,2
Nahrungsmittel, anderweitig nicht genannt	4,28	+ 1,0	+ 6,1

weiter abschwächende Teuerungsraten oder sogar Preisrückgänge gekennzeichnet. Insgesamt gingen bei einer Gesamtbetrachtung sowohl die Einfuhrpreise als auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und die Großhandelspreise im Vergleich zum Vorjahr zurück. Preiserhöhungen waren bei den Verbraucherpreisen und auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen bei den Dienstleistungspreisen und den Baupreisen zu verzeichnen. Bei den Bau- und den Verbraucherpreisen fielen diese allerdings niedriger aus als in den Vorjahren. Dennoch fanden 2015 keine umfassenden Preissenkungen auf breiter Front statt, das heißt auch bei einer Beschränkung des Deflationsbegriffs auf die Preisdimension kann nach wie vor nicht von einer Deflation gesprochen werden (zum Deflationsbegriff vgl. Touil/Schäfer, 2015, hier: Seite 25 f.). Zwar wies die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat im Januar 2015 erstmals seit September 2009 wieder ein negatives Vorzeichen auf, in den Folgemonaten waren dann aber – trotz des weiteren Rückgangs der Rohöl- und Weltmarktpreise – wieder leichte Preissteigerungen festzustellen. Die weitgehende Stabilität der monatlichen Teuerungsraten des Verbraucherpreisindex ohne Energie über der 1-%-Marke im Vorjahresvergleich zeigt zudem, dass auch 2015 die geringen Preissteigerungen im Gesamtindex wesentlich durch die Entwicklung der Energiepreise bedingt waren.

Werden in die Deflationsdiskussion die der Verbraucherebene vorgelagerten Wirtschaftsstufen einbezogen, so zeigt sich auch hier der starke Einfluss der Teilindizes für Rohöl beziehungsweise Mineralölprodukte auf die Preise 2015 – insbesondere im Bereich Warenproduktion. Bei den Einfuhrpreisen, den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte und den Großhandelspreisen waren 2015 auch bei anderen Warengruppen weitere Preisrückgänge zu verzeichnen, sodass bei Einbeziehung der vorgelagerten Wirtschaftsstufen insgesamt etwas stärkere Signale einer deflationären Tendenz festgestellt werden können. Davon waren allerdings auf diesen Wirtschaftsstufen – wie in Kapitel 3 dargestellt – nicht alle Warengruppen und nur einzelne Dienstleistungsbereiche betroffen. Da zudem bei den Erzeugerpreisen für Dienstleistungen und den Baupreisen in nahezu allen Bereichen Preissteigerungen vorherrschen, kann auch bei Einbeziehung der vorgelagerten Wirtschaftsstufen in Deutschland im Jahr 2015 nach wie vor nicht von allgemeinen Preisrückgängen gesprochen werden.

Ein wichtiger Faktor, der mit Blick auf die Deflationsdiskussion der Senkung der Energiepreise entgegengewirkt hat, war 2015 die Lohnentwicklung, die insbesondere die Preise der lohnintensiven Dienstleistungen beeinflusst. Im Vorfeld stark diskutiert wurden dabei die Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Preisentwicklung. Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Er gilt grundsätzlich für alle Branchen und Regionen, allerdings sind während einer zweijährigen Übergangszeit Ausnahmen möglich. So sind im Falle allgemeinverbindlicher Branchentarifverträge bis zum 31. Dezember 2016 auch Bruttostundenverdienste unter 8,50 Euro erlaubt. Eine abschließende Beurteilung der vollständigen Auswirkungen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Preise ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. In einigen Branchen, beispielsweise den Friseurdienstleistungen, wurden zudem im Vorgriff auf die Einführung des allgemeinen Mindestlohns bereits vor 2015 branchenspezifische Mindestlöhne eingeführt mit entsprechenden Preiswirkungen in den Vorjahren. Insgesamt dürfte der wesentliche Einfluss der Einführung des allgemeinen Mindestlohns auf die Preise jedoch im Jahr 2015 wirksam geworden sein. Von der Einführung des Mindestlohns haben Geringverdiener profitiert, insbesondere ungelernte Arbeitnehmer und geringfügig Beschäftigte. Dabei waren in den neuen Bundesländern deutlich mehr Arbeitnehmer als in den alten Bundesländern betroffen. Bundesweit schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit den Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Beschäftigten auf 4,4 % (Bellmann und andere, 2015). Vor diesem Hintergrund sind Preiseffekte der Einführung des Mindestlohns vor allem in den Branchen zu erwarten, in denen Niedriglohnbeschäftigte einen hohen Anteil an den Arbeitnehmern und zugleich Löhne einen erheblichen Teil der gesamten Produktionskosten ausmachen. Dazu zählen insbesondere Dienstleistungen wie das Taxigewerbe, das Friseurhandwerk sowie das Gastgewerbe. In diesen Bereichen zeigt die Verdienststa-

tistik deutliche überproportionale Steigerungen der Verdienste insbesondere in den neuen Bundesländern. Im Gegensatz zu den genannten niedriglohnintensiven Dienstleistungsbranchen spielen Mindestlöhne beispielsweise bei der Herstellung von Waren eine deutlich geringere Rolle.

Besonders deutlich zeigen sich Auswirkungen der Einführung des allgemeinen Mindestlohns auf die Preisentwicklung 2015 im Taxigewerbe, in dem ein sehr hoher Anteil der Arbeitnehmer von der Einführung des Mindestlohns betroffen war. Die Preise für Taxifahrten haben sich 2015 bundesweit um 12 % verteuert. In den drei vorangegangenen Jahren lagen die Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr zwischen 1,7 % (2013) und 3,3 % (2012). Auch eine Untergliederung nach Bundesländern bestätigt den Einfluss des Mindestlohns durch die erwarteten stärkeren Preiserhöhungen bei Taxifahrten in den neuen Bundesländern (ohne Berlin; +23 %) im Vergleich zu den alten Bundesländern (ohne Berlin; +10 %). Die monatliche Betrachtung der Indexwerte zeigt, dass die Taxipreise insbesondere im Zeitraum von Dezember 2014 bis April 2015 mit +9,6 % stark angestiegen sind. In den Folgemonaten waren von April bis Dezember 2015 mit insgesamt +2,5 % deutlich geringere Preissteigerungen zu verzeichnen. Im Taxigewerbe erfolgte die Preisüberwälzung damit konzentriert in den ersten Monaten des Jahres 2015, was wesentlich auf die kommunale Genehmigungspflicht der Taxitarife zurückzuführen sein dürfte (Deutsche Bundesbank, 2015). Zwar sind die Auswirkungen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Preise im Taxigewerbe damit offensichtlich, jedoch lässt sich der Anteil der Mindestlohneinführung an der Preisentwicklung nicht genau beziffern. Im Taxigewerbe dürften zusätzlich die sinkenden Benzinpreise, die Entwicklung der sonstigen Kfz-Kosten oder die allgemeinen Erhöhungen der Verdienste von Mitarbeitern oberhalb der Grenze des Mindestlohns die Preisentwicklung im Jahr 2015 mit beeinflusst haben. Eine genaue Quantifizierung des Mindestlohneinflusses setzt somit – wie auch bei den weiteren, im Folgenden angeführten Dienstleistungsbereichen – Annahmen oder Modellrechnungen voraus, die üblicherweise nicht zum Aufgabenbereich der amtlichen Statistik zählen.

Erhebliche Preisanstiege gab es 2015 zudem bei Friseurdienstleistungen und anderen Dienstleistungen der Körperpflege (+3,4 %), die sich teilweise auf die Einführung von Mindestlöhnen zurückführen lassen dürften. Die Preissteigerungen im Jahr 2015 lagen allerdings etwas unter dem Wert von 2014 (+3,6 %). Da im Friseurgewerbe branchenspezifische Mindestlöhne aber bereits im November 2013 eingeführt und im August 2014 erhöht wurden, zeigten sich hier die Preiswirkungen über einen längeren Zeitraum. Im Vergleich zum Zeitraum 2008 bis 2012, in dem die Vorjahresveränderungsraten zwischen +1,0 % und +1,5 % lagen, sind seit 2013 deutlich höhere Preissteigerungen festzustellen. In der Untergliederung nach Bundesländern bestätigt sich der Einfluss des Mindestlohns durch die erwarteten stärkeren Preiserhöhungen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin; +6,9 %) im Vergleich zu den alten Bundesländern (ohne Berlin; +2,8 %) im Jahr 2015.

Die Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen waren in hohem, wenn auch etwas geringerem Maße als das Taxi- und Friseurgewerbe von der Einführung des allgemeinen Mindestlohns betroffen. Hier zeigen sich in der Preisentwicklung für 2015 vergleichsweise moderate Auswirkungen, obwohl es im Vorfeld keine branchenspezifischen Mindestlöhne gab. Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen verteuerten sich im Jahresdurchschnitt 2015 mit +2,6 % zwar stärker als in den Vorjahren (2014: +2,1 %, 2013: +2,3 %, 2012: +2,1 %). Dennoch ist hier kein so deutlicher Preissprung wie im Taxi- oder Friseurgewerbe zu erkennen. Aufgrund des relativ hohen Anteils an Niedriglohnbeschäftigten in diesem Gewerbe ist hier dennoch von einer preiserhöhenden Wirkung durch den Mindestlohn auszugehen. Diese zeigt sich zumindest im Gaststättenbereich auch in der Untergliederung nach Bundesländern: In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) haben hier die Preise 2015 im Vorjahresvergleich mit +4,5 % stärker zugelegt als in den alten Bundesländern (ohne Berlin; +2,6 %). Allerdings lag bei den Übernachtungen 2015 die Teuerungsrate in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit +2,4 % sogar leicht höher als in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit +1,9 %.

Auch bei anderen Dienstleistungen, beispielsweise der chemischen Reinigung, der Wäscherei oder den Kinos, waren 2015 etwas höhere Preissteigerungen als in den Vorjahren zu verzeichnen. In weiteren Bereichen, in denen ein relativ hoher Anteil an Arbeitnehmern mit niedrigen Löhnen beschäftigt ist, zeigen die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik für 2015 keine beziehungsweise nur schwach erkennbare Einflüsse der Einführung des allgemeinen Mindestlohns auf die Preisentwicklung. Dies gilt beispielsweise für Fitnessstudios, deren Preise im Jahr 2015 mit +1,2% im Vergleich zum Vorjahr in geringerem Maße zunahmen als 2012 (+1,3%), 2013 (+1,8%) und 2014 (+1,9%), womit hier zumindest auf Bundesebene keine offensichtliche Auswirkung des Mindestlohns zu erkennen war. Ähnliches gilt auf aggregierter Ebene auch für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, deren Preise 2015 mit +0,7% in geringerem Ausmaß als in den Vorjahren mit +1,0% (2014) und +3,9% (2013) stiegen. Das schließt jedoch nicht aus, dass bei einer tieferen Untergliederung nach Bundesländern beziehungsweise Regionen, nach Produkten beziehungsweise bei Waren, wie Backwaren oder Fleischerzeugnissen, oder auch nach Geschäftstypen Preiswirkungen des allgemeinen Mindestlohns in stärkerem Ausmaße aufgetreten sind, als das bei der aggregierten Betrachtung erkennbar ist.

Trotz des offensichtlichen Einflusses in einigen Dienstleistungsbereichen ist eine durchschlagende Auswirkung der Einführung des Mindestlohns auf die Dienstleistungspreise insgesamt beziehungsweise auf den Verbraucherpreisindex insgesamt nicht direkt aus den Ergebnissen für 2015 abzuleiten. Befürchtungen, dass sich mit der Einführung des Mindestlohns die Inflation deutlich erhöhen könnte, haben sich für 2015 damit nicht bestätigt. Die Einführung des allgemeinen Mindestlohns wurde bei einer Gesamtbetrachtung von anderen Faktoren überlagert, die deutlich stärkere Preiswirkungen zeigten. Dazu zählt sicher der Rückgang der Energiepreise im Jahr 2015 infolge des Rückgangs der Rohölpreise und der Preise anderer Energieträger am Weltmarkt. Selbst wenn die Betrachtung auf den aggregierten Index der Verbraucherpreise ohne Energie beschränkt wird, lassen sich jedoch weder im Indexverlauf Anfang des Jahres 2015 noch bei den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresmonat im Jahr 2015 Effekte der Einführung des Mindestlohns in Form von ungewöhnlichen Preisanstiegen erkennen.

Auf dieser aggregierten Ebene der Gesamtindizes oder auch bei einem aggregierten Teilindex für Dienstleistungen im Verbraucherpreisindex dürfte beispielsweise auch der allgemeine Anstieg der Verdienste, der 2015 nominal nach vorläufigen Ergebnissen (einschließlich der Geringverdiener) bei etwa +2,7% lag, einen deutlich stärkeren preiserhöhenden Einfluss als die Einführung des Mindestlohns gehabt haben. Dies dürfte zum einen den Effekt der Löhne als Kostenfaktor auf der Angebotsseite betreffen. Zum anderen war mit der starken Erhöhung der Reallöhne 2015 auch eine Stärkung der Binnennachfrage beziehungsweise der Konsumausgaben verbunden, die eher preissteigernd gewirkt haben dürfte. Da zudem die Gewichtung der Güter im Verbraucherpreisindex, die aus Branchen mit niedrigen Löhnen stammen, mit Ausnahme des Einzelhandels mit Nahrungs- und Genussmitteln eher gering ist, dürfte sich die Einführung des allgemeinen Mindestlohns in den Ergebnissen des Verbraucherpreisindex nur im unteren Nachkommabereich niedergeschlagen haben (vgl. auch Deutsche Bundesbank, 2015). Genauere Abschätzungen der Preiswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf aggregiertem Niveau sind vor diesem Hintergrund – wie auch am Beispiel des Taxigewerbes bereits betont – von Annahmen beziehungsweise Modellrechnungen abhängig und sollten sich nicht alleine auf das Jahr 2015 beschränken.

Literaturverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Energieverbrauch dank milder Witterung deutlich gesunken. Pressedienst Nr. 01/2015. 2015a. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.ag-energiebilanzen.de

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Energieverbrauch steigt 2015 leicht an. Pressedienst Nr. 6/2015. 2015b. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.ag-energiebilanzen.de

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Stromerzeugung nach Energieträgern 1990–2015 (Strommix). 2015c. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.ag-energiebilanzen.de

Bellmann, Lutz/Bossler, Mario/Gerner, Hans-Dieter/Hübler, Olaf. Reichweite des Mindestlohns in deutschen Betrieben. IAB-Kurzbericht 6/2015. Verfügbar unter: www.iab.de.de

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. EnergieINFO Mineralölabsatz 12/2014. Eschborn 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bafa.de

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Energiestudie 2015. Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen. Hannover 2015. [Zugriff am 8. März 2016]. Verfügbar unter: www.bgr.bund.de

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Erntebericht 2015. 2015a. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bmel.de

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Mäßige Kartoffelernte 2015: Rückläufige Anbauflächen und niedrige Hektarerträge lassen die Erntemenge schrumpfen. Pressemitteilung vom 23. September 2015. 2015b. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bmel.de

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln insgesamt (SJT-4010100-0000). 2015c. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bmelv-statistik.de

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Energiedaten: Gesamtausgabe. Stand: Januar 2016. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bmwi.de

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – Informationsportal Erneuerbare Energien. EEG in Zahlen: Vergütungen, Differenzkosten und EEG-Umlage 2000 bis 2016. 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.erneuerbare-energien.de

Bundesnetzagentur/Bundeskartellamt. Monitoringbericht 2015. Bonn 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bundesnetzagentur.de

Deutscher Bauernverband. Trendwende auf dem Milchmarkt zeichnet sich kurzfristig noch nicht ab. Pressemeldung vom 22. Januar 2016. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bauernverband.de

Deutsche Bundesbank. Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Verbraucherpreise – erste Erfahrungen. In: Monatsbericht Mai 2015. 67. Jahrgang, Nr. 5, Seite 66 f. Verfügbar unter: www.bundesbank.de

Deutsche Bundesbank. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank – Jahres- und Monatsdurchschnitte. 2016. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.bundesbank.de

Food and Agriculture Organization of the United Nations. Food Outlook October 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.fao.org

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut. Der Ölmarkt in Bewegung. HWWI Update. Ausgabe 03/2015. März 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.hwwi.org

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut. HWWI-Rohstoffpreisindex fällt zum Jahresabschluss auf 11 1/2-Jahres-Tief. Pressemitteilung vom 6. Januar 2016. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.hwwi.org

International Cocoa Organization. The Cocoa Market Situation. 2014. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.icco.org

International Cocoa Organization. Cocoa Market Review December 2015. 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.icco.org

International Energy Agency. Global Coal Demand Stalls After More Than a Decade of Relentless Growth. 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.iea.org

International Energy Agency (Herausgeber). World Energy Outlook 2014. Paris 2014.

Klepper, Rainer. Energie in der Nahrungsmittelkette. Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie

06/2011. Braunschweig 2011. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: http://literatur.vti.bund.de

Milchindustrieverband. Preistief am Milchmarkt – War das schon die Talsohle? Pressemitteilung vom 22. Oktober 2015. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.milchindustrie.de

Räth, Norbert/Braakmann, Albert. Bruttoinlandsprodukt 2015. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 1/2016, Seite 9 ff.

Statistisches Bundesamt (Herausgeber). Statistisches Jahrbuch Deutschland 2015. Wiesbaden 2015.

Touil, Sabine/Kuhn, Andreas. Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung. STATmagazin vom 8. Juni 2012. [Zugriff am 16. Februar 2016]. Verfügbar unter: www.destatis.de

Touil, Sabine/Schäfer, Dieter. Preisentwicklung 2014. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 2/2015, Seite 9 ff.

Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel in Bayern 1985

Die Bruttojahresverdienste der Industrie- und Bauarbeiter Bayerns haben sich im Gesamtdurchschnitt von 33489 DM im Jahre 1984 auf 34845 DM im Jahre 1985 erhöht, das sind 4,0%. Männliche Arbeiter stellten sich im Schnitt auf 37694 DM, weibliche Arbeiter auf 26564 DM. Die höchsten Löhne werden, wie die Jahresverdienste der männlichen Arbeiter in der Mineralölverarbeitung (56466 DM), in der Tabakverarbeitung (46170 DM) und im Luft- und Raumfahrzeugbau (43903 DM) zeigen, in kapitalintensiven oder stark automatisierten Industrien gezahlt. Die niedrigsten Löhne sind in den traditionellen Leichtindustriezweigen zu finden, beispielsweise in der Lederverarbeitung (29459 DM), in der Schuhindustrie (31789 DM) und im Textilgewerbe (31921 DM). – Die Bruttojahresverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Bayern betrugen 1985 im Gesamtdurchschnitt 46452 DM und lagen damit um 4,8% höher als im Jahre 1984 mit 44342 DM. Männliche Angestellte erzielten 1985 einen Bruttojahresverdienst von durchschnittlich 54717 DM, weibliche Angestellte kamen auf 33881 DM. In der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) lag der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen und weiblichen Angestellten insgesamt mit 53970 DM erheblich über dem Mittelwert im Dienstleistungsbereich (Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) mit 37884 DM. An der Spitze der Verdienstskala steht bei den männlichen Angestellten ebenfalls die Mineralölverarbeitung (75789 DM), am Ende der Skala der Einzelhandel (40494 DM).

Zur Erhebungsmethode

Die Bruttojahresverdiensterhebung ist als Ergänzung zur vierteljährlichen Verdienststatistik konzipiert und hat die gleichen methodischen Grundlagen wie diese. Identisch sind der wirtschaftliche Erfassungsbereich (Industrie und Handel), die durch Stichprobenauswahl einbezogenen Berichtsbetriebe (örtliche Einheiten) und die Erhebungstechnik (Lohnsummenverfahren). Um die Belastung der Betriebe mit den auf Jahressummen abgestellten Meldungen in Grenzen zu halten, wurde auf die Unterscheidung der Arbeiter und der Angestellten nach Leistungsgruppen (Qualifikationsstufen) und nach Angestelltenbeschäftigungsarten (kaufmännisch und technisch) verzichtet. Diese Vereinfachung erweist sich allerdings bei der Plausibilitäts-Prüfung der Erhebungsbogen und bei der Interpretation der Ergebnisse immer wieder als erschwerend.

Trotz der weitgehenden methodischen Übereinstimmung der Bruttojahresverdiensterhebung und der vierteljährlichen Verdiensterhebung ist deren Vergleichbarkeit nicht vollkommen herzustellen, weil die in die Erhebungsbogen aufzunehmenden Personenkreise logischerweise nicht gleich sein können. So werden bei der vierteljährlichen Erhebung die in den vier einzelnen Erhebungsmonaten jeweils vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten erfaßt, unabhängig davon, ob sie im Laufe des Kalenderjahres erst eingetreten oder wieder ausgeschieden sind. Hingegen muß sich die Jahreserhebung sinngemäß auf die etwas geringere Zahl der ganzjährig vollbeschäftigten Arbeitnehmer beschränken. Diese Vergleichsstörungen werden verstärkt durch eine unterschiedliche Fluktuation der „monatlich Vollbeschäftigten" und der „ganzjährig Vollbeschäftigten".

Eine weitere Abweichung der erfaßten Personenkreise betrifft die erkrankten und die den Grundwehrdienst leistenden Arbeitnehmer; während bei der Jahreserhebung die Kranken ohne Rücksicht auf die Dauer der Abwesenheit und die Soldaten bis zu sechs Monaten Abwesenheit erfaßt werden, sind diese Personengruppen bei der vierteljährlichen Erhebung ganz ausgeschlossen.

1985 betrug der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Arbeiter 37694 DM...

Für die Gesamtheit der Industrie- und Bauarbeiter Bayerns haben sich die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste von 33489 DM im Jahre 1984 auf 34845 DM im Jahre 1985 erhöht. Die Verdienstdurchschnitte der männlichen Arbeiter allein entwickelten sich im gleichen Zeitraum von 36183 DM auf 37694 DM. Ohne den Wirtschaftszweig Hoch- und Tiefbau, der infolge der witterungsbedingten Ausfallzeiten stets niedrigere Jahresverdienstdurchschnitte (dafür aber Ersatzzahlungen außerhalb der Arbeitsverdienste) hat und damit auf den Gesamtdurchschnitt drückt, waren die entsprechenden Werte für die männlichen Arbeiter etwas höher, beispielsweise 38401 DM im Jahre 1985.

Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste in den einzelnen Wirtschaftszweigen wichen erheblich von den vorgenannten Gesamtwerten ab. So reichten die Werte bei den Männern im Jahre 1985 im wesentlichen von knapp 30000 DM bis zu rund 46000 DM.

Von den Industrien mit hohen Verdienstdurchschnitten der Männer sind besonders die Bereiche Tabakverarbeitung (46170 DM), Luft- und Raumfahrzeugbau (43903 DM), Druckerei und Vervielfältigung (43435 DM), Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung (43118 DM), Zuckerindustrie (43112 DM), Energiewirtschaft und Wasserversorgung (41945 DM) und Straßenfahrzeugbau (41141 DM) zu nennen, mit niedrigen Durchschnitten die Feinkeramische Industrie (32391 DM), das Bekleidungsgewerbe (32274 DM), der Bereich Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck (32232 DM), das Textilgewerbe (31921 DM), die Schuhindustrie (31789 DM) und die Lederverarbeitung (29459 DM). Diese Staffelung der Durchschnittswerte ist zu einem erheblichen Teil auf die branchenspezifischen Produktionsverhältnisse und die davon abhängige Qualifikation der Arbeiterschaft zurückzuführen. Zum Teil liegen den hohen Effektivverdiensten auch entsprechend hohe tarifliche Lohnsätze zugrunde. Bei einigen Industrien beruhen sie auch auf der Konzentration der Standorte in Städten oder großstädtischen Ballungsgebieten (z. B. Tabakverarbeitung, Druckerei und Vervielfältigung, Energiewirtschaft und Wasserversorgung).

Mit Abstand vor den großen Industrien liegt der Durchschnittsverdienst im personalschwachen Bereich Mineralölverarbeitung, der sich auf den Raum Ingolstadt konzentriert, mit 56466 DM an der Spitze. Wie aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung bekannt ist, beträgt der Anteil der Facharbeiter der Leistungsgruppe 1 in der Mineralölverarbeitung derzeit 86%. Auch im Luft- und Raumfahrzeugbau und in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung ist dieser Anteil mit je 90% gegenüber 60% im Mittel der Gesamtindustrie weit überdurchschnittlich.

Bei den Arbeiterinnen, die eine völlig andere Berufs- und Qualifikationsstruktur als die Männer aufweisen, betrugen die Mittelwerte der Bruttojahresverdienste 26564 DM im Jahre 1985 gegenüber 25442 DM ein Jahr zuvor. Ihre Durchschnittsjahresverdienste je Wirtschaftszweig 1985 reichten von etwa 21000 DM bis 37000 DM. Hoch waren sie nahezu in den gleichen Industriezweigen wie bei den männlichen Arbeitern, mit Ausnahme derjenigen Industrien, in denen kaum oder nur wenig geeignete Arbeitsplätze für weibliche Kräfte vorhanden sind, wie in der Mineralölverarbeitung und der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung. So lag an erster Stelle die Tabakverarbeitung (37457 DM), gefolgt vom Luft- und Raumfahrzeugbau sowie vom Straßenfahrzeugbau (33858 DM bzw. 33348 DM). Des weiteren sind die Zuckerindustrie (32994 DM), die Energiewirtschaft und Wasserversorgung (32755 DM), die Druckerei und Vervielfältigung (30828 DM) und die Brauerei und Mälzerei (30213 DM) zu nennen. Auch am unteren Ende der Skala finden sich teilweise die gleichen Wirtschaftszweige wie bei den Männern. So gehören zu den „letzten sechs" die Herstellung von Kunststoffwaren (23890 DM), das Be-

Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 11/1986

Tabelle 1. Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Arbeiter in Bayern 1984 und 1985 in ausgewählten Wirtschaftszweigen

Ausgewählte Wirtschaftszweige	Durchschnittliche Bruttojahresverdienste[1]) in DM					
	1984			1985		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau[2]))	**36183**	**25442**	**33489**	**37694**	**26564**	**34845**
Industrie (ohne Bauindustrie)	**36794**	**25441**	**33528**	**38401**	**26563**	**34992**
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	40991	31879	40679	41945	32755	41611
Bergbau[3])	38316	–	38316	40373	–	40373
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	37154	27034	35820	38674	27938	37239
dar. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	34782	27486	34494	35722	28103	35447
Metallerzeugung und -bearbeitung	35265	27128	35022	37276	27802	37011
NE-Metallerzeugung, -halbzeugwerke und -gießerei	39584	27084	37890	40489	27365	38590
Mineralölverarbeitung	54526	.	54443	56466	.	56358
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	38441	26658	35449	40146	27628	37026
Holzbearbeitung	32056	24806	31415	33533	26037	32788
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	41673	28058	40810	43118	29112	42330
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	34710	27358	32254	35931	28427	33485
Investitionsgüterindustrie	37560	27630	35257	39373	28809	36857
dar. Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau	39277	27743	39042	40707	28832	40444
Maschinenbau, Lokomotivbau	37635	27911	36974	39455	29008	38722
Straßenfahrzeugbau	39174	32046	38093	41141	33348	39939
Luft- und Raumfahrzeugbau	41786	32758	41080	43903	33858	43137
Elektrotechnik	36141	26612	31960	38147	27901	33596
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	34465	26948	31111	35695	27617	31939
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung usw.	34079	25808	32030	35166	26612	32988
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	35111	27477	31589	36531	28513	32430
Verbrauchsgüterindustrie	33806	23518	28760	35128	24493	29973
dar. Feinkeramik	31267	24538	27749	32391	25590	28829
Herstellung und Verarbeitung von Glas	33782	23624	31409	35070	24631	32692
Holzverarbeitung	32625	24319	30237	33849	25444	31395
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck	30600	21749	26106	32232	22798	27450
Papier- und Pappeverarbeitung	35222	23819	31446	36591	24795	32783
Druckerei, Vervielfältigung	41276	28504	38458	43435	30828	40682
Herstellung von Kunststoffwaren	32932	22840	29575	33873	23890	30545
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	28630	21058	23270	29459	21656	24022
Herstellung von Schuhen	30751	24670	26975	31789	25688	28000
Textilgewerbe	30796	23713	26909	31921	24668	28024
Bekleidungsgewerbe	31316	22574	23481	32274	23264	24222
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	37044	25198	34452	38306	25999	35662
dar. Brot- und Backwarenindustrie	34600	23702	32748	36293	24914	34448
Obst- und Gemüseverarbeitung	32992	20334	28564	33847	21132	29301
Schlachthäuser, Fleischverarbeitung	33841	24037	30928	35011	24564	31899
Brauerei, Mälzerei	37942	28804	37643	39298	30213	39025
Tabakverarbeitung	44502	35774	39960	46170	37457	41658
Zuckerindustrie	40977	31883	40279	43112	32994	42342
Herstellung von Süßwaren	34040	21647	26793	35098	22320	27414
Milchverwertung	38100	25972	34857	39126	26704	35926
Hoch- und Tiefbau[2]) (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	33163	26217	33152	33618	27400	33608

[1]) Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Arbeiter sind hauptsächlich strukturell bedingt. – [2]) Einschl. Handwerk. – [3]) Verdienste ohne Bergmannsprämie.

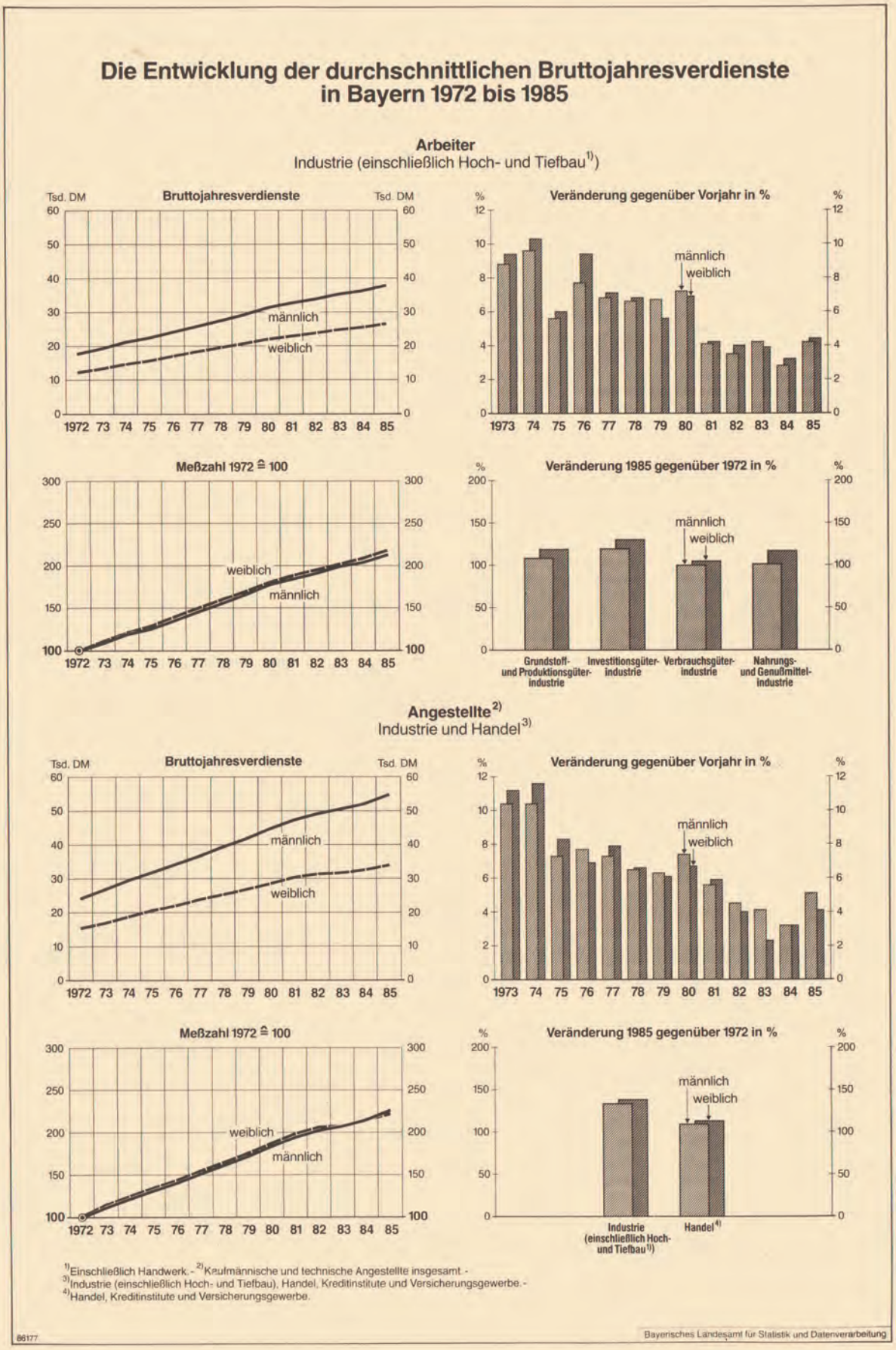
kleidungsgewerbe (23264 DM), die Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck (22798 DM), die Süßwarenindustrie (22320 DM), die Lederverarbeitung (21656 DM) und die Obst- und Gemüseverarbeitung (21132 DM). Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Süßwarenindustrie und die Obst- und Gemüseverarbeitung mit ihrem hohen Anteil weiblicher Hilfsarbeiter und entsprechend niedrigen Durchschnittsverdiensten die anderen Wirtschaftszweige im „Rang" etwas nach oben verschieben.

... der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Angestellten lag dagegen bei 54717 DM

In Industrie und Handel erzielten die Angestellten in Bayern 1985 einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 46452 DM gegenüber 44342 DM im Jahre 1984, und zwar die Männer 54717 DM und die Frauen – wie bei den Arbeitern mit ganz anderer Berufsstruktur – 33881 DM. In der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) lagen die Verdienste infolge des höheren Anteils qualifizierter Angestellter, besonders auf seiten der Techniker, sichtlich höher, und zwar bei insgesamt 53970 DM, wobei die Männer auf 60159 DM und die Frauen auf 38405 DM kamen. Ein Jahr zuvor hatten die Verdienste bei 51187 DM bzw. 56920 DM bzw. 36669 DM gelegen. Für den nichtindustriellen Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe („Handel"), wo die kaufmännischen Tätigkeiten dominieren, betrugen die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste 1985 insgesamt 37884 DM, und zwar für Männer 45384 DM, für Frauen 31085 DM.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen lagen die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der männlichen Angestellten 1985 hauptsächlich zwischen rund 46000 DM und 68000 DM, wobei die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung (68214 DM), die Elektrotechnische Industrie (67208 DM), der Luft- und Raumfahrzeugbau (66717 DM), die Tabakverarbeitung (65157 DM), die Zuckerindustrie (64554 DM) und der Straßenfahrzeugbau (64134 DM) die Spitzenstellung einnahmen. Übertroffen wurden sie nur von dem personalmäßig schwachen Zweig Mineralölverarbeitung (75789 DM), wo die hohen Durchschnittsverdienste – wie bei den Arbeitern – durch sehr günstige Gehaltssätze in den Tarifverträgen mitbestimmt sind. Am Ende der Skala standen die Fleischverarbeitende Industrie (47306 DM), die Obst- und Gemüseverarbeitung (46887 DM), die Lederverarbeitung (46519 DM), die Brot- und Backwarenindustrie (46349 DM), die Feinkeramische Industrie (46228 DM) und die Süßwarenindustrie (45764 DM). Im nichtindustriellen Bereich lagen das Versicherungsgewerbe mit 59000 DM und die Kreditinstitute mit 48762 DM die an der Spitze, beide

Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 11/1986



Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/1986

Tabelle 2. Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Angestellten[1]) in Bayern 1984 und 1985 in ausgewählten Wirtschaftszweigen

Ausgewählte Wirtschaftszweige	Durchschnittliche Bruttojahresverdienste[2]) in DM[3])					
	1984			1985		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Industrie, Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**52068**	**32538**	**44342**	**54717**	**33881**	**46452**
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau[4]))	**56920**	**36669**	**51187**	**60159**	**38405**	**53970**
Industrie (ohne Bauindustrie)	**56968**	**36811**	**51242**	**60275**	**38609**	**54106**
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	53171	38232	49641	54855	39401	51207
Bergbau[5])	59603	(38708)	56304	62333	(41179)	58968
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	56142	38629	50358	58769	40226	52638
dar. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	51698	33120	47251	53352	33855	48631
Metallerzeugung und -bearbeitung	52975	34751	48783	54875	36251	50456
NE-Metallerzeugung, -halbzeugwerke und -gießerei	55575	36755	50516	57164	38076	52072
Mineralölverarbeitung	72652	48567	69002	75789	50312	71939
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	57625	40258	50539	60801	42023	53214
Holzbearbeitung	50519	31551	45032	53589	32523	47242
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	64788	40153	58627	68214	41847	61477
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	51493	34885	47139	53108	37278	48970
Investitionsgüterindustrie	60047	38797	54786	63834	40856	58138
dar. Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau	55427	36217	51620	58013	38186	54062
Maschinenbau, Lokomotivbau	57306	36357	52227	60516	38336	55100
Straßenfahrzeugbau	60666	37698	55126	64134	39721	58233
Luft- und Raumfahrzeugbau	63251	42126	58969	66717	44380	62302
Elektrotechnik	62699	41473	57539	67208	43670	61516
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	52650	35251	46848	55710	37810	49802
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung usw.	51551	34220	45701	53196	35307	47062
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	58357	38045	52966	61236	39929	55235
Verbrauchsgüterindustrie	48993	32016	42615	51310	33611	44598
dar. Feinkeramik	44467	30845	40265	46228	32185	41862
Herstellung und Verarbeitung von Glas	47773	30229	41829	49611	31927	43950
Holzverarbeitung	47350	29001	41049	49472	30149	42720
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck	48530	31263	40625	50692	32981	42851
Papier- und Pappeverarbeitung	52582	33032	46185	55511	34524	48524
Druckerei, Vervielfältigung	55070	37117	49449	58212	40135	52355
Herstellung von Kunststoffwaren	49420	31689	43661	51977	32866	45645
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	45058	27577	36745	46519	28383	37783
Herstellung von Schuhen	48509	29801	41184	50154	30866	42394
Textilgewerbe	46158	31427	40919	48168	32527	42518
Bekleidungsgewerbe	47166	31903	38915	48326	33181	39958
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	49959	33213	44620	52254	34160	46326
dar. Brot- und Backwarenindustrie	44590	29551	41658	46349	30562	43223
Obst- und Gemüseverarbeitung	45205	30882	38847	46887	31731	39917
Schlachthäuser, Fleischverarbeitung	45765	27228	37709	47306	27298	38237
Brauerei, Mälzerei	51549	37041	48329	53489	37824	50044
Tabakverarbeitung	62846	48781	58802	65157	49305	60444
Zuckerindustrie	62371	43415	56381	64554	43751	58148
Herstellung von Süßwaren	43626	28378	37306	45764	29323	39021
Milchverwertung	51881	33015	44603	53778	34519	46246
Hoch- und Tiefbau[4]) (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	56285	34264	50374	58217	34644	51608
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	43833	30009	36607	45384	31085	37884
dar. Großhandel	43124	27309	37495	44863	28667	39152
Einzelhandel	39454	26612	31508	40494	27571	32421
Kreditinstitute	47014	35441	41128	48762	36534	42631
Versicherungsgewerbe	57014	42108	49664	59000	43716	51456

[1]) Kaufmännische und technische Angestellte insgesamt. – [2]) Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Angestellten sind hauptsächlich strukturell bedingt. – [3]) In Klammern gesetzte Zahlen beziehen sich auf 10 bis 29 erfaßte Angestellte. – [4]) Einschl. Handwerk. – [5]) Verdienste ohne Bergmannsprämie.

bekannt durch hohe Jahressonderzahlungen, wogegen der Großhandel (44863 DM) und der Einzelhandel (40494 DM) unter dem Niveau der Industriezweige mit den niedrigsten Verdienstdurchschnitten blieben.

Für die weiblichen Angestellten wurden jeweils die höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Bruttojahresverdienste, die eine Spannweite von rund 27000 DM bis 50000 DM aufwiesen, fast in den gleichen Wirtschaftszweigen festgestellt wie in jenen ihrer männlichen Kollegen, wenn auch in veränderter Reihenfolge. Den ersten Platz nahm wiederum die Mineralölverarbeitung mit 50312 DM ein; es folgen die Tabakverarbeitung (49305 DM), der Luft- und Raumfahrzeugbau (44380 DM), die Zuckerindustrie (43751 DM), die Elektrotechnische Industrie (43670 DM), die Chemische Industrie (42023 DM) und die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung (41847 DM). Hingegen wiesen die Schuhindustrie (30866 DM), die Brot- und Backwarenindustrie (30562 DM), die Holzverarbeitung (30149 DM), die Süßwarenindustrie (29323 DM), die Lederverarbeitung (28383 DM) und die Fleischverarbeitende Industrie (27298 DM) die niedrigsten Durchschnitte auf.

Wie bei den männlichen Angestellten waren die Bruttojahresverdienste der Frauen im nichtindustriellen Bereich am höchsten im Versicherungsgewerbe (43716 DM) und bei den Kreditinstituten (36534 DM), am niedrigsten im Großhandel (28667 DM) und im Einzelhandel (27571 DM).

Dipl.-Volkswirt Alfred Herr

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 11/1986

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015			
		Monatsdurchschnitt			Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 520	12 604	12 692	12 676	12 687	12 760	12 772	12 795	12 817
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen [1]	Anzahl	5 148	4 969	5 194	6 700	5 613	7 610	7 782	6 911	5 992
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	*4,9*	*4,7*	*4,9*	*6,4*	*5,2*	*7,0*	*7,2*	*6,6*	*5,5*
* Lebendgeborene [2]	Anzahl	8 921	9 131	9 496	10 800	10 475	10 833	10 563	10 836	10 313
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*8,5*	*8,7*	*9,0*	*10,4*	*9,7*	*10,0*	*9,7*	*10,3*	*9,5*
* Gestorbene [3]	Anzahl	10 453	10 575	10 344	10 503	10 500	11 067	10 269	10 118	10 172
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*9,9*	*10,1*	*9,8*	*10,1*	*9,7*	*10,2*	*9,5*	*9,6*	*9,4*
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	23	25	26	35	28	29	20	27	23
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*2,6*	*2,7*	*2,8*	*3,2*	*2,7*	*2,7*	*1,9*	*2,5*	*2,2*
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	12	13	16	23	22	14	10	16	17
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*1,4*	*1,4*	*1,6*	*2,1*	*2,1*	*1,3*	*0,9*	*1,5*	*1,6*
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 532	-1 444	- 848	297	- 25	- 234	294	718	141
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*- 1,5*	*- 1,4*	*- 0,8*	*0,3*	*0,0*	*- 0,2*	*0,3*	*0,7*	*0,1*
Totgeborene [2]	Anzahl	25	29	31	38	31	33	38	36	37
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	28 295	30 527	33 365	48 117	41 110	43 478	43 154	55 376	53 424
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	17 733	20 014	23 008	33 159	26 052	33 868	31 388	41 260	37 908
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 663	22 390	25 639	31 386	29 919	28 324	31 834	32 617	31 843
* darunter in das Ausland	Anzahl	11 391	13 050	15 839	18 149	16 473	18 655	18 701	18 785	17 574
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 563	10 514	10 356	14 958	15 058	9 610	11 766	14 116	15 516
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 272	9 340	9 800	13 237	13 466	9 669	13 133	13 382	14 269
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	7 632	8 137	7 726	16 731	11 191	15 154	11 320	22 759	21 581
* Innerhalb des Landes Umgezogene [4]	Anzahl	42 140	43 522	44 525	56 621	52 909	41 935	49 823	55 700	51 721
		2012	2013	2014	2014			2015		
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Arbeitsmarkt [5]										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort [6]	1 000	4 871,5	4 960,6	5 065,2	5 065,1	5 146,9	5 090,4	5 126,2	5 184,5	5 280,9
* Frauen	1 000	2 218,3	2 266,6	2 318,1	2 310,6	2 349,5	2 345,9	2 359,5	2 374,4	2 416,2
* Ausländer	1 000	438,2	478,9	533,8	540,0	563,4	549,9	572,9	602,4	630,3
* Teilzeitbeschäftigte [7]	1 000	149,1	1 215,0	1 266,8	1 266,1	1 287,9	1 296,3	1 317,9	1 339,8	1 361,0
* darunter Frauen [7]	1 000	124,4	1 010,6	1 049,6	1 047,6	1 063,8	1 072,6	1 087,4	1 100,2	1 115,9
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	23,4	24,4	25,8	27,6	27,8	23,0	26,3	29,3	29,3
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 646,6	1 667,3	1 697,7	1 699,0	1 727,5	1 697,7	1 707,3	1 720,3	1 750,5
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 372,7	1 390,5	1 414,8	1 410,9	1 431,8	1 424,1	1 427,7	1 426,1	1 446,8
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 303,9	1 320,3	1 343,8	1 339,6	1 360,2	1 353,5	1 357,4	1 355,0	1 375,2
* F Baugewerbe	1 000	273,9	276,7	282,9	288,1	295,7	273,7	279,6	294,2	303,7
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 201,4	3 268,8	3 341,6	3 338,3	3 391,5	3 369,6	3 392,5	3 434,9	3 501,0
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 065,8	1 081,1	1 097,6	1 096,0	1 114,9	1 102,9	1 108,5	1 123,3	1 144,3
* J Information und Kommunikation	1 000	166,1	171,6	178,5	178,2	180,4	183,0	184,9	187,3	189,9
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,5	188,9	189,4	187,9	190,6	190,4	189,2	188,6	191,1
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	28,9	29,7	30,1	30,0	30,5	30,5	31,2	31,7	32,2
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	572,8	592,8	618,3	622,8	637,0	620,2	630,0	650,8	670,3
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 008,3	1 032,3	1 054,8	1 050,1	1 062,8	1 070,4	1 074,1	1 077,1	1 095,3
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,9	172,3	172,9	173,3	175,2	172,3	174,5	176,1	177,8
		2014	2015	2015			2016			
		Jahresdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose	1 000	264,6	256,5	259,6	246,3	238,8	275,3	253,9	242,2	233,9
* darunter Frauen	1 000	123,2	117,7	119,4	115,5	113,0	116,5	113,2	109,7	106,8
* Arbeitslosenquote insgesamt [8, 9]	%	*3,8*	*3,6*	*3,7*	*3,5*	*3,4*	*3,9*	*3,6*	*3,4*	*3,2*
* Frauen	%	*3,7*	*3,5*	*3,6*	*3,4*	*3,4*	*3,5*	*3,4*	*3,2*	*3,1*
* Männer	%	*3,8*	*3,7*	*3,8*	*3,5*	*3,3*	*4,2*	*3,7*	*3,5*	*3,3*
* Ausländer	%	*8,7*	*8,6*	*9,1*	*8,2*	*8,0*	*10,1*	*9,8*	*8,6*	*8,3*
* Jugendliche	%	*3,2*	*3,1*	*2,9*	*2,6*	*2,5*	*3,3*	*3,0*	*2,8*	*2,7*
* Kurzarbeiter [10]	1 000	17,7	16,2	*9,9*	*6,6*	*7,1*	…	…	…	…
* Gemeldete Stellen [11]	1 000	73,1	87,8	85,5	85,3	88,0	97,9	99,0	105,4	104,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

	Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
			Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
	Landwirtschaft										
	Schlachtungen [1]										
	Anzahl										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	520,7	519,3	511,6	491,7	477,1	464,0	504,7	471,8	467,0
	darunter Rinder	1 000	74,1	75,9	77,3	72,4	67,7	75,0	79,7	75,8	70,0
	darunter Kälber [2]	1 000	1,7	1,6	1,5	1,4	1,4	1,2	1,9	1,3	1,3
	Jungrinder [3]	1 000	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5
	Schweine	1 000	436,1	432,9	423,9	408,4	400,7	381,7	407,4	386,2	386,9
	Schafe	1 000	9,9	9,8	9,6	10,0	8,0	6,9	16,5	8,9	9,4
	darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	515,3	514,2	506,8	487,5	473,9	460,9	501,9	469,5	465,3
	darunter Rinder	1 000	73,2	75,1	76,5	71,6	67,0	74,6	79,2	75,4	69,7
	darunter Kälber [2]	1 000	1,5	1,5	1,4	1,2	1,3	1,2	1,8	1,2	1,3
	Jungrinder [3]	1 000	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
	Schweine	1 000	432,9	429,9	421,2	406,1	399,0	379,3	405,8	384,9	386,2
	Schafe	1 000	8,7	8,6	8,5	9,0	7,3	6,6	15,7	8,4	8,9
	Durchschnittliches Schlachtgewicht [4]										
	Rinder	kg	343,0	343,9	344,1	348,1	348,2	348,8	344,8	346,3	345,0
	darunter Kälber [2]	kg	109,7	112,5	108,4	109,0	111,1	110,0	106,1	108,9	110,0
	Jungrinder [3]	kg	177,0	183,3	177,9	165,0	181,3	194,1	186,7	197,9	175,4
	Schweine	kg	95,4	95,8	96,0	96,3	96,1	96,8	96,5	97,1	96,4
	Gesamtschlachtgewicht [5]										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	67,3	67,7	67,5	64,7	62,2	63,3	67,1	63,9	61,6
	darunter Rinder	1 000 t	25,4	26,0	26,6	25,1	23,5	26,1	27,4	26,2	24,1
	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1
	Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	0,1	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	41,6	41,5	40,7	39,3	38,5	37,0	39,3	37,5	37,3
	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,2	0,2
*	darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	66,7	67,2	67,0	64,2	61,8	62,1	66,8	63,7	61,5
*	darunter Rinder	1 000 t	25,2	25,8	26,4	24,9	23,3	26,0	27,3	26,1	24,0
*	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
*	Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	41,3	41,2	40,4	39,1	38,4	36,7	39,2	37,4	37,2
*	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,2	0,2
	Geflügel										
	Hennenhaltungsplätze [6]	1 000	3 964	4 730	5 091	5 074	5 079	5 147	5 219	5 218	5 223
	Legehennenbestand [6]	1 000	3 472	4 153	4 499	4 389	4 510	3 580	3 587	3 518	3 482
*	Konsumeier [6]	1 000	86 782	101 881	114 059	105 749	114 929	85 910	91 795	80 290	84 973
*	Geflügelfleisch [7]	1 000 t	13,4	14,5	13,7	7,7	7,0	8,5	9,2	14,9	14,6
	Getreideanlieferungen [8, 9]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	5,3r	4,5	3,9	1,9	2,0	2,1	2,7	2,1	2,1
	Weizen	1 000 t	53,1r	39,3r	33,7	24,9	21,9	33,7	29,4	30,5	30,0
	Gerste	1 000 t	12,6r	7,2r	8,9	5,7	6,8	6,0	6,7	8,5	8,7
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,6	0,3	0,3	0,2	0,3	0,1	0,2	0,4	0,3
	Vermahlung von Getreide [8, 9]										
	Getreide insgesamt	1 000 t	107,4	104,5	106,9r	103,7	101,8	108,8r	112,9	113,8	106,4
	darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,5	11,1	11,9	12,1	12,2	11,5	11,7	11,5	10,3
	Weizen und -gemenge	1 000 t	95,9	93,4	95,0r	91,7	89,6	97,4r	101,3	102,3	96,1
	Vorräte in zweiter Hand [8, 9]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	40,5r	45,5	51,2	42,6	36,0	38,2r	36,8r	31,0	28,1
	Weizen	1 000 t	439,6r	467,9r	490,3r	371,4	309,4	480,6r	438,8r	395,6r	378,2
	Gerste	1 000 t	219,0r	256,9r	332,1r	242,0	207,9	281,5r	255,5r	236,7r	214,8
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	6,7	6,5	3,8	3,7	5,5	7,4	7,2	6,6
	Mais	1 000 t	76,0r	52,4r	63,2	51,0	48,6	82,2r	72,6r	61,0r	51,4
	Bierabsatz										
	Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 859	1 928	…	2 059r	2 117r	1 626	1 907	2 119	2 250
	dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	115	…	160	168r	81	115	149	182
	11 bis 13	1 000 hl	1 718	1 776	…	1 853r	1 910	1 493	1 740	1 919	2 023
	14 oder darüber	1 000 hl	26	35	…	46	39	52	52	51	45
	dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	370	383	…	427r	482	376	419	504	516
	dav. in EU-Länder	1 000 hl	230	236	…	236	275	220	260	285	316
	in Drittländer	1 000 hl	140	147	…	190r	207	156	159	219	200

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygienerecht im Besitz einer Zulassung sind.
8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.
9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Gewerbeanzeigen [1]										
* Gewerbeanmeldungen [2]	1 000	10,8	10,5	10,2	10,6	9,2	10,9	10,5	10,2	…
* Gewerbeabmeldungen [3]	1 000	9,3	9,4	9,2	8,2	7,1	9,5	8,6	7,9	…
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 874	3 830	3 911	3 934	3 927	3 962	3 986	3 981	3 975
* Beschäftigte	1 000	1 095	1 111	1 135	1 128	1 129	1 144	1 148	1 146	1 147
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	374	386	388	387	387	390	391	391	390
Investitionsgüterproduzenten	1 000	525	526	542	539	540	548	549	548	549
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	35	36	36	36	37	37	37	37
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	162	166	164	164	168	169	169	169
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	140 284	142 141	146 141	146 784	133 006	152 564	153 864	153 618	136 873
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 438	4 651	4 885	4 860	5 136	4 570	4 694	5 018	5 244
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 935	26 190	27 327	26 798	25 340	27 590	29 617	28 761	26 374
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 827	7 223	7 416	7 505	7 150	7 158	7 732	7 665	7 294
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 427	14 315	15 358	14 872	13 942	16 023	17 269	16 624	14 716
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 120	3 208	3 221	3 086	2 976	3 193	3 339	3 144	3 135
* Energie	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 546	13 795	14 717	14 608	13 682	15 226	16 300	15 678	14 337
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*105,8*	*109,4*	*112,8*	*110,4*	*105,7*	*114,9*	*122,0*	*120,6*	*109,9*
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*96,8*	*94,2*	*91,2*	*97,2*	*94,7*	*71,1*	*86,4*	*102,6*	*100,9*
Verarbeitendes Gewerbe	%	*105,8*	*109,4*	*112,9*	*110,5*	*105,8*	*115,1*	*122,1*	*120,7*	*109,9*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*104,5*	*108,3*	*109,8*	*111,3*	*105,8*	*110,7*	*116,0*	*118,4*	*109,9*
Investitionsgüterproduzenten	%	*107,3*	*111,5*	*116,5*	*112,2*	*108,1*	*120,5*	*129,4*	*125,1*	*111,1*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*104,7*	*106,8*	*108,0*	*103,9*	*100,5*	*105,0*	*110,2*	*110,3*	*108,3*
Energie	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe [5] insgesamt	%	*110,5*	*118,0*	*118,3*	*118,2*	*113,7*	*120,8*	*133,6*	*118,3*	*116,8*
Inland	%	*104,3*	*106,5*	*110,0*	*107,6*	*100,7*	*114,0*	*119,7*	*115,8*	*105,0*
Ausland	%	*114,6*	*125,4*	*123,7*	*125,0*	*122,1*	*125,2*	*142,6*	*120,0*	*124,4*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*105,8*	*109,6*	*114,1*	*111,7*	*106,5*	*113,4*	*121,6*	*117,4*	*115,1*
Investitionsgüterproduzenten	%	*113,1*	*122,4*	*120,6*	*122,1*	*118,0*	*123,0*	*139,8*	*119,4*	*118,8*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*94,9*	*98,6*	*100,8*	*96,8*	*88,0*	*103,1*	*103,3*	*104,9*	*88,9*
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*105,5*	*108,8*	*116,8*	*102,9*	*101,4*	*151,4*	*125,9*	*113,3*	*108,8*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.
2 Vormals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeanmeldungen insgesamt.
3 Vormals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übergaben), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.
4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.
5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Baugewerbe [1]										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau [2]										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe [3]	Anzahl	139 246	141 005	140 750	141 856	141 979	131 290	137 114	141 734	142 754
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 374	13 951	13 658	15 200	13 995	9 333	12 753	15 477	14 197
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 050	6 326	6 124	6 888	6 396	4 309	5 862	6 975	6 433
* gewerblichen und industriellen Bau [4]	1 000	3 724	3 892	3 851	4 104	3 674	3 068	3 778	4 291	3 801
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 601	3 733	3 684	4 208	3 924	1 955	3 114	4 211	3 963
* Entgelte	Mill. €	338,3	357,0	364,9	373,8	362,9	290,3	338,4	376,8	387,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 611,0	1 678,4	1 690,9	1 525,2	1 605,9	1 001,5	1 363,0	1 684,4	1 716,4
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	629,1	640,2	667,4	608,4	640,9	450,3	596,4	712,5	700,7
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	524,6	582,6	565,3	488,5	534,8	356,5	481,9	552,8	542,5
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	457,4	455,5	458,1	428,3	430,2	194,7	284,7	419,1	473,2
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	*118,4*	*123,1*	*132,4*	*143,0*	*137,9*	*143,2*	*183,8*	*170,1*	*140,4*
* davon Wohnungsbau	Messzahl	*125,2*	*130,5*	*154,9*	*175,8*	*158,9*	*152,0*	*194,7*	*192,7*	*153,4*
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	*116,8*	*126,8*	*127,2*	*120,8*	*135,9*	*140,2*	*171,0*	*145,5*	*125,9*
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	*115,7*	*114,2*	*123,3*	*146,0*	*126,3*	*140,8*	*190,7*	*182,5*	*147,9*
darunter Straßenbau	Messzahl	*127,1*	*126,7*	*125,9*	*195,8*	*137,4*	*167,0*	*215,9*	*264,1*	*164,9*
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe [5, 6]										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	59 121	59 700	61 479	.	.	.	61 365	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 065	6 034	6 246	.	.	.	17 861	.	.
Entgelte	Mill. €	148,8	153,3	161,0	.	.	.	469,3	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	621,1	635,4	632,0	.	.	.	1 445,8	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	253	247	257	258	256	276	276	276	276
* Beschäftigte	Anzahl	29 734	29 587	29 461	29 397	29 375	29 311	29 323	29 353	29 323
* Geleistete Arbeitsstunden [7]	1000	3 556	3 534	3 560	3 630	3 194	3 672	3 618	3 780	3 270
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	128	129	130	153	121	121	122	149	123
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	5 595,1	5 300,8	4 919,6	5 365,6	5 753,6	4 708,4	4 801,5	4 046,8	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	5 303,8	5 017,3	4 654,1	5 079,0	5 461,1	4 467,2	4 543,5	3 837,7	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	490,3	430,3	467,6	439,5	329,3	653,4	683,7	533,1	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	1 058,3	939,7	1 037,5	997,9	750,0	1 464,7	1 479,9	1 059,6	.
Handwerk (Messzahlen) [9]										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Umsatz [10] (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude [11] (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 980	1 995	2 116	2 384	2 164	2 212	2 612	2 467	2 433
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 733	1 744	1 852	2 126	1 927	1 937	2 262	2 096	2 085
* Umbauter Raum	1 000 m³	2 611	2 648	2 771	2 994	2 731	3 036	3 475	3 381	3 314
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	776	818	898	949	863	1 020	1 149	1 128	1 122
* Wohnfläche [12]	1 000 m²	453	459	483	511	471	534	602	594	584
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	709	665	648	654	666	562	818	789	729
* Umbauter Raum	1 000 m³	4 265	4 041	4 020	3 078	3 700	4 446	5 913	4 591	3 604
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	559	550	614	484	502	658	1 005	729	581
* Nutzfläche	1 000 m²	619	576	590	523	549	604	816	672	553
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 677	4 897	5 138	5 373	4 580	6 026	6 479	6 592	6 204
* Wohnräume [13] insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 747	19 966	21 200	22 602	20 325	22 854	26 164	25 917	25 372

Handel und Gastgewerbe

		2013	2014 [14]	2015 [14]	2015 [14]		2016 [14]			
		Monatsdurchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April
Außenhandel										
* **Einfuhr insgesamt** (Generalhandel) [15]	Mill. €	12 280,3	12 542,5	13 438,0	14 078,5	13 024,6	12 668,6	13 711,4	14 178,6	13 597,0
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	639,5	645,5	740,4	781,0	741,6	690,2	689,5	737,1	697,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	10 688,8	10 983,6	12 022,0	12 287,4	11 379,7	11 006,3	11 951,1	12 356,6	11 814,9
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 578,6	1 319,2	1 009,9	867,4	908,4	761,1	708,9	804,7	799,1
* Halbwaren	Mill. €	523,8	497,9	516,3	441,4	451,8	413,9	498,4	452,9	486,4
* Fertigwaren	Mill. €	8 586,3	9 166,5	10 495,8	10 978,6	10 019,5	9 831,3	10 743,8	11 098,9	10 529,4
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	954,2	805,8	827,2	784,1	656,2	741,6	771,5	836,0	807,7
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 632,1	8 360,7	9 668,5	10 194,5	9 363,4	9 089,8	9 972,3	10 262,9	9 721,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.
3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.
4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.
5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.
6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.
7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.
8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kj/m³.
9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.
10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.
11 Einschl. Wohnheime.
12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.
13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.
14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2013	2014 [1]	2015 [1]	2015 [1]		2016 [1]			
			Monatsdurchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April
	Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt darunter [2] aus										
*	Europa[3]	Mill. €	8 394,2	8 745,1	9 247,6	10 044,0	8 993,2	8 716,2	9 716,6	10 105,3	9 767,6
*	dar. aus EU-Ländern[4] insgesamt	Mill. €	7 112,3	7 497,8	8 018,8	8 771,0	7 819,1	7 673,9	8 529,2	8 753,3	8 513,4
	dar. aus Belgien	Mill. €	327,0	309,7	298,4	311,7	277,0	277,8	318,2	348,4	313,9
	Bulgarien	Mill. €	31,6	35,2	38,2	40,4	36,1	39,5	44,7	42,7	43,8
	Dänemark	Mill. €	59,3	61,5	58,5	59,4	60,4	52,9	59,3	61,7	59,5
	Finnland	Mill. €	37,4	40,8	40,7	43,9	35,5	38,8	42,0	40,1	43,7
	Frankreich	Mill. €	515,4	526,4	525,4	520,7	493,8	490,3	538,9	538,4	538,2
	Griechenland	Mill. €	24,1	25,4	32,1	30,9	34,1	27,9	32,5	38,0	35,1
	Irland	Mill. €	163,2	118,6	108,0	127,5	114,6	93,9	103,1	95,0	105,5
	Italien	Mill. €	859,5	869,1	876,5	932,0	847,6	822,7	921,7	988,5	891,7
	Luxemburg	Mill. €	20,1	21,0	24,2	25,3	22,6	24,0	26,2	26,2	25,3
	Niederlande	Mill. €	625,4	662,1	711,4	794,0	719,6	683,6	683,8	775,8	679,6
	Österreich	Mill. €	1 261,2	1 253,7	1 236,1	1 287,5	1 090,7	1 148,9	1 254,7	1 339,2	1 294,7
	Polen	Mill. €	402,2	472,7	729,4	836,3	907,2	735,2	790,6	816,0	803,5
	Portugal	Mill. €	63,6	67,0	75,1	84,5	62,5	78,0	84,2	84,1	85,7
	Rumänien	Mill. €	169,3	220,8	236,1	265,6	194,8	209,5	254,8	264,9	245,8
	Schweden	Mill. €	130,8	114,1	103,2	101,1	94,8	93,6	118,3	118,3	110,0
	Slowakei	Mill. €	238,8	247,6	286,8	338,7	286,8	283,5	364,4	357,4	346,1
	Slowenien	Mill. €	81,6	84,2	85,9	101,5	76,9	86,6	95,6	100,0	95,8
	Spanien	Mill. €	299,3	318,5	349,1	378,5	330,1	352,2	369,8	332,6	394,0
	Tschechische Republik	Mill. €	817,0	878,7	956,9	1 150,4	1 004,3	1 020,4	1 120,0	1 147,7	1 093,6
	Ungarn	Mill. €	484,2	633,2	709,8	783,1	605,3	608,1	763,7	682,0	789,6
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	444,8	475,0	464,1	482,6	464,0	437,1	458,4	473,6	437,4
	Russische Föderation	Mill. €	599,7	535,8	462,3	447,1	438,9	312,2	329,1	469,6	413,7
*	Afrika[3]	Mill. €	513,2	372,9	264,9	202,2	220,4	210,3	204,2	175,8	176,7
	dar. aus Südafrika	Mill. €	41,6	36,7	38,4	21,0	41,4	44,2	41,5	38,1	35,0
*	Amerika	Mill. €	925,9	962,8	1 169,6	1 229,3	1 136,6	987,7	1 134,8	1 307,5	1 154,6
	darunter aus den USA	Mill. €	768,2	815,9	1 005,7	1 047,1	972,5	811,5	970,4	1 136,7	960,4
*	Asien[3]	Mill. €	2 435,2	2 450,9	2 745,4	2 592,9	2 666,9	2 744,4	2 647,2	2 575,5	2 480,9
	darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	942,4	991,4	1 230,7	1 253,7	1 268,6	1 271,1	1 207,1	1 148,1	1 013,0
	Japan	Mill. €	246,9	240,4	240,4	252,2	235,6	243,0	256,8	284,9	267,2
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,8	10,9	10,4	10,2	7,5	10,0	8,6	14,5	17,2
*	**Ausfuhr insgesamt** (Spezialhandel) [5]	Mill. €	14 085,3	14 118,4	14 910,8	15 695,7	13 776,8	12 881,9	15 476,8	16 049,3	16 097,9
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	692,0	711,1	726,6	670,7	688,3	642,4	684,4	762,4	692,1
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 870,1	12 896,5	13 807,4	14 416,4	12 571,6	11 693,0	14 195,0	14 659,6	14 791,8
*	davon Rohstoffe	Mill. €	73,2	76,5	81,7	82,2	68,9	70,0	75,2	77,0	81,2
*	Halbwaren	Mill. €	565,9	549,0	529,1	510,0	413,0	409,3	454,1	499,5	527,5
*	Fertigwaren	Mill. €	12 231,0	12 271,0	13 196,7	13 824,2	12 089,7	11 213,7	13 665,6	14 083,2	14 183,1
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	995,8	988,7	1 035,1	1 050,9	829,4	987,6	1 067,2	1 082,9	1 055,3
*	Enderzeugnisse	Mill. €	11 235,2	11 282,3	12 161,6	12 773,3	11 260,3	10 226,1	12 598,4	13 000,3	13 127,8
	darunter [2] nach										
*	Europa[3]	Mill. €	8 793,5	8 751,1	9 342,3	10 123,6	8 442,3	8 438,7	9 903,4	10 201,3	10 302,4
*	dar. in EU-Länder[4] insgesamt	Mill. €	7 511,1	7 543,5	8 245,6	8 997,9	7 476,5	7 535,6	8 771,7	8 995,4	9 080,4
	dar. nach Belgien	Mill. €	569,0	405,1	406,9	434,3	404,2	344,0	457,2	486,8	485,4
	Bulgarien	Mill. €	29,4	30,7	37,4	40,3	40,1	30,8	32,6	38,5	35,2
	Dänemark	Mill. €	115,0	115,8	120,9	138,0	121,5	100,3	134,0	144,9	130,4
	Finnland	Mill. €	99,7	95,9	101,5	110,4	90,0	98,7	109,8	106,6	111,9
	Frankreich	Mill. €	990,1	961,1	1 016,5	1 108,7	973,0	954,2	1 061,1	1 091,7	1 116,6
	Griechenland	Mill. €	47,1	43,6	42,6	48,3	46,3	39,7	54,6	51,7	47,2
	Irland	Mill. €	59,6	57,0	58,9	62,8	64,9	58,3	66,9	66,5	65,1
	Italien	Mill. €	875,2	860,5	906,1	976,1	797,9	845,9	966,2	1 036,6	1 024,8
	Luxemburg	Mill. €	39,0	38,1	39,6	39,8	34,2	35,8	39,1	50,4	58,5
	Niederlande	Mill. €	476,1	485,4	508,6	529,6	515,8	453,2	522,2	570,0	538,6
	Österreich	Mill. €	1 117,8	1 086,4	1 153,8	1 284,4	1 063,2	1 002,0	1 163,9	1 251,9	1 313,2
	Polen	Mill. €	377,4	429,7	494,8	539,7	440,3	433,8	485,4	552,9	549,7
	Portugal	Mill. €	84,3	91,1	96,5	112,6	75,4	81,8	124,7	120,6	109,5
	Rumänien	Mill. €	129,2	142,7	155,3	180,3	143,0	147,7	168,3	191,2	184,5
	Schweden	Mill. €	255,0	270,5	297,5	314,9	241,5	285,5	339,5	316,4	373,7
	Slowakei	Mill. €	158,7	157,9	177,4	194,6	134,2	176,8	183,4	186,0	190,8
	Slowenien	Mill. €	54,0	55,3	60,8	61,6	56,7	58,4	59,3	66,1	65,4
	Spanien	Mill. €	359,0	375,7	420,7	461,6	387,5	405,0	435,3	487,9	472,8
	Tschechische Republik	Mill. €	444,0	464,4	498,7	566,7	446,9	466,2	512,6	543,9	542,3
	Ungarn	Mill. €	214,1	226,6	261,4	268,3	216,7	237,6	257,3	271,1	290,5
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	929,3	1 059,0	1 289,8	1 418,6	1 089,7	1 198,4	1 496,1	1 237,2	1 263,3
	Russische Föderation	Mill. €	365,5	316,5	210,1	206,8	197,1	144,0	203,3	208,9	204,0
*	Afrika[3]	Mill. €	255,4	243,9	236,3	208,0	243,1	171,2	208,8	242,1	242,7
	dar. nach Südafrika	Mill. €	116,9	94,1	95,0	71,5	93,5	76,1	82,5	87,4	79,1
*	Amerika	Mill. €	2 121,7	2 127,6	2 411,3	2 500,2	2 142,6	1 743,0	2 258,2	2 353,0	2 380,6
	darunter in die USA	Mill. €	1 577,0	1 644,0	1 897,2	1 985,3	1 635,4	1 349,4	1 706,8	1 805,5	1 853,2
*	Asien[3]	Mill. €	2 776,4	2 863,1	2 779,6	2 709,6	2 807,0	2 394,9	2 958,9	3 097,0	2 977,5
	darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 292,1	1 371,6	1 202,5	1 123,1	1 122,1	1 096,5	1 283,6	1 347,5	1 308,0
	nach Japan	Mill. €	295,2	271,5	276,2	249,5	277,2	274,9	310,2	306,6	296,6
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	138,3	132,6	139,9	154,2	141,9	134,0	147,6	155,8	194,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2013	2014 [1]	2015 [1]	2015 [1]		2016 [1]			
			Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
	Großhandel (2010 ≙ 100) [2, 3]										
*	Index der Großhandelsumsätze nominal	%	105,2	106,3	107,8	108,4	99,7	100,0	.	.	.
*	Index der Großhandelsumsätze real [4]	%	98,6	101,0	103,4	103,3	94,4	97,6	.	.	.
*	Index der Beschäftigten im Großhandel	%	108,3	109,2	110,2	110,3	110,4	109,9	.	.	.
	Einzelhandel (2010 ≙ 100) [2, 5]										
*	Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	110,0	112,4	116,4	115,4	112,7	108,1	118,9	.	.
	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art [6]	%	111,7	114,0	117,2	118,2	115,6	111,2	119,3	.	.
	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren [6]	%	108,6	108,9	112,6	112,8	113,3	102,8	113,7	.	.
	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln [6]	%	110,0	118,9	126,1	126,7	119,5	125,8	132,0	.	.
	Sonstiger Facheinzelhandel [6]	%	110,5	113,9	119,6	121,3	118,1	106,4	121,6	.	.
	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	124,2	128,7	137,3	122,5	117,0	134,5	140,5	.	.
*	Index der Einzelhandelsumsätze real [4]	%	105,0	106,8	110,5	108,5	106,2	103,2	112,2	.	.
*	Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	105,2	106,3	107,1	106,4	106,5	107,1	107,1	.	.
	Kfz-Handel (2010 ≙ 100) [2, 7]										
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	102,0	104,6	112,7	124,1	113,1	106,3	.	.	.
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel real [4]	%	99,8	102,2	109,2	120,3	109,5	102,6	.	.	.
*	Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,0	113,6	114,3	113,5	113,4	115,3	.	.	.
	Gastgewerbe (2010 ≙ 100) [2]										
*	Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	114,4	118,0	122,6	108,9	127,8	102,6	111,3	.	.
	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	118,9	123,0	128,6	109,0	133,8	106,7	112,4	.	.
	Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	104,6	137,2	169,2	130,0	151,1	183,3	168,9	.	.
	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	110,2	114,0	117,1	108,0	125,4	96,7	109,4	.	.
	Sonstiges Gaststättengewerbe	%	110,5	114,1	117,2	107,2	124,6	95,2	107,6	.	.
	Kantinen und Caterer	%	116,8	118,4	125,2	119,9	121,3	122,0	128,8	.	.
*	Index der Gastgewerbeumsätze real [4]	%	108,0	109,0	110,5	98,4	115,5	91,8	99,0	.	.
*	Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	105,0	107,0	108,2	105,7	110,3	102,2	103,9	.	.
	Fremdenverkehr [8]										
*	Gästeankünfte	1 000	2 634	2 706	…	2 428	3 109	2 269	2 533	2 667	3 231
*	darunter Auslandsgäste	1 000	631	660	…	575	720	552	570	660	707
*	Gästeübernachtungen	1 000	7 013	7 102	…	6 117	7 877	5 984	6 539	6 407	8 405
*	darunter Auslandsgäste	1 000	1 327	1 381	…	1 183	1 445	1 152	1 201	1 375	1 450
	Verkehr										
	Straßenverkehr										
*	Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt [9]	Anzahl	57 316	58 711	60 725	70 488	60 506	58 943	77 877	76 699	66 148
	darunter Krafträder [10]	Anzahl	2 934	3 161	3 377	6 449	4 328	2 237	7 057	7 219	4 636
*	Personenkraftwagen und sonstige „M1"-Fahrzeuge	Anzahl	48 962	50 141	51 721	57 716	50 711	51 769	64 321	62 678	55 375
*	Lastkraftwagen	Anzahl	3 603	3 631	3 820	3 984	3 625	3 533	4 415	4 564	4 057
	Zugmaschinen	Anzahl	1 459	1 432	1 442	1 965	1 457	1 023	1 684	1 823	1 413
	sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	242	234	245	221	250	230	246	277	261
	Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) [11]	1 000	105 933	107 580	107 659	.	.	.	336 167	.	.
	davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 138	92 963	93 086	.	.	.	287 645	.	.
	private Unternehmen	1 000	13 795	14 617	14 574	.	.	.	48 522	.	.
*	Straßenverkehrsunfälle insgesamt [12]	Anzahl	31 040	30 748	32 594	32 482	32 507	27 555	30 001	32 930	…
*	davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 318	4 377	4 486	4 487	4 594	2 939	3 464	3 914	…
	mit nur Sachschaden	Anzahl	26 722	26 371	28 108	27 995	27 913	24 616	26 537	29 016	…
*	Getötete Personen [13]	Anzahl	57	52	51	57	66	29	26	44	…
*	Verletzte Personen	Anzahl	5 731	5 795	5 930	5 958	5 955	3 977	4 705	5 118	…
	Luftverkehr Fluggäste										
	Flughafen München Ankunft	1 000	1 606	1 652	1 706	1 683	1 798	1 405	1 655	1 709	…
	Abgang	1 000	1 603	1 646	1 699	1 635	1 869	1 427	1 675	1 664	…
	Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	137	135	140	129	142	92	111	121	…
	Abgang	1 000	137	135	140	125	164	97	117	121	…
	Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	35	31	36	38	40	24	33	43	…
	Abgang	1 000	35	31	36	39	44	24	34	43	…
	Eisenbahnverkehr [14]										
	Güterempfang	1 000 t	2 444	2 273	2 367	2 498	2 207	2 350	…	…	…
	Güterversand	1 000 t	1 966	1 904	2 035	2 105	1 981	1 821	…	…	…
	Binnenschifffahrt										
*	Güterempfang insgesamt	1 000 t	415	444	361	257	320	374	406	207	…
	davon auf dem Main	1 000 t	218	210	190	171	186	179	225	125	…
	auf der Donau	1 000 t	197	234	171	86	134	194	182	82	…
*	Güterversand insgesamt	1 000 t	230	274	254	166	237	143	233	124	…
	davon auf dem Main	1 000 t	161	172	154	114	157	101	170	105	…
	auf der Donau	1 000 t	69	102	100	51	80	41	63	20	…

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

	Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
			Monatsdurchschnitt[1]			April	Mai	Februar	März	April	Mai
	Geld und Kredit										
	Kredite und Einlagen [2, 3]										
	Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	470 253	462 351	480 758	.	.	.	494 180	.	.
	dar. Kredite an inländische Nichtbanken [4]	Mill. €	413 783	410 140	423 243	.	.	.	433 814	.	.
	dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	58 005	51 100	51 091	.	.	.	53 399	.	.
	Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	50 216	45 752	46 695	.	.	.	49 694	.	.
	öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	7 789	5 348	4 397	.	.	.	3 705	.	.
	mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [7]	Mill. €	58 885	59 317	61 419	.	.	.	63 981	.	.
	Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	56 357	57 358	59 465	.	.	.	62 180	.	.
	öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	2 528	1 959	1 954	.	.	.	1 801	.	.
	langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [8]	Mill. €	353 364	351 933	368 248	.	.	.	376 800	.	.
	Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	319 971	318 906	335 294	.	.	.	344 754	.	.
	öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	33 393	33 028	32 955	.	.	.	32 046	.	.
	Einlagen von Nichtbanken insgesamt [9] (Monatsende)	Mill. €	574 598	572 073r	582 467	.	.	.	600 073	.	.
	davon Sicht- und Termineinlagen [10]	Mill. €	450 479	450 183	462 238	.	.	.	480 411	.	.
	von Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	419 195	423 349	431 304	.	.	.	446 322	.	.
	von öffentlichen Haushalten [6]	Mill. €	31 284	26 833	30 935	.	.	.	34 089	.	.
	Spareinlagen	Mill. €	124 119	121 890r	120 229	.	.	.	119 662	.	.
	darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 206	48 126	47 043	.	.	.	46 505	.	.
	bei Kreditbanken	Mill. €	30 017	27 944	26 967	.	.	.	26 543	.	.
	Zahlungsschwierigkeiten										
*	Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 294	1 284	1 214	1 246	1 077	1 157	1 184	1 189	1 085
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	96	93	102	119	93	98	89	80	84
*	davon Unternehmen	Anzahl	252	246	266	286	214	250	209	198	223
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	65	64	71	76	66	68	67	63	60
*	Verbraucher	Anzahl	756	741	674	672	594	657	675	696	608
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	1	2	–	3	2	2	2
*	ehemals selbständig Tätige	Anzahl	248	245	226	240	222	211	252	256	214
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	16	16	26	15	14	10	9	12
*	sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	Anzahl	38	52	48	48	47	39	48	39	40
	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	13	14	15	12	13	10	6	10
*	Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	391 681	351 715	295 993	675 804	174 671	160 518	191 579	174 773	234 608
	davon Unternehmen	1 000 €	286 485	255 439	192 203	552 456	76 820	80 831	105 452	74 572	148 948
	Verbraucher	1 000 €	43 629	41 057	34 902	32 533	29 459	32 137	41 266	48 381	37 700
	ehemals selbständig Tätige	1 000 €	48 358	46 981	51 312	52 911	57 609	33 359	36 393	41 151	39 741
	sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	1 000 €	13 209	8 238	17 576	37 904	10 783	14 191	8 468	10 669	8 221
	Öffentliche Sozialleistungen										
	(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
	Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
	Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	133,1	132,5	127,9	127,2	118,7	155,1	139,6	120,6	…
	Ausgaben für Arbeitslosengeld I [12]	Mill. €	151,3	152,9	151,9	171,5	145,5	261,2	260,1	226,0	191,0
	Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) [13]										
	Bedarfsgemeinschaften	1 000	233,5r	234,1r	235,3r	239,2r	237,6r	239,7	242,6	…	…
	Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	432,5r	436,1r	440,9r	447,0r	444,6r	448,7	452,8	…	…
	darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	295,0r	296,3r	299,8r	305,3r	303,4r	305,2	309,0	…	…
	nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	107,8r	111,7r	113,6r	114,6r	114,1r	114,4	115,0	…	…
	Steuern										
	Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 663,9	4 941,4	5 226,6	3 861,1	4 278,5	3 977,0	7 927,0	3 625,2	.
	davon Lohnsteuer	Mill. €	3 054,6	3 230,5	3 437,8	3 199,2	3 595,2	3 384,4	3 156,9	3 466,4	.
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	768,3	813,8	881,1	224,7	159,1	77,4	2 714,4	303,3	.
	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	371,6	355,8	395,5	214,8	259,2	489,2	441,1	210,6	.
	Abgeltungsteuer	Mill. €	122,8	107,9	110,7	141,1	96,4	34,6	109,9	45,1	.
	Körperschaftsteuer	Mill. €	346,6	433,4	401,5	81,3	168,6	- 8,6	1 504,7	- 400,2	.
	Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 905,1	2 065,9	2 110,0	1 707,1	2 024,7	2 992,2	1 554,0	2 014,5	.
	Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Bundessteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	darunter Mineralölsteuer	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Solidaritätszuschlag	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Landessteuern	Mill. €	240,4	270,9	302,0	298,6	279,8	265,8	482,6	416,1	.
	darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	89,8	113,1	130,8	141,8	125,1	82,3	260,6	245,6	.
	Grunderwerbsteuer	Mill. €	112,2	118,8	130,9	121,3	113,9	144,3	161,5	137,0	.
	Biersteuer	Mill. €	12,3	12,9	13,1	12,2	13,8	10,2	10,6	12,7	.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlangen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.
13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern [1, 2, 3]	Mill. €	830,4	861,6	888,0	.	.	.	2 795,8	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	7,1	.	.	.	23,9	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	135,4	137,7	139,6	.	.	.	384,4	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	683,8	712,5	736,9	.	.	.	2 355,1	.	.
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 835,3	1 953,5	2 074,8	1 487,1	1 455,0	1 516,0	3 285,2	1 349,0	.
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6]	Mill. €	26,5	27,8	27,8	79,3	0,0	0,0	0,2	90,9	.
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 796,6	1 912,8	2 038,2	1 487,1	1 450,7	1 437,6	3 285,2	1 349,0	.
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6, 7]	Mill. €	99,8	104,5	104,4	272,8	24,9	66,0	4,8	322,4	.
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv [2, 3, 4]	Mill. €	1 257,9	1 321,9	1 401,5	.	.	.	2 794,1	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer [4, 8]	Mill. €	506,9	540,1	579,6	467,1	400,8	419,3	826,8	503,4	.
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	51,3	52,7	63,5	.	.	.	3,3	.	.
Gewerbesteuer (netto) [1, 9]	Mill. €	558,4	580,2	603,3	.	.	.	2 407,9	.	.

Verdienste

		2014	2015	2014	2015				2016	
		Jahreswert		2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
* Bruttomonatsverdienste [10] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer [11] im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	4 118	4 217	3 673	3 695	3 758	3 778	3 788	3 833	…
männlich	€	4 392	4 496	3 891	3 909	3 977	3 998	4 010	4 044	…
weiblich	€	3 454	3 540	3 141	3 180	3 222	3 241	3 248	3 312	…
Leistungsgruppe 1[12]	€	7 973	8 275	6 749	6 791	6 898	6 961	6 967	6 927	…
Leistungsgruppe 2[12]	€	4 842	5 045	4 302	4 387	4 467	4 499	4 511	4 493	…
Leistungsgruppe 3[12]	€	3 285	3 353	2 997	3 027	3 092	3 103	3 115	3 100	…
Leistungsgruppe 4[12]	€	2 701	2 793	2 509	2 535	2 600	2 608	2 616	2 568	…
Leistungsgruppe 5[12]	€	2 177	2 206	2 062	2 063	2 101	2 104	2 091	2 162	…
Produzierendes Gewerbe	€	4 340	4 428	3 843	3 816	3 899	3 917	3 925	3 965	…
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 408	3 532	3 147	3 211	3 265	3 306	3 297	3 289	…
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 547	4 632	3 986	3 969	4 036	4 049	4 059	4 112	…
Energieversorgung	€	4 629	5 069	4 141	4 441	4 485	4 517	4 559	4 516	…
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 399	3 447	3 138	3 180	3 207	3 222	3 260	3 231	…
Baugewerbe	€	3 327	3 336	3 141	2 904	3 171	3 212	3 196	3 104	…
Dienstleistungsbereich	€	3 962	4 070	3 556	3 611	3 659	3 681	3 691	3 743	…
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 069	4 066	3 516	3 552	3 567	3 579	3 567	3 576	…
Verkehr und Lagerei	€	3 106	3 237	2 881	2 957	2 989	3 032	3 026	2 927	…
Gastgewerbe	€	2 394	2 439	2 292	2 304	2 342	2 323	2 370	2 354	…
Information und Kommunikation	€	5 414	(6 153)	4 797	5 060	5 195	5 239	5 297	5 060	…
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 575	(6 274)	4 567	4 746	4 750	4 809	4 864	4 853	…
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 533	4 417	3 953	3 848	3 894	3 895	3 974	4 121	…
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 142	5 391	4 478	4 606	4 633	4 640	4 643	4 752	…
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 429	2 501	2 326	2 324	2 397	2 401	2 402	2 548	…
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 630	3 711	3 395	3 460	3 492	3 556	3 518	3 552	…
Erziehung und Unterricht	€	4 415	4 505	4 165	4 185	4 214	4 352	4 268	4 266	…
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 749	3 805	3 520	3 509	3 583	3 577	3 594	3 597	…
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 723	3 952	3 379	3 589	3 614	3 637	3 660	3 676	…

Preise

		2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016		
		Durchschnitt [13]					Juni	April	Mai	Juni
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*102,1*	*104,3*	*105,8*	*106,6*	*107,0*	*107,0*	*107,1*	*107,5*	*107,6*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*102,8*	*106,0*	*109,6*	*110,7*	*112,3*	*111,8*	*113,6*	*113,5*	*112,9*
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	*102,0*	*105,5*	*108,0*	*110,3*	*113,6*	*113,7*	*115,9*	*116,2*	*117,1*
Bekleidung und Schuhe	%	*101,7*	*104,6*	*106,2*	*107,9*	*109,4*	*107,8*	*113,7*	*112,3*	*107,6*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*103,1*	*105,5*	*107,5*	*108,3*	*108,0*	*108,2*	*107,9*	*108,1*	*108,4*
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	*100,4*	*101,2*	*102,4*	*102,8*	*103,9*	*103,8*	*104,7*	*104,8*	*104,6*
Gesundheitspflege	%	*100,5*	*103,1*	*98,7*	*100,7*	*103,1*	*102,9*	*104,3*	*104,5*	*104,5*
Verkehr	%	*104,9*	*108,2*	*108,2*	*108,2*	*106,2*	*107,7*	*104,2*	*105,1*	*106,2*
Nachrichtenübermittlung	%	*96,5*	*94,8*	*93,4*	*92,3*	*91,2*	*91,1*	*90,6*	*90,3*	*90,2*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*99,5*	*100,6*	*103,2*	*104,4*	*104,7*	*103,2*	*101,7*	*103,8*	*104,7*
Bildungswesen	%	*100,9*	*102,8*	*97,3*	*76,8*	*78,5*	*78,3*	*80,2*	*80,2*	*80,2*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*100,4*	*102,5*	*105,2*	*108,1*	*111,0*	*111,2*	*112,4*	*112,7*	*112,9*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*101,5*	*102,8*	*104,2*	*106,1*	*107,6*	*107,5*	*109,4*	*109,7*	*109,8*
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	*100,9*	*102,5*	*103,6*	*104,9*	*106,2*	*105,6*	*105,9*	*106,8*	*107,2*
Nettokaltmiete	%	*101,4*	*102,7*	*104,0*	*105,6*	*107,2*	*107,2*	*108,5*	*108,6*	*108,8*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2015		2016	
		Durchschnitt [1]					August	Nov.	Februar	Mai
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke [2] (2010 ≙ 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	102,8	105,5	107,8	110,0	…	111,8	112,0	112,9	113,7
davon Rohbauarbeiten	%	103,2	106,0	107,9	109,8	…	111,1	111,0	111,8	112,8
Ausbauarbeiten	%	102,5	105,0	107,7	110,3	…	112,4	112,9	113,8	114,4
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	101,3	102,5	103,8	105,9	…	106,9	106,9	108,0	108,7
Bürogebäude	%	102,9	105,4	107,6	109,9	…	111,8	112,1	112,8	113,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	103,2	105,6	107,6	109,7	…	111,4	111,6	112,3	113,1
Straßenbau	%	102,3	105,5	107,8	109,2	…	109,4	109,2	109,3	109,1
							2015			2016
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	206,57	225,40	223,59	234,86	…	228,64	239,98	226,62	. . .
Rohbauland	€	39,61	46,96	59,72	50,19	…	34,39	80,26	35,27	. . .
Sonstiges Bauland	€	42,56	57,33	61,06	67,30	…	60,50	74,33	70,99	. . .

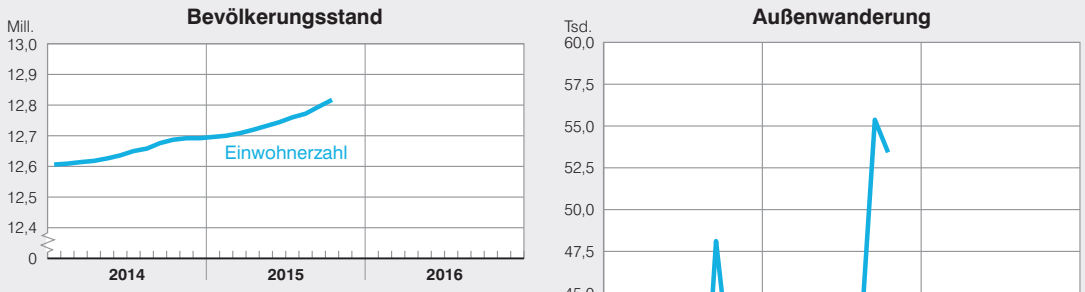
Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

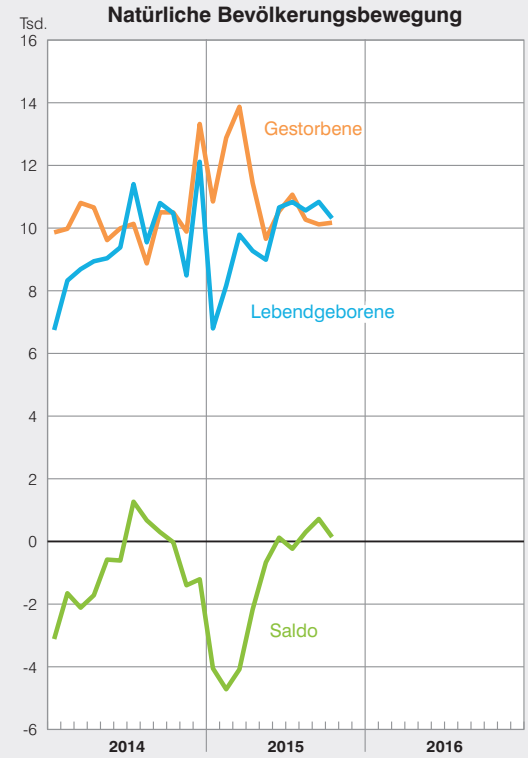
Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016		
		Durchschnitt [1]					Juni	April	Mai	Juni
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	102,1	104,1	105,7	106,6	106,9	107,0	106,9	107,2	107,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,8	106,3	110,4	111,5	112,3	112,6	113,7	113,1	112,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	101,8	104,8	107,0	110,3	113,4	113,4	115,5	116,0	116,3
Bekleidung und Schuhe	%	101,2	103,3	104,4	105,5	106,3	105,0	110,2	109,1	105,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,4	107,5	108,4	108,0	108,2	107,5	107,8	107,9
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,1	102,1	102,5	103,2	103,3	104,0	104,1	103,8
Gesundheitspflege	%	100,7	103,2	99,4	101,4	103,4	103,4	104,8	105,0	105,0
Verkehr	%	104,5	107,7	107,5	107,3	105,5	107,0	103,8	104,7	105,5
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,8	93,4	92,3	91,2	91,1	90,6	90,3	90,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,7	100,6	103,1	104,4	105,0	103,5	102,0	104,1	105,1
Bildungswesen	%	99,6	94,0	95,1	93,1	92,8	92,7	94,3	94,3	94,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	101,5	103,6	106,0	108,2	111,0	111,3	112,8	113,2	113,4
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,6	102,6	104,3	106,1	107,2	107,0	108,9	109,2	109,2
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise [3] (2010 ≙ 100)	%	106,4	108,7	105,9	103,6	100,9	102,5	96,4	97,3	…
Ausfuhrpreise [4] (2010 ≙ 100)	%	103,3	104,9	104,3	104,0	104,9	105,3	103,5	103,7	…
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte [4] (Inlandsabsatz); (2010 ≙ 100)	%	105,3	107,0	106,9	105,8	103,9	104,4	101,3	101,7	…
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,6	105,8	104,6	103,5	102,3	103,0	100,1	100,6	…
Investitionsgüterproduzenten	%	101,2	102,2	103,0	103,5	104,2	104,2	104,7	104,7	…
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,5	106,3	108,4	109,0	108,1	108,3	108,0	108,1	…
Gebrauchsgüterproduzenten	%	101,7	103,3	104,3	105,7	107,1	107,1	108,3	108,4	…
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,8	106,8	109,0	109,5	108,3	108,4	108,0	108,1	…
Energie	%	109,7	113,0	112,0	108,5	102,6	103,8	95,2	95,9	…
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte [4] (2010 ≙ 100)	%	113,4	119,4	120,7	111,1	106,9p	105,3	105,9p	106,0p	…
Pflanzliche Erzeugung	%	115,8	126,4	120,2	103,7	114,3p	106,9	125,7p	126,1p	…
Tierische Erzeugung	%	111,8	114,9	121,1	115,9	102,1	104,3	93,0p	92,9p	…
Großhandelsverkaufspreise [4] (2010 ≙ 100)	%	105,8	108,0	107,4	106,1	104,8	105,9	102,8	103,7	104,3
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	104,9	107,7	111,5	111,8	112,9	113,2	113,9	114,2	114,2
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	114,2	121,3	115,8	110,2	95,0	100,0	81,6	85,3	89,2
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2010 ≙ 100)	%	101,6	103,3	104,4	105,0	105,3	105,4	106,0	106,0	105,7
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	102,0	104,6	107,2	108,3	108,8	109,1	109,7	109,4	109,1
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	102,3	105,7	108,8	110,1	111,8	112,0	113,4	113,4	113,4
Kraftfahrzeughandel	%	101,2	101,9	101,8	102,1	103,0	103,0	103,9	103,9	104,2

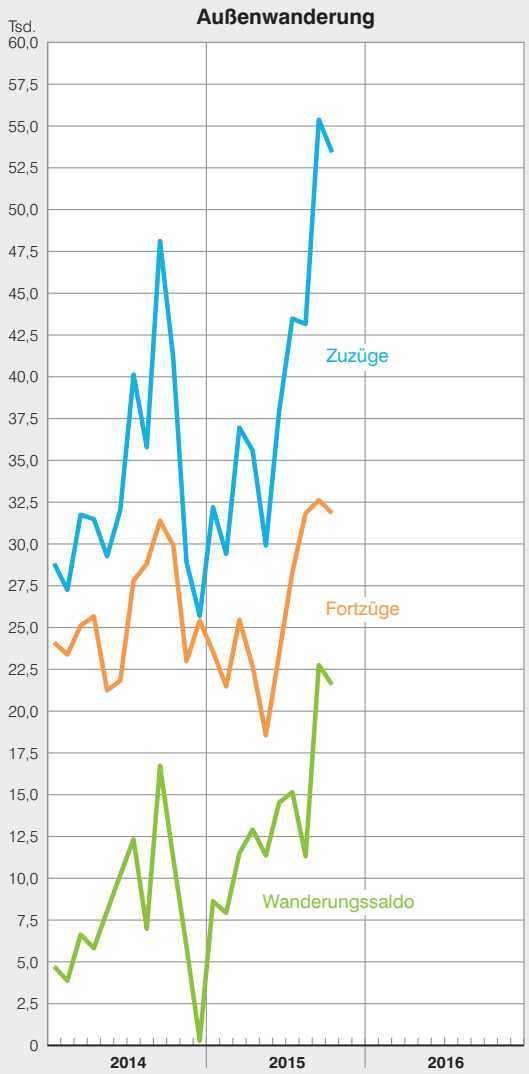
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

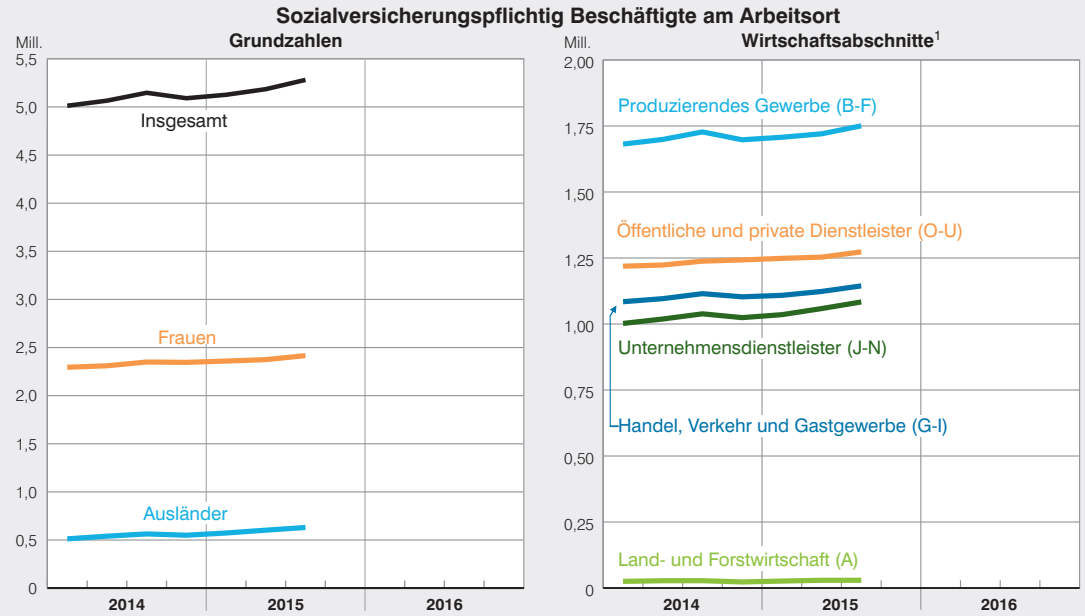
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).
2 Einschl. Mehrwertsteuer.
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

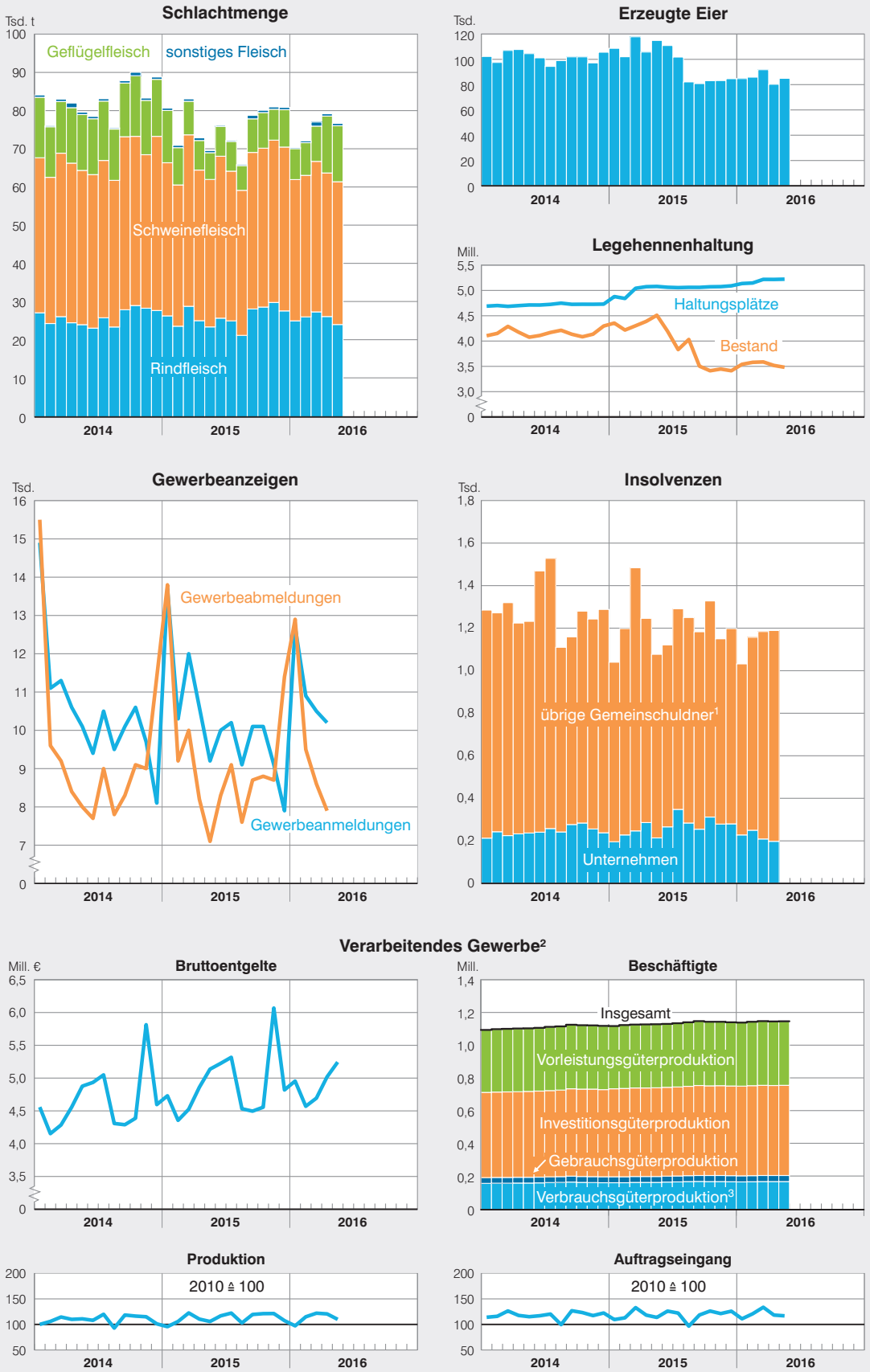




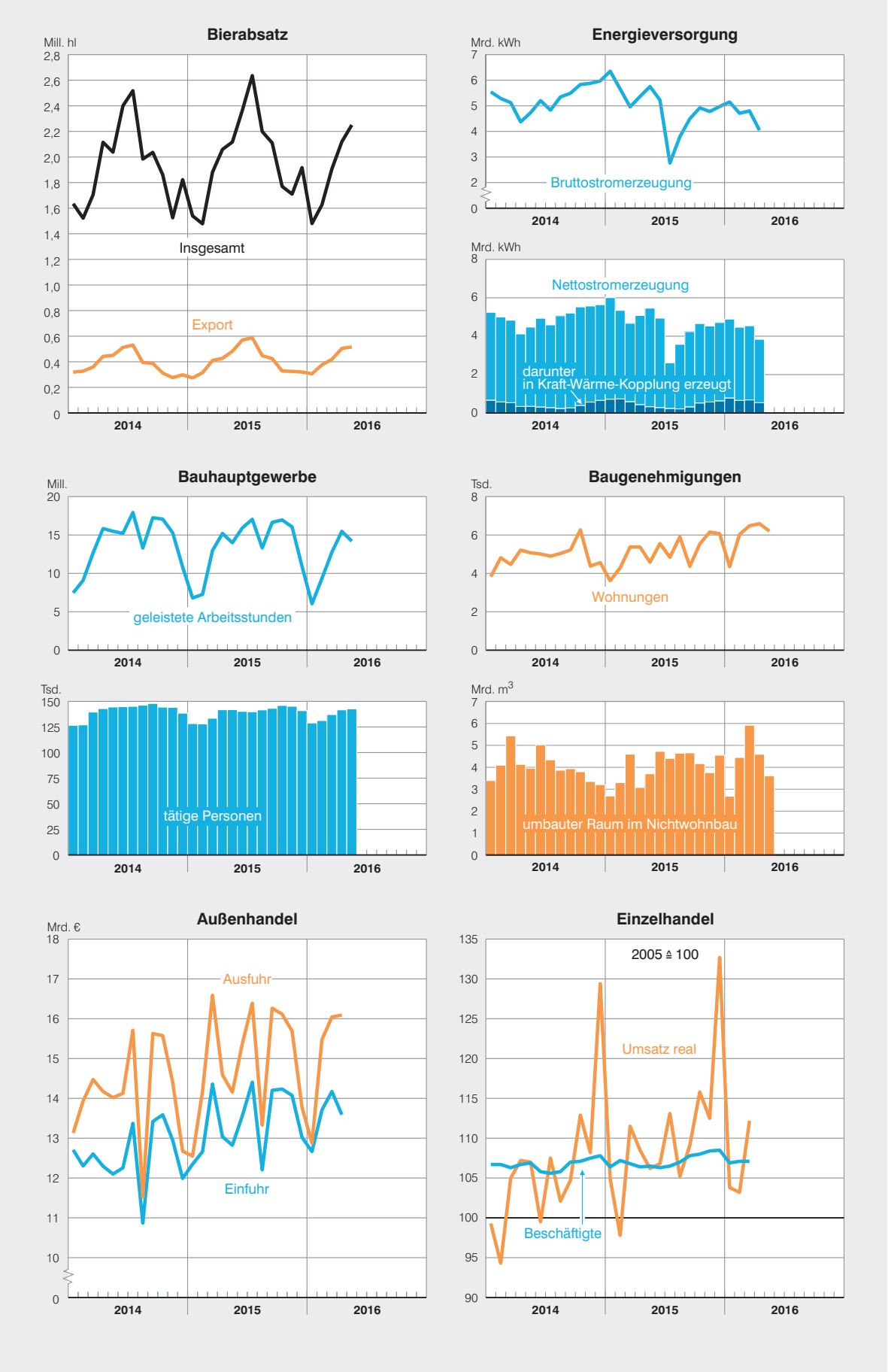


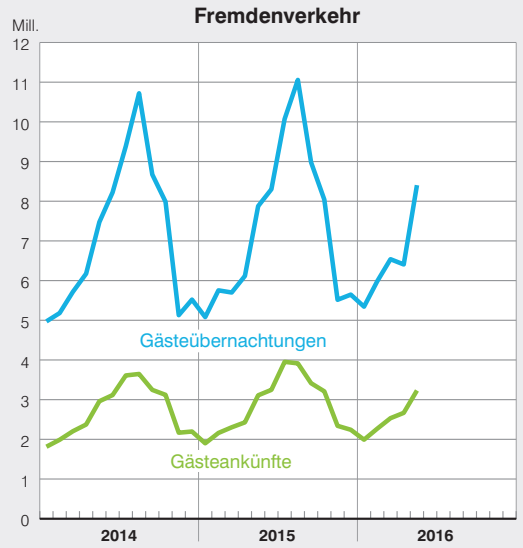


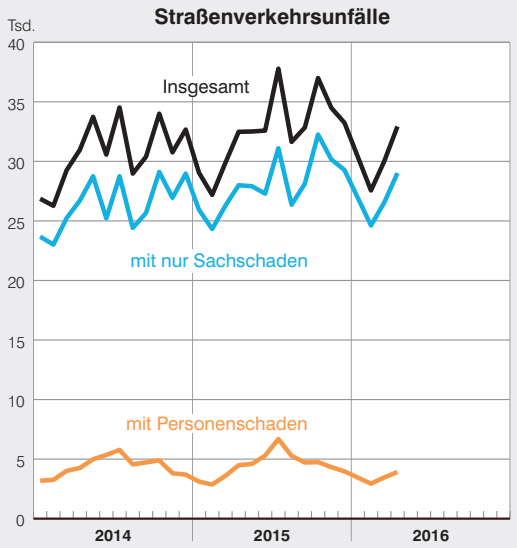
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

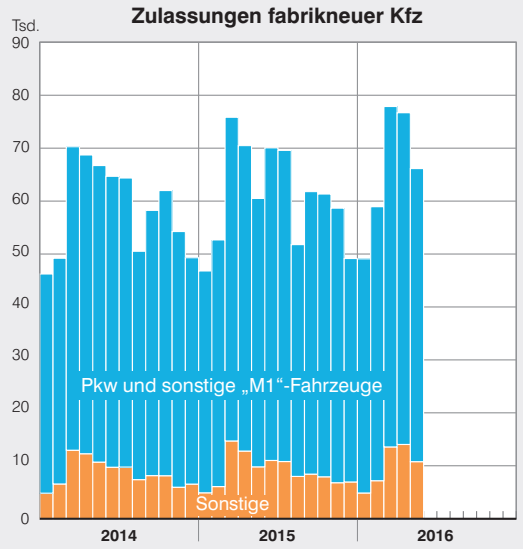


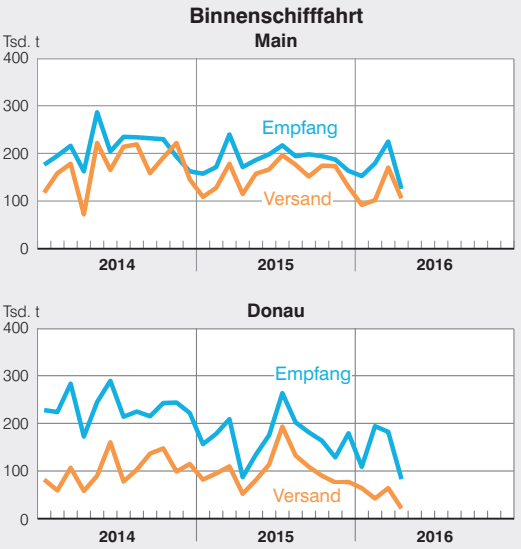
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.

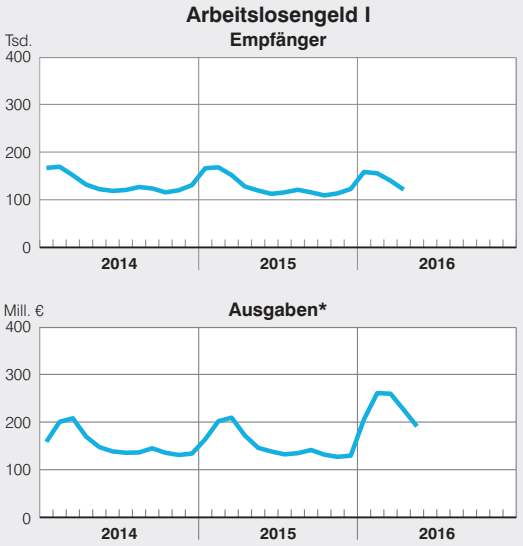

Bierabsatz
Mill. hl
Insgesamt
Export
Energieversorgung
Mrd. kWh
Bruttostromerzeugung
Mrd. kWh
Nettostromerzeugung
darunter
in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt
Bauhauptgewerbe
Mill.
geleistete Arbeitsstunden
Tsd.
tätige Personen
Baugenehmigungen
Tsd.
Wohnungen
Mrd. m3
umbauter Raum im Nichtwohnbau
Außenhandel
Mrd. €
Ausfuhr
Einfuhr
Einzelhandel
2005 ≙ 100
Umsatz real
Beschäftigte
2014
2015
2016



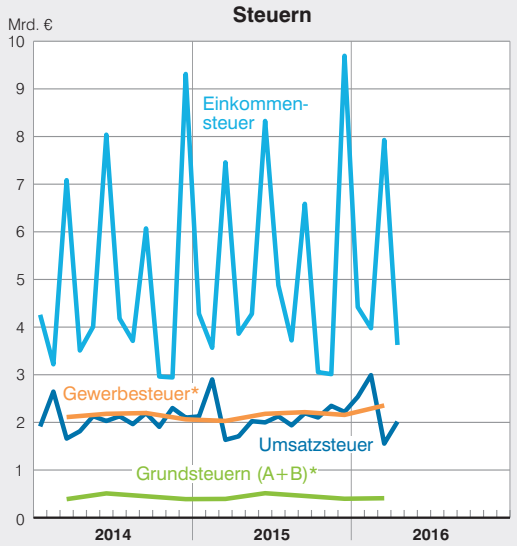






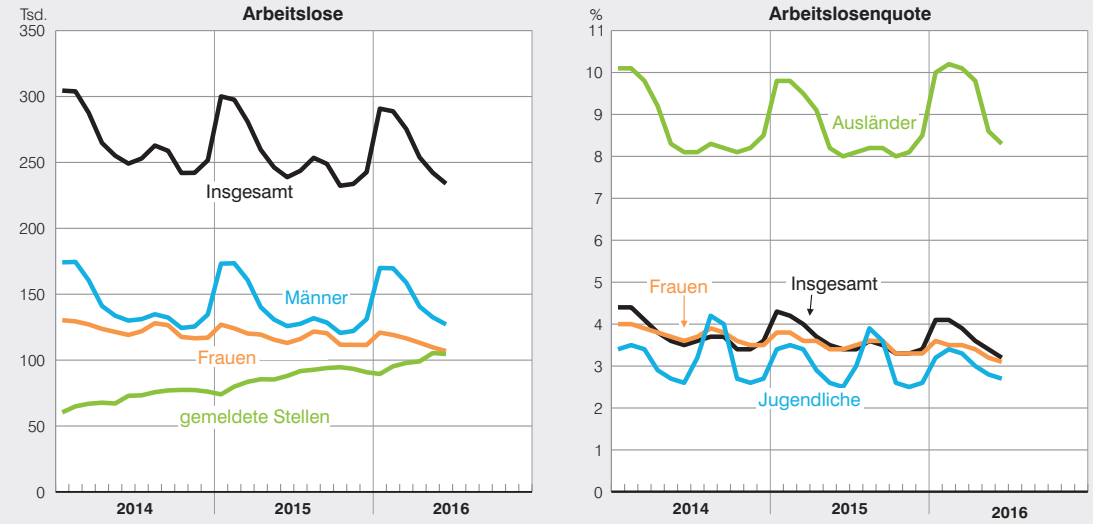


* ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

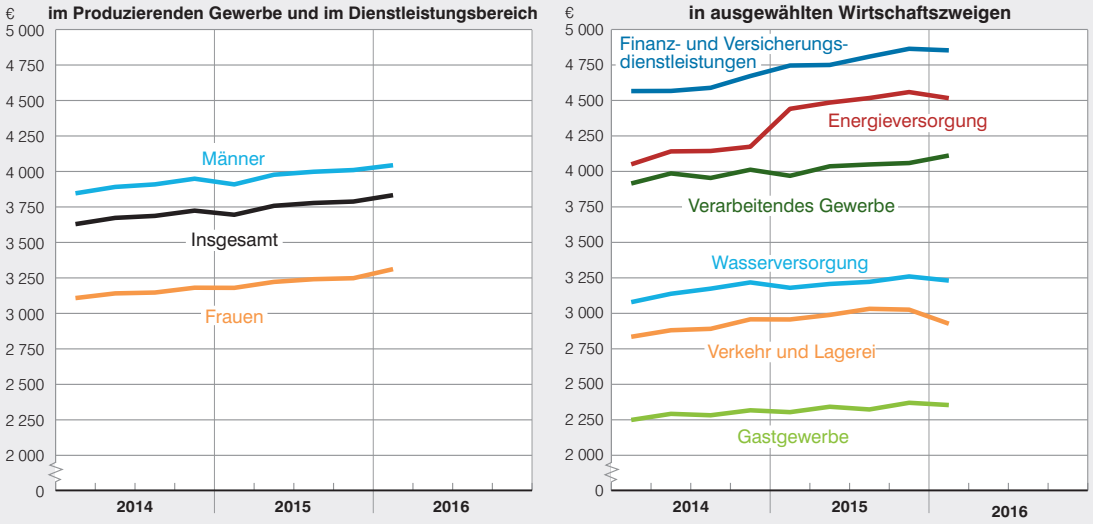


* Quartalswerte.

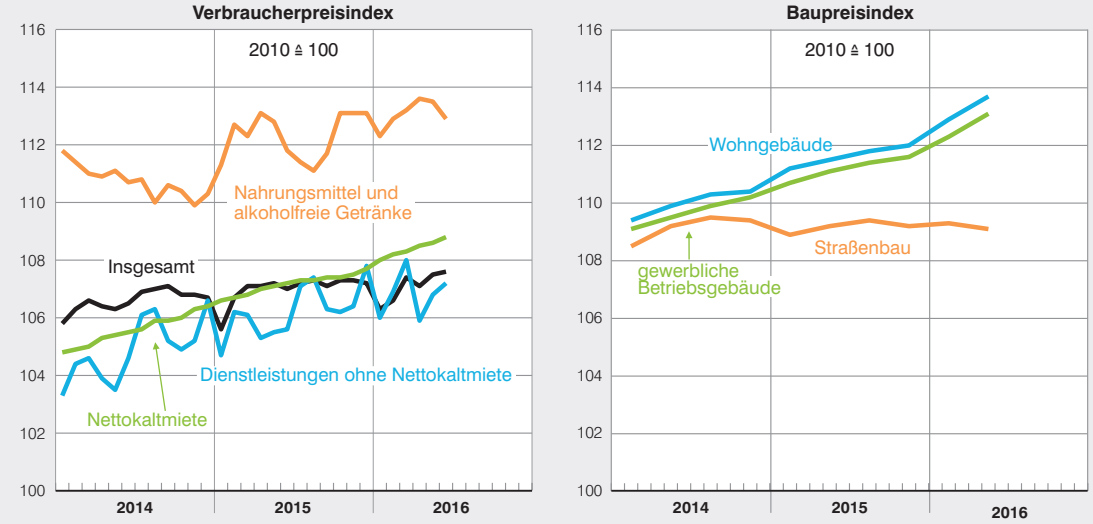
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Veröffentlichungen des Landesamts im Juni 2016

Statistische Berichte

Erwerbstätigkeit
- Erwerbstätige am Arbeitsort in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns von 1991 bis 2014
  Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Hochschulen, Hochschulfinanzen
- Lehrerausbildung in Bayern
  Teil 1: Vorbereitungsdienst sowie Fach- und Förderlehrerausbildung 2015/16

Rechtspflege
- Tätigkeit der Sozialgerichte in Bayern 2015
- Tätigkeit der Verwaltungsgerichte in Bayern 2015
- Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Bayern 2015

Gewerbeanzeigen
- Gewerbeanzeigen in Bayern im April 2016

Verarbeitendes Gewerbe
- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im April 2016
  (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im April 2016
  (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
  Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im April 2016
  Basisjahr 2010
- Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern 2015
  (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)
- Bauhauptgewerbe in Bayern im April 2016

Energie- und Wasserversorgung
- Energiewirtschaft in Bayern 1. – 4. Quartal 2015
  Teil 1: Endgültige Ergebnisse

Bautätigkeit
- Baugenehmigungen in Bayern im April 2016

Handel, Tourismus, Gastgewerbe
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im April 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im März 2016
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im April 2016
- Tourismus in Bayern im April 2016 und im Winterhalbjahr 2015/16 (November 2015 bis April 2016)
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im April 2016

Straßen- und Schienenverkehr
- Straßenverkehrsunfälle in Bayern 2015
  Ausführliche Ergebnisse des Berichtsjahres
- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im März 2016
  Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Schiffsverkehr
- Binnenschifffahrt in Bayern im März 2016

Schwerbehinderte, Kriegsopferfürsorge
- Schwerbehinderte Menschen in Bayern am 31. Dezember 2015

Ausbildungsförderung
- Förderung nach dem Stipendienprogramm-Gesetz (Deutschlandstipendium) in Bayern 2014/2015

Gemeindefinanzen
- Gemeindefinanzen in Bayern
  1. Vierteljahr 2016

Steuern
- Einkommen der Personengesellschaften/Gemeinschaften in Bayern 2011
  Ergebnisse der Statistik über die Personengesellschaften/Gemeinschaften

Preise- und Preisindizes
- Verbraucherpreisindex für Bayern im Mai 2016 sowie Jahreswerte von 2013 bis 2015
  mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern
  Monatliche Indexwerte von Januar 2011 bis Mai 2016
  (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Mai 2016
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im Mai 2016

Verdienste
- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 1. Quartal 2016

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
- Wasser- und Abwasserentgelte in Bayern 2014 – 2016

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos
ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z. B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig
sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen
Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop
Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Aktuelle Veröffentlichungen unter q.bayern.de/webshop

Statistische Berichte

Statistische Berichte werden als Standardveröffentlichungen von allen Statistischen Landesämtern mit einheitlicher Systematik für alle Bereiche der amtlichen Statistik herausgegeben. Sie enthalten – fachlich und regional tief gegliedert – aktuelle Ergebnisse der betreffenden Erhebung in tabellarischer Form, zumeist ergänzt durch grafische Darstellungen. Zusätzlich wird in den Berichten beispielsweise über Rechtsgrundlagen, Methodik und Besonderheiten der Statistik informiert. Je nach Periodizität der Erhebung erscheinen Statistische Berichte monatlich oder in größeren Abständen.

Alle Statistischen Berichte stehen im Internet im Rahmen der informationellen Grundversorgung kostenlos als Download zur Verfügung (PDF- oder Excel-Format).

Themenbereiche

- A Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit
- B Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen
- C Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- D Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen
- E Produzierendes Gewerbe, Handwerk
- F Wohnungswesen, Bautätigkeit
- G Handel, Tourismus, Gastgewerbe
- H Verkehr
- J Dienstleistungen, Geld und Kredit
- K Sozialleistungen
- L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern
- M Preise und Preisindizes
- N Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten
- O Finanzen und Vermögen privater Haushalte
- P Gesamtrechnungen
- Q Umwelt

Bayerisches Landesamt für Statistik – Vertrieb, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Telefon 0991 98208-270 | Telefax 089 2119-3457 | vertrieb@statistik.bayern.de